DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

233 21. JAHRGANG Februar 2004 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ARGENTINIEN

Am 29. Dezember 2003 übernahm eine Gruppe von Arbeiterinnen erneut eine Textilfabrik in Buenos Aires. Begleitet von einem Gewerkschafter und Beamten der Stadtverwaltung kontrollierten sie nun die Fabrik, aus der sie acht Monate zuvor geräumt wurden. Seite 3

JUGENDUMWELTKONGRESS

Zur Jahreswende 2003/2004 fand in Darmstadt der Jugendumweltkongress (»Jukss«) statt. Es gab eine Woche Workshops, Diskussionen und Aktionen zu verschiedenen Themen. Dazu viel Raum, um selbstorganisiertes Zusammenleben praktisch auszuprobieren. Dieser Text will ein paar Eindrücke vom Jukss weiter geben. Seite 4

GRATIS-ÖKONOMIE

Eine Alternative zum kapitalistischen System muss an den Wurzeln, also dem Zwang zur Verwertung ansetzen. Dies wird am konsequentesten dadurch erreicht, dass Kapitalverwertung und Marktlogik durch das Prinzip des verwertungslosen Schenkens und Weitergebens – durch die GratisÖkonomie – überwunden wird. Wie eine funktionierende Alternative zur kapitalistischen Geldwirtschaft und zur ökonomischen Verwertung von Menschen geschaffen werden kann, beschreibt die Berliner Gruppe auf Seite 5.

LESERiNNENFORUM

Unsere Dezember-Ausgabe 2003 hat einiges an Reaktionen hervorgerufen. Das ist ganz in unserem Sinne, verstehen wir uns doch auch als Diskussionsforum unterschiedlichster Bewegungen. Reaktionen gab es zum Schwerpunkt »Der Krieg der Sterne«, zum Artikel »Die neue Dynamik im ESO-Bereich« und zum Beitrag »Wie Phönix aus der Asche«. Nicht in unserem Sinne waren die damit verbundenen Abokündigungen. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Das unterscheidet CONTRASTE von vielen anderen Medien. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Jahrelang waren sie vergeblich auf der Suche nach einem Job mit Perspektive oder hielten sich dürftig mit Arbeitslosenhilfe und befristeten ABM-Stellen über Wasser. Weil die Hoffnungen auf blühende Landschaften dahin sind, haben viele ihrer Region gezwungenermaßen den Rücken kehren müssen. Langzeitarbeitslose aus Leipzig und Grimma haben nun die Initiative selbst ergriffen: Zwei Selbsthilfegenossenschaften für Haus- und Bauservice und für Tourismusentwicklung sind das Ergebnis. Seite 13

www.contraste.org

Trotz alledem – ökonomische Alternativen in diesen Zeiten des Sozialabbaus?

Anders Arbeiten?

Anders Arbeiten, sinnvolle Arbeit jenseits der Lohnarbeit – ein Dauerbrenner derjenigen Linken, denen es um Selbstorganisierung ging. Selber etwas aufbauen, nicht in negativistischer Kritik erstarren, und in einem diesseitigen Jenseits den Wertewandel praktizieren. Vieles wurde gedacht, geschrieben und diskutiert: über Selbstausbeutung, informelle Machtstrukturen und neue Chefs (Chefinnen selten), über Vereinnahmungen durch Marktwirtschaft und andere Systemzwänge, Radikalität und Kompromisse. Gute alte Zeit, in der Anders Arbeiten ein Traum war.

Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag

Robert Ulmer, Elisabeth Voß, Initiative Anders Arbeiten, Berlin ● Heute wird der Traum vom anderen Arbeiten wahr – als Albtraum:

● Wir verachteten die stupide Sicherheit und die immer gleiche Routine – heute haben wir diskontinuierliche Erwerbsverläufe und befinden uns in prekären Einkommensverhältnissen, stehen unter kurzfristigen Erfolgszwängen und vermissen langfristige berufliche Perspektiven.

● Wir wollten nicht mehr nur das Rädchen im Getriebe entfremdeter Abläufe sein – heute sind wir ganzheitlich eingebunden in das unternehmerische Zielsystem, mobil und flexibel jederzeit im Dienste des Unternehmens.

● Wir wollten nützliche Dinge tun und nicht nur für die unmenschliche Glitzer- und Scheinwelt arbeiten – heute wird immer mehr notwendige Arbeit engagierten Ehrenamtlichen und pflichtbewussten Familienangehörigen überlassen, vor allem Frauen.

● Wir wollten der Natur und dem Wesen der Dinge nahe sein und waren fasziniert von traditioneller Subsistenz – heute sind mehr und mehr Menschen aus Armut und Not auf Selbstversorgung angewiesen, weil sie keinen Zugang zu den Gütern der Massenproduktion haben.

● Wir wollten eine ausreichende Grundsicherung, die vom Zwang zur Lohnarbeit befreien sollte – heute haben wir eine Grundsicherung für Alte in Höhe der pauschalierten Sozialhilfe, zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben, und für alle anderen einen Abbau der sozialen Sicherungssysteme, verbunden mit autoritärem Arbeitszwang.

Die Initiative Anders Arbeiten organisierte im April 1999 in Berlin einen Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht!?« (1). Es ging um Alternativen zu herkömmlicher Erwerbsarbeit, Möglichkeiten eines »Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)«, Selbstverwaltung und den immer etwas diffusen »Dritten Sektor«. Es wurden tapfer Forderungen an die erst wenige Monate regierende rotgrüne Bundesregierung formuliert (2) – während Deutschland wieder Krieg führte, zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Seitdem setzt sich die *Initiative Anders Arbeiten* kritisch mit bundesweiten und Berliner Entwicklungen auseinander, formuliert statt wohlklingender Forderungen zunehmend Kritik und Opposition gegen Sozialabbau, Arbeitszwang und das gesamte Instrumentarium des Klassenkampfs von oben. Wir sind aber keine politische Organisation mit einheitlicher Meinung, sondern ein Zusammenhang von Gruppen und Einzelpersonen mit unterschiedlichen Analysen, Herangehensweisen und Zielen. Unsere Grundsatzdebatten verlaufen oft kontrovers, das spiegelt sich auch in diesem Schwerpunkt wider:

Anne Seeck setzt sich auseinander mit dem Arbeitszwang damals in der DDR und heute hier, Elisabeth Voß plädiert für die Notwendigkeit von Arbeit und alternativer Ökonomie, Cornelia Rasulis beschreibt die Situation von Frauen und ehrenamtlichem Engagement, Robert Ulmer fordert ein bedingungsloses Existenzgeld für alle, und Eckart Hildebrandt beschreibt Verlauf und Ergebnis der Debatten des Berliner Agenda 21-Fachforum Zukunft der Arbeit.

Welche praktischen Schlussfolgerungen sich aus den unterschiedlichen Ansätzen ergeben, welche Debatten, Aktionen und Projekte entwickelt werden, und wie erfolgreich diese angesichts der sich verschärfenden Rahmenbedingungen sein können, darüber werden wir die CONTRASTE-LeserInnen auf dem Laufenden halten.

Wer am monatlichen Plenum der *Initiative Anders Arbeiten* teilnehmen möchte, ist herzlich eingeladen. Wir freuen uns auch über Rückmeldungen und Kommentare von außerhalb Berlins! ●

(1) siehe CONTRASTE-Kongressbeilage in der taz vom 29.03.99, und Contraste April 1999
(2) »Berliner Frühlingspapier«: www.contraste.org/ ergebnisse.htm

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

INFO

Initiative Anders Arbeiten, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
E-Mail: buero@andersarbeiten.de
Web: www.andersarbeiten.de
Öffentliches Plenum an jedem 2. Dienstag im Monat um 19:30 h im Mehringhof, SFE (Schule für Erwachsenenbildung)

D 8008

SYMBOLISCHE ANEIGNUNGEN: INITIATIVE BRINGT DRESDEN IN BEWEGUNG

Alles für alle – Dresden Umsonst

Es ist kein Geld da, heißt es. Wir können uns so viel Kultur und Jugendförderung nicht mehr leisten, stöhnen die Dresdner Stadtoberen. Und erhöhen gleichzeitig die Haushaltsmittel für den Straßenbau, denn der bringt den Standort voran im Wettbewerb jeder gegen jeden.

Uta Knischewski, Red. Dresden ● Die Vereine müssen halt sehen, wie sie klarkommen. Weniger als die Hälfte des benötigten Geldes für die Jugendförderung ist im Haushaltsentwurf vorgesehen. Die einen drängeln sich mit ausgefahrenen Ellenbogen um den Geldtopf, die anderen geben auf oder versuchen wie jedes Jahr, irgendwie über die Runden zu kommen.

Die BürgerInnen dürfen sogar Vorschläge machen, welche Einrichtung geschlossen werden kann. Das nennt man Demokratie. Die Eintrittspreise für Schwimmbäder und Theater steigen. Die Vergünstigungen für SozialhilfebezieherInnen werden gestrichen, Bus und Bahn für manchen unbezahlbar, öffentliche Plätze privatisiert. Alles für den Standort. Und Dresden ist kein Einzelfall.

Die Gruppe DRESDEN.UMSONST setzt seit Mitte letzten Jahres künstlerisch Zeichen gegen diese Entwicklungen, gegen räumliche und soziale Ausgrenzung. Probiert aus, ob man im schicken, »multifunktionalen« Einkaufszentrum auf dem Fußboden sitzen, tanzen, Karten spielen, Alkohol trinken oder gar betteln kann. Eben alles Sachen, die früher im öffentlichen Raum möglich und üblich waren. »Die Kampagne DRESDEN.UMSONST will mit ihren symbolischen Aneignungen deutlich machen, dass bestimmte soziale Bedürfnisse keinen Luxus darstellen, der zur Disposition gestellt werden kann, sondern zum Leben dazugehören. DRESDEN.UMSONST will dabei neue Wege beschreiten, um politische Inhalte mit künstlerischen Ausdrucksformen zu verbinden.« heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Umsonst-Aktiven schwimmen eine Viertelstunde kostenlos im Schwimmbad, führen im vollbesetzten Theater zu Vorstellungsbeginn einen szenischen Dialog über die drohende Schließung von kulturellen und sozialen Einrichtungen und fahren angekündigt eine Stunde kostenlos Bus und Bahn. Alles mit Luftballons, Handzetteln und Musik. Die Aktion »Heute FREIbaden« brachte vier Strafanzeigen ein, alle Aktionen die Aufmerksamkeit der Mitmenschen, teils ungläubig kopfschüttelnd, teils wohlwollend. Ja, das wäre schon was, wenn ich das alles kostenlos nutzen könnte. Aber geht denn das?

Nein, das geht überhaupt nicht, meinten die Gesetzeshüter vom Staatsschutz. Ein Großaufgebot stürmte am 21.Januar ein linkes Hausprojekt, zwang drei Umsonst-Aktive zur erkennungsdienstlichen Behandlung, durchsuchte mehrere Wohnungen. Leute, die nach Meinung des Staatsschutzes zum Umfeld von DRESDEN.UMSONST gehören, wie die Kuratorin des Kunstprojekt DRESDENpostplatz und ein Redakteur von radio null (einem drei Tage lang sendenden freien Radio), wurden vorgeladen und stundenlang verhört. Da könnte ja jeder kommen und kostenlos leben wollen!!!

Am 24. Januar besetzte die neue Initiative KulturRaum unter dem Motto »Her mit dem schönen Leben – Alles für Alle – und zwar UMSONST!!!« für zwei Tage ein leerstehendes Projektehaus der Stadt. Nicht nur für sich, sondern als Angebot für alle. Für zwei Tage gab es in der alten Villa am Albertplatz Musik, Filme, Theater, Volxküche, Umsonstladen, Debatten zu Stadthaushalt und Castor. Unzählige Leute gingen ein

Fortsetzung auf Seite 2

KOMMENTAR

Wachstum wohin?

Der Handel war auch heuer wieder nur bedingt zufrieden mit den Umsätzen zur »stillsten Zeit« des Jahres. Wirtschaftsforscher beruhigen uns freilich mit Wachstumsprognosen für das neue Jahr. Und die Politik verspricht eine Steuerreform, die den »Konsum ankurbeln« soll. Was aber, wenn die Kauflust abnimmt, einfach deshalb weil wir schon alles haben? Noch sind Trend- und Marktforscher erfindungsreich und bieten uns immer neue Produkte an. Und doch könnte ein Wertewandel den alten Rezepten von der Wachstumsankurbelung ihre Wirkung nehmen.

Man muss nicht gleich dem amerikanischen Philosophen Henry David Thoreau zustimmen, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts gemeint hat, dass der Mensch reich sei in Proportion zu den Dingen die sein zu lassen er sich leisten kann. Dass wir gegenwärtig nicht im Überfluss leben, sondern viel eher von der Aufdringlichkeit des Überflüssigen beherrscht werden, wird jedoch bei vielen auf Zustimmung stoßen. Ein Blick in die Regale der modernen Einkaufspaläste oder die prall gefüllten Kinderzimmer und Hobbyräume mag es bestätigen. So entsteht ein Paradoxon: Die angehäuften Güter werden immer mehr, wertvolle Dinge wie Zeit, Muße, Familien-und Freundschaftsbeziehungen, Anerkennung und Wertschätzung immer knapper. Und zugleich steigt der Konkurrenzkampf. Wer nicht schnell genug ist, den bestraft der Markt. Die Ideologie »Jeder gegen jeden« hat Wirtschaft und Politik erfasst.

Und doch wäre aufbauend auf den Errungenschaften des letzten halben Jahrhunderts – wirtschaftliche Effizienz, sozialer Friede, politische Stabilität - gerade jetzt eine Abkehr vom »Steigerungsspiel« (Gerhard Schulze) und ein Trendwechsel von der Güteranhäufungs- zur Beziehungsgesellschaft, von der Wachstums- zu einer neuen Verteilungsgesellschaft bezüglich Einkommen wie Arbeit nötig und auch möglich. Das Schielen aufs nächste Weihnachtsgeschäft und Konsumsteigerungsstrategien unterschiedlichster Art tragen dazu freilich nicht bei.●

Mag. Hans Holzinger
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

DIE SCHWERPUNKTPLANUNG DER NÄCHSTEN MONATE

- März 2004: Longo mai
- April 2004: Krise der Tauschringe
- Mai 2004: 25 Jahre Ufa-Fabrik Berlin
- Juni 2004: Kein Mensch ist illegal
- Sommer 2004: Archive von unten
- September 2004: Permakultur
- Oktober 2004: Selbstorganisation und Ausgrenzung –Gewaltfreie Konflikttransformation
- November 2004: Knast

Soweit unsere Planung – ob und wie sie umgesetzt werden kann, ist von vielen Faktoren abhängig. So manchesmal macht das Erwerbsleben oder die eigene Arbeit in der Initiative oder Projekt unseren ehrenamtlichen RedakteurInnen einen Strich durch die Rechnung und ein Schwerpunkt muss verschoben und durch einen anderen schnell ersetzt werden. Deshalb bleibt diese Planung auch unverbindlich.

Bei CONTRASTE gibt es keine Zeilen- oder Stundenhonorare – die Einnahmen werden ausschließlich für entstehende Fremdkosten verwendet (Druck, Satz & Layout, Porto, Vertrieb und Bürokosten der Endredaktion).●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

und aus, träumten, wie das Haus dauerhaft genutzt werden könnte. Diskutierten über weitere selbstorganisierte Lebensbereiche, Freiräume für soziale Gruppen und Gratis-Ringe. Auch ein paar StadtpolitikerInnen wurden gesehen.»Soziale und Kulturelle Freiräume sind rar. In der Marktwirtschaft muss sich alles rentieren. Aber in dieser Logik der Kommerzialisierung nahezu aller Lebensbereiche wird Selbstorganisation der Bevölkerung einer Stadt unmöglich gemacht. Es ist die Zeit, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.«, steht in der Pressemitteilung der Initiative KulturRaum.

Das Projektehaus soll nur ein erster Schritt der Initiative sein, weitere folgen bald.●

mehr zu DRESDEN.UMSONST:
www.dresden-postplatz.de/dresdenumsonst/
zur Initiative KulturRaum:
http://germany.indymedia.org/2004/01/72725.shtml
Radiobeitrag:
www.freie-radios.net/portal/content.php?id=5983

DRESDEN.UMSONST

»Im Sommer täglich ins Freibad? Niemals den neusten Film im Kino verpassen? Mit den Kindern ins Theater? Sonntags immer mal wieder ins Museum? Mit Bus und Bahn zur Arbeit oder zur Schule? Einen sicheren Kita-Platz für alle? Geht auch alles, kostet bloß was. So viel, dass viele es sich nicht mehr leisten können. Und damit kostet es zuviel, für zu viele.

Wieso sich nicht amüsieren können, wenn man es will? ... Geht alles gerade nicht, das gute Leben soll erst später kommen. Wir wollen aber nicht mehr warten: warten darauf, dass der Aufschwung kommt oder die Autobahn oder dass der Wiener Platz bald fertig ist. Für uns gehört mehr zum Leben als ein Dach über dem Kopf und täglich was zu essen (obwohl viele das noch nicht mal haben). ...

Was aber, wenn das schöne Leben gar nicht mehr kommt? Wenn wir umsonst verzichtet haben: auf Ansprüche, die uns zustehen, auf Bedürfnisse, für die wir uns nicht schämen müssen? Oder für wen ist eine Stadt da, wenn nicht für diejenigen, die dort wohnen?

DRESDEN.UMSONST macht keine Vorschläge, wo gespart werden kann und wo nicht.

DRESDEN.UMSONST widersetzt sich dem Ausspielen von sozialen gegen kulturelle Einrichtungen, von Obdachlosen gegen Flüchtlinge. Für uns gibt es keine Unterscheidung zwischen erwerbstätig oder erwerbslos, mit deutschem Pass oder ohne, Frau oder Mann, alt oder jung: DRESDEN.UMSONST will aufzeigen, dass bestimmte menschliche Bedürfnisse zum Leben dazugehören und daher für jede/n erfüllbar sein müssen. Ein Entweder – Oder gibt es für uns nicht. Wieso sollten Dinge nicht anders möglich sein als sie jetzt sind?«

E-mail: dresden.umsonst@gmx.net

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2004

Freude kommt auf...

... denn wir nähern uns der Ziellinie bei unserer Spendenkampagne. Das haben wir unseren spendenfreudigen LeserInnen zu verdanken, darunter ist eine größere Einzelspende. Bis zum Stichtag 28.1.2003 gingen weitere 1.593 EUR an Spenden ein. Für die Deckungslücke benötigen wir jetzt noch 1.530 EUR. Allen Beteiligten herzlichen Dank! Die Arbeit am Zeitungsprojekt macht einfach mehr Spaß, wenn wir wissen, dass die Unkosten für dieses Jahr gedeckt sind.

Redaktion Heidelberg ● Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Peter Bargfrede, Bremen (15 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt, Weinstraße (38 EUR)
- Dietmar Schlosser, Feldatal (30 EUR)
- N.N., Göttingen (50 EUR)
- Jana Dernbach, Frankfurt/Main (100 EUR)
- Klaus und Helga Kaczerowski, Berlin (15 EUR)
- Helma Nastali, Berlin (50 EUR)
- N.N., Freiburg (100 EUR)
- Anne Gräff, Dresden (45 EUR)
- Schäfereigenossenschaft Finkhof (100 EUR)
- Renate Börger, München (1.000 EUR)
- N.N., Darmstadt (50 EUR)

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!
Wir können ein neues Fördermitglied begrüßen:

- Steffen Schuller (65 EUR)

Die neue Fördermitgliedschaft bringt zusätzliche 20 EUR in diesem Jahr.

Abokampagne 100+

Es gab fünf neue Abos, eine Fördermitgliedschaft und vier Kündigungen. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei 98+

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2004

Das Zeitungsprojekt benötigt 1.530,60 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 98+ Neuabos

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

KURT'S SURF CENTER: DER DOYEN DER DATENWELT

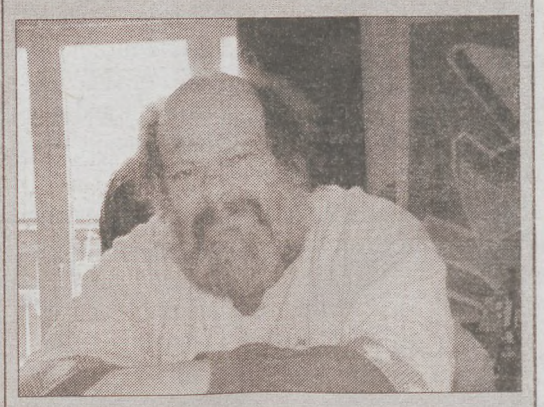
Wauland darf nicht sterben...

Als 2001 und damit viel zu früh die Hackerlegende Wau Holland mit nur 49 Jahren einem Schlaganfall erlag, widmeten wir ihm schon einmal diese Rubrik. Eine lebendige Legende wurde Wau schon in den achtziger Jahren als Mitbegründer und Ideenmotor des Chaos-Computer-Clubs (CCC). Jetzt kümmert sich eine Stiftungsinitiative um seinen »Nachlass«: einen Sack voller Ideen (s. www.wauland.de). Und endlich gibt es auch das Buch zu Wau. In »Der Phrasenprüfer« beschreibt der Dresdner Autor Daniel Kulla sorgfältig recherchierte Stationen und Szenen der Wechselfälle von Waus Leben in Berlin, Hamburg, Heidelberg und später im Thüringischen.

So richtig bekannt wurde Wau durch spektakuläre Hacks. Als Anfang der Achtziger die CCC'ler 135.000,- DM übers Wochenende in ihre Kasse spülten, indem sie den damals von der Post propagierten Bildschirmtext blamierten und ihre kostenpflichtige BTX-Seite über eine einfaches Programm pausenlos von der Hamburger Sparkasse ordern ließen, waren sie in den Schlagzeilen. Und der Medienhype ging erst recht los, als sie später auch noch im NASA-Rechner rumfingerten.

Dabei war Wau alles andere als ein Datendieb. Im Gegenteil: er wollte Vergesellschaftung von Wissen und hierfür arbeitete er wie besessen in einer Vielzahl von Projekten. Als er uns 1988 in unseren Heidelberger Redaktionsräumen besuchte, stellte sich heraus, dass er schon an der Ursuppe unserer eigenen Satzsoftware »textline« mitherumgerührt hatte. Mit seiner eigenen Softwareschmiede WYSIWIG hatte er weniger Glück.

Und so war er denn in der wilden Nachwendezeit, als CONTRASTE im headquarter der ersten »Bunten Republik Neustadt« in Dresden Computer installierte, wo an den Wänden »Schrödingers Katze ist tot!« stand, quicklebendig und fidel gleich ganz bei uns um die Ecke. Wir »mailten« ja nur noch miteinander und wussten daher lange Zeit gar nicht, wo Wau eigentlich ist. Ja klar, in Ilmenau war er damals und wie das Buch schildert, hatte er später in seiner WG in Jena wahrscheinlich sogar seine



glücklichste Zeit.

Denn dort, in Konfrontation mit Neonazis, verständnislosen Eltern, Behörden und Lehrern und in ständigem lebensnahen Kontakt mit der Ossi-Jugend in seiner WG blühte er eigentlich erst so richtig auf. So steht es in dem Buch und wir neigen dazu, dem zu glauben, weil wir viele der dort erzählten Szenen selber ähnlich erlebt haben: ob in Dresden, Plauen oder anderswo.

Die Welt ist halt eben doch keine lebenslose Matrix und auch ein Doyen der Datenwelt braucht Freunde. Einerseits ist Waus Vermächtnis sicher »nur« ein Ehrenkodex für Hacker – andererseits, so verrät uns das Buch, hat er eben auch gelebt und auch der wüsteste, kompromissloseste Anarchist kann sich nicht nur alleine organisieren.

Und ihn, der mit einem einfachen Phasenprüfer kostenlos telefonieren konnte und der so viele gute Ideen hatte, hätten wir wirklich noch länger gebraucht...

Ruf uns mal an von Wolke 7.●

Daniel Kulla: Der Phrasenprüfer – Wau Holland erscheint bei »Werner Pieper & The Grüne Kraft« ISBN 3-922708-25-0

ARGENTINIEN

Das neue Jahr der »obreras sin patrón«

Am 29. Dezember 2003 übernahm eine Gruppe von Arbeiterinnen erneut die Textilfabrik Brukman. Begleitet von einem Gewerkschafter und Beamten der Stadtverwaltung kontrollierten sie nun die Fabrik, aus der sie acht Monate zuvor geräumt wurden, um das Verfahren abzuschließen, das sie in den Besitz dieser Anlage bringt.

TextilarbeiterInnen ziehen in die enteignete Fabrik Brukmann Buenos Aires, ein

von caminante, indymedia argentinien ● Der Triumph der ArbeiterInnen der besetzten Fabrik Brukman in Buenos Aires hat den Geschmack der Freude über die Eroberung, gewonnen durch pure Beharrlichkeit, dank der Zähigkeit dieser Frauen und Männer, die es am 18. Dezember 2001 verstanden hatten, sich innerhalb eines Tages der argentinischen Rebellion voranzustellen und ihre eigene Rebellion zu verwirklichen, indem sie die Firma besetzten.

Diese Eroberung verdankt sich den Schritten nach vorn, die die Näherinnen machten: Dem Mut, die Besetzung am 19. Dezember weiterzuführen, als der damalige Präsident Fernando de la Rúa den Ausnahmezustand über das Land verhängte. Dann der Courage, die Produktion wiederaufzunehmen und so den Namen Brukman zu verwandeln: Aus dem Namen eines ausbeuterischen Unternehmers in ein Symbol einer wegweisenden Erfahrung: Der der Arbeiterinnen ohne Herren. Die Entscheidung, ein ums andere Mal die zurückeroberte Fabrik zu verteidigen, bis zu jener fatalen Nacht des 18. April, in der sie geräumt wurde.

Sodann begann die andere Epoche. Die Versuche der Rückeroberung. Die Vögel, die versuchten, über die Polizeiabsperrungen zu fliegen und mittels Gas und Kugeln eingesperrt wurden. Frauen, die in diesen Tagen zum ersten Mal das Stechen von Tränengas und das Schwirren der Kugeln spürten, aber auch die Wärme der Solidarität. Frauen, die lernten im Kampf zu wachsen, die sich zu *compañeras* machten, Genossinnen der *piqueter@s*, der Feministinnen, der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Stadtteilversammlungen, der Arbeiter und Arbeiterinnen von anderen besetzten Betrieben, der Studenten, denen sie öffentliche Vorlesungen in den Universitäten hielten, den Müttern des Plaza de Mayo. Frauen, die uns zu bewegen wussten, uns beibrachten die Widerstände zu nähen und zu sticken, die die Türen der Vorstellungskraft öffneten um zu träumen: Dass nicht nur eine Fabrik möglich ist, sondern ein Land von Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Herren, eine Welt der freien Arbeiterinnen und Arbeiter.

Acht Monate lagerten die Näherinnen vor ihrem Betrieb. Sie verhinderten die Versuche der alten Eigentümer diesen mit neuen Arbeitern und viel Polizei wieder zu öffnen. Sie lernten die Solidarität der Streikfonds kennen, die von ArbeiterInnen anderer Unternehmen gesammelt wurden, wie die Genossinnen und Genossen von Zanon, die immer dabei waren. Sie kannten die politische Debatte. Sie lernten die Formen kennen, in denen die politischen Parteien handeln, die der Rechten, die der Linken. Sie lernten die unerfüllten Versprechen der Funktionäre kennen. Sie lernten, ihre Kräfte zu messen. Sie lernten voranzugehen und sich zurückzuziehen. Sie lernten den Moment kennen, in dem alles Begeisterung ist und sie lernten nicht wenige Enttäuschungen kennen. Sie fühlten sich begleitet und sie fühlten sich alleine. Sie kämpften weiter.

Beim Betreten der Fabrik durchlebte Celia all diese Momente wie in einem inneren Film nochmals. Den Verschleiß, den die eigene Gruppe in diesen zwei so harten Jahren erlebte. Die Entscheidungen, die sie treffen mussten, sogar im Widerspruch zu einigen Überzeugungen. Die Bündnisse, die sie eingehen mussten.

Die Freude hat einen bitteren Beigeschmack. Nun will jemand, der gerade dazugekommen ist, der Bewegung seinen Namen und seinen Stempel auf die frierenden und müden Körper dieser Frauen aufdrücken. Die Näherinnen durchkämmen weiter die sechs Stockwerke des Gebäudes. Sie machen öffentlich, dass wichtige Teile fehlen um die Produktion wiederaufzunehmen, wie ein Zentralrechner mit den Entwürfen der Kleidung, Maschinentafeln, Kleidung, die schon fertig für den Verkauf war. »Die Zerstörungen die sie hier angerichtet haben, sind eine Katastrophe,« sagt Celia Martínez zu Adital: »Viele automatische Maschinen sind kaputt. Wir haben noch keinen kompletten Überblick über die Schäden. Warum soviel Zerstörung, wenn sie doch sagten, dass sie die Produktion wiederaufnehmen wollten?« Die Frauen erinnern daran, dass die Einrichtung seit dem Tag der Räumung unter Bewachung der Bundespolizei stand und Brukman und seine Vertreter die Einzigen waren, die eintreten durften. Die Rückkehr der Arbeiterinnen in die Fabrik wurde möglich, als durch ihren beständigen Kampf aufgrund dessen das Wirtschaftsgericht am 20. Oktober den Konkurs der Firma und das Parlament sie am 30. Oktober zum »öffentlichen Wohl« (de utilidad pública) erklärte. Die Firma wurde enteignet, um sie der von den Arbeiterinnen gegründeten Kooperative zu übereignen, deren Name an den Tag erinnert, an dem die Besetzung begonnen hatte, den »18.Dezember«.

Zwei Jahre sind seit jenem 18. Dezember vergangen, an dem die Näherinnen diesen Schritt taten. Seitdem bezeichnet Brukman, was es negiert: Ein Unternehmer, der seine Macht missbraucht, der all den Betrügereien an den Arbeiterinnen nun noch eine weitere hinzufügt hat: Die Zerstörung des Unternehmens. »Wenn es nicht für mich ist, soll es für niemanden sein« – das scheint die Nachricht des Bourgois an ein Volk zu sein, das vor der Fabrik in Balvanera feiert: *»Aquí están, estas son, las obreras sin patrón«* – »Hier sind sie, dieses sind sie, die Arbeiterinnen ohne Herren«. Zwei Arten zu denken in dieser Zeit, und mehr noch, die Zeit anzukündigen, die kommen wird.

Die Schneiderinnen machten den ersten Schritt. »Der Kampf hat gerade erst angefangen« bestätigt Celia, während sie anstößt auf das neue Jahr der *obreras sin patrón*.●

Übersetzung: Claudia Korol

Feature von http://argentina.indymedia.org

SELBSTORGANISATION IM ALLTAG

Schnorren, Sachspenden, Tauschen, »Dealen« Teil 1: Voraussetzungen

Voraussetzung 1: Organisieren statt finanzieren

Espi, Red. Selbstorganisation im Alltag ● Wer in seinem/ihrem Lebensalltag monatlich 5.000 DM oder mehr ausgeben will, hat kaum eine Chance zur Selbstorganisation. Der Ansatz selbstverwalteter oder pseudo-alternativer Betriebe, zwar hierarchiefrei, aber doch hochprofitabel zu arbeiten, hat nur zu kollektiver Selbstausbeutung oder enormen Modernisierungsstrategien geführt – nicht aber zu einer Befreiung von den Markt- und Herrschaftszwängen (und ganz nebenbei noch die Modernisierung des Kapitalismus insgesamt vorangetrieben – eine klare Niederlage gegenüber der alten Idee, Gesellschaft stückweise von den Marktzwängen zu befreien). Selbstorganisation hat dort Chancen, wo es gelingt, den Bedarf an auf dem Markt eingekauften Waren drastisch zu senken – mit dem Ziel Null. Denn »Markt« bedeutet immer die anonyme Vermittlung von Werten ohne jegliche direkte Vereinbarungsebene zwischen Menschen. Und sie schafft den Zwang, für das allgemeingültige Tauschmittel im Markt, eben das Geld, selbst wieder im Markt die Wertschöpfung zu betreiben, d.h. sich zu verkaufen, Lohnarbeit nachzugehen. Die Alternative muss lauten, den Aufwand für die materielle Reproduktion zu minimieren und diese im direkten Verhältnis zu organisieren, weil es nur dann gestaltbar ist. Tausch, gemeinsames Eigentum oder organisiertes »Schenken« bzw. »Nehmen statt Kaufen« können dazu Ansätze bieten.

Voraussetzung 2: Alltag und Politik verbinden

Unendliche Ressourcen ... fast alle Gruppen in den Industrieländern verfügen, den Besitz und die Verfügungsrechte aller beteiligten Menschen sowie den Besitz der Gruppe zusammengerechnet, meist über einen unglaublichen Reichtum. Was für das Auto allgemein bekannt ist (es bindet extrem viel Geld und Zeit bzw. zwingt zur fremdbestimmten Arbeit), gilt auch für viele, viele andere (eigentlich alle?) »Güter«: Computer stehen bei fast jeder Person herum – genutzt oft nur wenige Minuten durchschnittlich am Tag. Fahrräder, Klamotten, Werkzeug, Küchengeräte, Waschmaschinen usw. – alles steht oder liegt die meiste Zeit ungenutzt herum. Noch einfacher: Bücher und Zettelsammlungen schlummern in Regalen. Das Privateigentum bindet unglaubliche Mengen an Geld und Zeit. Wenn aus Privateigentum Kollektivbesitz wird, und das dann noch mit einem politischen Projekt verbunden wird, entsteht meist sofort ein unglaublicher Reichtum: Eine ansehnliche Bibliothek, wenn einfach nur die Bestände aller Beteiligten zusammengeworfen werden. Eine beeindruckende Heim- oder Fahrradwerkstatt. Entweder die beteiligten Menschen bauen einen Raum auf, wo politischer Raum und kollektives Leben örtlich verbunden und damit alle Ressourcen gemeinsam (von den Menschen gemeinsam und gemeinsam für politische Arbeit – dann auch von anderen – und das Alltagsleben) nutzbar sind. Oder dann, wenn alle getrennt leben, kann ein gemeinsamer Raum für das politische Zentrum plus kollektiver Räume (Waschmaschine, Werkstatt, Computerräume, Bibliothek) geschaffen werden. Das reduziert auch den Raumbedarf pro Person sehr stark. Und all das spart Geld, spart Zeit, beendet eine materielle Verschwendung (und damit wieder den Zwang zum Geldbeschaffen/-verdienen), die durch die Orgie des totalen Privatbesitzes hervorgerufen wurde.

Kollektive Strukturen der Kooperation von Nützlichkeit sind eine wichtige Basis der Selbstorganisation. Kollektivität bezeichnet hierbei nicht den Mythos der Art alter selbstverwalteter Projekte, wo kollektiv immer gut sein sollte, auch wenn dadurch alles schwieriger, anstrengender usw. wurde und die harte Orientierung der Produktion für den Markt blieb.

Voraussetzung 3: Phantasie, Kreativität und das richtige Gespür für »Deals«

Selbstorganisation ist nicht nur ungemein praktisch und ein Weg hieraus aus den Abhängigkeiten von Markt und Staat. Es ist auch ein Bruchstück visionärer Entwurfe, hereingeholt in das konkrete Handeln hier und jetzt. Eine emanzipatorische Vision der »Freien Menschen in Freien Vereinbarungen« wird noch einige Schritte weiter führen müssen – dann geht es nicht mehr um gegenseitige Unterstützung, sondern alle Fähigkeiten, aller materieller Reichtum ist allen zugänglich, schafft immer weitere Möglichkeiten für alle. Das ist weit weg. Doch ein Hauch davon ist erreichbar, wenn Menschen auf kreative Art gukken, wo sie sich gegenseitig helfen können als Form des punktuellen Ausbruchs aus herrschafts- und marktförmigen Verhältnissen. Darum geht es – um das Vermitteln der Idee von gleichberechtigter Unterstützung. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Betteln, einem Bitten um eine Unterstützung als Wohltat oder Almosen. Betteln ist als Notmaßnahme oder als Lebensentwurf so akzeptabel wie alle anderen unterwürfigen Formen der fremdbestimmten materiellen Reproduktion. Selbstorganisation aber will etwas ganz anders. Selbst beim Versuch, eine Firma um eine Sachspende anzuschnorren, geht es darum, die Idee der Unterstützung auf gleichberechtigter Ebene zu vermitteln.

Das gilt selbst für das zunächst unterwürfig erscheinende »Schnorren«. Die Form der Kontaktaufnahme zwecks »Schnorrens« (Überschüsse und Spenden für sich gewinnen) oder »Dealens« (kreative Vereinbarungen treffen der ganz unterschiedlichen Art – vom Tausch bis zur politischen Aktion) kann und sollte auf dem gleichberechtigten Gespräch basieren. Der Ausgang ist offen. Es geht nicht nur um ein Ja oder Nein, sondern um vielfältige Möglichkeiten. Kann sein, dass ein Gespräch beginnt, weil eine politische Gruppe einen Computer sucht – und am Ende kommt heraus, dass sie etwas ganz anderes bekommt oder die/der GesprächspartnerIn die politische Zeitung abonniert oder was auch immer. Angetrieben ist das Gespräch von der Nützlichkeit und von politischen Ideen. Die Kunst ist das kreative Diskutieren, das Gespür für den richtigen Augenblick und die passenden Vorschlag, die Wendigkeit im Denken ... all das ist etwas, was in dieser Gesellschaft wenig geübt wird, aber die Übung kommt, wenn die Gespräche mutig geführt werden. Selbst ein absurder Vorschlag kann helfen – das Gespräch bleibt in Erinnerung.●

Fortsetzung folgt

PRESSEGRUPPE »PRESSELINX«

Hintergrund: Linke Politik krankt immer wieder an der Frage der Vermittlung der eigenen Aktionen und Inhalte. Das hat oft nicht mit den Aktionen selbst zu tun, sondern mit einer mangelhaften Pressearbeit. Erfolgreiche Pressearbeit bedarf (leider) einer gewissen Routine, eines »Knowhow«s und gut gepflegter Kontakte. Diese sind ad-hoc kaum zu schaffen. Es fehlt an einer kontinuierlichen linken Medienpraxis. Eine gewisse Ausnahme bietet in letzter Zeit Indymedia, aber auch bei Indymedia gilt, dass die Leute letztlich selbst ihre Medienarbeit leisten sollen. Doch dies ist nicht so leicht getan, wie gesagt. Viele kennen wohl das Problem, dass sich in einer Aktionsgruppe nur Wenige finden, die Pressearbeit machen wollen (Texte schreiben etc.) oder sich mit PressevertreterInnen unterhalten wollen. Oftmals stehen dann – insbesondere in den bürgerlichen Medien – am Ende eine erbärmliche Berichterstattung da. Diese gilt es jedoch zu vermeiden; insbesondere wenn mensch mit ihrer/seiner Aktion auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse emanzipativ einwirken will.

Wir leben in einer Mediengesellschaft in der die Welt den Menschen zunehmend über Radio, Fernsehen, Internet und Zeitungen erklärt wird. Es ist nicht nur arrogant, sich darüber hinwegsetzen zu wollen, sondern auch töricht und bei Großaktionen sogar unmöglich. Deshalb bedarf es einer engagierten, kontinuierlichen und kompetenten Pressearbeit. Trotzdem sollte diese möglichst partizipativ, hierarchiearm und offen ablaufen. Das ist eine Herausforderung.

Idee: Idee ist die Gründung einer linken Pressegruppe, die sich als Helferin von und für AktivistInnen versteht. Diese Pressegruppe soll eine (offene) Struktur aufbauen, die ermöglicht ...

- Kompetenzen zu vermitteln;
- Ansprechpartner zu finden und Kontakte zur bürgerlichen Presse aufzubauen und zu pflegen – natürlich zu den »richtigen« Leuten;
- Vor Ort bei Aktionen und Aktionstagen anwesend zu sein und eine funktionierende Pressestruktur aufzubauen (Technix, Orga etc.);
- Mit Aktionsgruppen gemeinsam ein Konzept für die gewünschte Pressearbeit auszuarbeiten und umzusetzen;
- Aufgaben von Dokumentation und Archivierung zu übernehmen;
- Archivmaterial für Aktionsgruppen zur Verfügung zu stellen.
- Eigene journalistische Produktionen zu »vermarkten«.

Zudem sollte sich das Kollektiv im Rahmen des kritischen Mediennetzwerkes engagieren und dabei eine Kooperation und Vernetzung auf allen sinnvollen Ebenen anstreben.

Konkret: Presselinx könnte eine Art Kollektiv werden, welches kontinuierlich arbeitet und vielleicht aus 5-15 Personen besteht. Von Aktion zu Aktion kommen dann entsprechend Leute aus den Aktionsgruppen hinzu, um beim jeweiligen Thema punktuell mitzuarbeiten. Eine Art Büro und Archiv sollte betrieben werden und auch mit anderen linken Archiven zusammenarbeiten. Das Presselinx sollte seine Strukturen möglichst transparent gestalten um Hierarchien zu vermeiden. Sinnvoll wäre es auch, sich einen Grundstock an Technik zuzulegen, um vor Ort aktiv werden zu können, ohne auf andere Ressourcen angewiesen zu sein.

Das Gruppentreffen finden regelmäßig im Umsonstladen, Brunnenstrasse 183, Berlin-Mitte statt.●

JUGENDUMWELTKONGRESS IN DARMSTADT

Selbstorganisation ganz praktisch

Vom 28.12.03-4.1.04 fand in Darmstadt der Jugendumweltkongress (»Jukss«) statt. In einer Waldorfschule gab es eine Woche Workshops, Diskussionen und Aktionen zu verschiedenen Themen ... von Umweltschutz, Castorwiderstand bis hin zu Herrschaftskritik und Utopien. Dazu viel Raum, um selbstorganisiertes Zusammenleben ganz praktisch auszuprobieren. Dieser Text will ein paar Eindrücke vom Jukss weiter geben und Lust auf mehr machen.

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag ● Es gab viele Workshops zu Atom- und Umweltschutzthemen (von Castor bis zu Elektrosmog) bis hin zu esoterischen Werbeveranstaltung für »heilendes Wasser«, die glücklicherweise nur zur Erheiterung der TeilnehmerInnen beitrug. In einem Flur war die offene Aktionsplattform ausgebreitet. Dazu gehörten neben Büchertisch und Materialien ein »Direct Action Parcour« mit vielen Plakaten, Textbausteinen und Beispielen. Aktive der offenen Aktionsplattform Workshops zu direkter Aktion und Hrrschaftskritik (z.B. herrschaftsfreie Utopie, kreative Antirepression, Dominanzabbau in Gruppen, Dekonstruktion von Geschlecht oder Selbstorganisation). Außerdem gab es Austellungen zu Geschlechterverhältnisse (»Fuck Gender!«) und Martin Luther (www.luther-der-film.de.vu), dessen antisemitischen und sozialrassistischen Hetztiraden bis heute nicht wirklich aufgearbeitet wurden. Die Abende wurden mit Filmvorführungen, Konzerten, Musik, kleinen Runden und eigenen Darbietungen gefüllt. Aber auch die Praxis kam nicht zu kurz ...

Transparentaktion auf dem Luisenplatz, Darmstadt

Aktionen

Während des Jukss gab es einige lustige Aktionen, die ganz unterschiedliche Themen ansprachen: Am 31.12. besetzte eine größere Gruppe aus Solidarität mit der geräumten Hausbesetzung in Mannheim (siehe CONTRASTE Nr. 232) den Luisenplatz in Darmstadt. Andere Aktiviste hatten gleich eine subversive Gegendemo (»Bündnis zur Verteidigung bürgerlicher Werte«) mitgebracht, welche die Eigentumsordnung so lautstark und zugespitzt hochlobte, dass zusätzliche Aufmerksamkeit auf die Soli-Aktion gelenkt werden konnte, die sich später zu einer Demo durch die Innenstadt verwandelte. Tatsächlich zeigten viele PassantInnen Verständnis für Hausbesetzungen angesichts von Sozialabbau und um sich greifender Armut. Eine andere Aktion vor Textilabteilungen und Geschäften griff die ausbeuterischen Produktionsbedingungen und Kinderarbeit in der Textilindustrie an. Aus Protest gegen die Abschiebung einer kurdischen Familie zog am 3.1. eine Trauerzug durch Darmstadt. Teil davon war neben einer Theatereinlage eine imposante Transparentaufhängung an drei Fahnenmasten, die von einer Kletttergruppe erobert wurden, wobei eine Person durch Farbe und Haltung wie ein Erhängter wirkte.

Aber auch einige, eher nächtliche Aktionen wurden bemerkt: In Darmstadt-Eberstadt wurden große Werbeplakate, die klassische Entwicklungshilfe bewerben, mittels Spruchblasen verändert. Fotos von glücklichen AfrikanerInnen und schwarzen Gesichtern sollen Spendenflüsse an NGOs aus den Industrienationen. Die Veränderungen kritisierten diese Praxis und stellten sie in Zusammenhang mit dem Machtanspruch der führenden Nationen (»Eure Bomben und euer Wirtschaftssystem zwingt uns in Armut. Jetzt sind wir sogar von euren Spenden abhängig« oder »Unser Lächeln wird zum Zocken von Spenden benutzt«). Besonders populär schien auch der Jugendknast in Eberstadt nicht zu sein: Die gesamte Zufahrtstrasse zur JVA wurde mit Parolen gegen Repression und das Strafsystem »verziert« (z.B. »Denken statt gehorchen«, »Knäste abschaffen« oder »Leben ohne Chef und Staat«). Spruchblasen mit knastkritischen Parolen fanden sich auf verschiedenen Werbeplakaten. Die Veränderungen wurden eines morgens von verwunderten TeilnehmerInnen des Jukss bemerkt.

Entscheidungsfindung und Selbstorganisation

Seit dem letzten Jukss in Hamburg wurde das Plenum durch die Blüte ersetzt – aus der Kritik heraus, dass Plena dominanzfördernd wirken und gerade die bevorzugen, die rhetorisch geschickt sind usw. Bei der Blüte gibt es einen SprecherInnenkreis in der Mitte. Dahinter sitzen die Bezugsgruppen (in Form einer Blüte!), in denen Fragestellungen diskutiert werden usw. Die Blüte ist zwar keine grundsätzliche, aber in mancher Hinsicht schon eine interessante Weiterentwicklung: Dadurch, das die Debatten in Bezugsgruppen verlagert werden, erhöht sich der Gestaltungsraum für die Einzelnen. Auch da, wo Lösungen für ein konkretes Problem gesucht werden, zeigt sich, dass mehr und interessantere Vorschläge entstehen als im Plenum. Negativ: Meinungen, die in der eigenen Bezugsgruppe nicht konsensfähig sind, verschwinden nun völlig, während im Plenum zumindest Einzelmeinungen möglich sind. Der Haken an der Sache bleibt, dass überhaupt zentral entschieden wird – denn weder betrifft jedes Problem alle, noch ist es besonders gleichberechtigt, unter Konsenszwang in großen Gruppen zu entscheiden. Von der Struktur her schafft die Blüte wie das Plenum vereinheitlichte Entscheidungen. Damit wird der Weg verbaut für unterschiedliche Umgangsweisen mit einem Problem oder kreative Lösungen jenseits von »ja« oder »nein«. Schlauer wäre es, wenn sich immer die jeweils Interessierten vereinbaren und ihre Vereinbarung transparent machen. Sehr bemerkenswert fand ich die Selbstorganisierung in puncto Essen. Es gab keine Kochgruppe (wie sonst üblich), reihum kochten immer ein oder zwei Bezugsgruppen zusammen. Zudem wurde viel containert und dadurch einiges Geld gespart. Und das klappte relativ gut – was Mut macht hinsichtlich der Möglichkeit, auf einem zeitlich begrenzten Treffen mit antihierarchischen Organisationsmodellen zu experimentieren.

Fazit

Ungeachtet dessen, dass ich mir viel weitergehende Experimente wünsche: In puncto Selbstorganisierung und Selbstverwaltung ist der Jukss im Vergleich zu allen anderen politischen Events in D-Land viel voraus: Eine inzwischen politisch und inhaltlich sehr dünne Klozeitung und viele andere Details erinnern an den Ideenreichtum der radikalen Jugendumweltbewegung – in linken Kreisen ist wenig bekannt, dass dort Anfang der 90er viel über kreativ-herrschaftsfreie Organisationsmodelle nachgedacht wurde. Gerade deshalb macht es Sinn, diese Reibungsfläche zur hierarchischen Normalität auszuweiten und neuen Willen zu entwickeln, auch alle anderen politische Gruppen, Wohnprojekte usw. gehörig umzukrempeln! Der nächste Jugendumweltkongress findet voraussichtlich in Magdeburg statt ... viel Zeit also für Experimente und mehr.●

Infos zum Jukss im Netz:
www.jugendumweltkongress.de
Aktion gegen Knäste:
http://de.indymedia.org/2004/01/71171.shtml
Antirassistischer Trauerzug:
http://www.de.indymedia.org/2004/01/71137.shtml

KOMMUNE-INFO-TOUR 2004

Der Utopie dicht auf den Fersen?

**Gemeinschaften und Kommunen
Gemeinsam leben – kollektiv arbeiten
– politisch handeln**

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2004 bietet Gelegenheit zur Debatte. Kommunardinnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Villa Locomuna aus Kassel, der Kommune Buchhagen, der Feuerland-Kommune aus der Uckermark, der Kommune Karmitz aus dem Wendland,der Kommune Hof-Rossee an der Ostsee, der Kommune Alla Hopp in Bremen sowie der Kommune Waltershausen stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch. Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.

Es gibt immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht oder sie werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte.

Der Einsatz für menschenwürdige Strukturen und Erhalt unserer Umwelt muss heute oberste Priorität haben.

Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen, und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

»Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die allein selig machenden Konzepte in dieser Situation«, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, »aber durch den Aufbau solidarischer Lebensformen, gerechter Arbeitsverhältnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir am Aufbau einer gerechteren Welt mitwirken«.●

Tourplan im Februar 2004:

Aachen: So, 01.02.04, 20 Uhr, Bildungswerk, Adalbertsteinweg, D-52066 Aachen

Köln: Mo, 02.02.04, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, D-50670 Köln

Wuppertal: Di, 03.02.04, 19.30 Uhr, Autonomes Zentrum, Makomannstr. 3, D-42105 Wuppertal

Bochum: Mi, 04.02.04, 19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Waldbaumweg 108, D-44894 Bochum

Soest: Fr, 06.02.04, Noch nicht bekannt

Münster: Sa, 07.02.04, 20.00 Uhr, Kneipe, Frauenstr 24, D-48143 Münster

Osnabrück: So, 08.02.04, 18.00 Uhr, Lagerhalle, Rolandsmauer 26, D-49074 Osnabrück

Kontakt:
E-Mail: hans@mind.de oder
Tel. 0 58 64) 98 69 05 AB der Wendlandhof eG

REZEPTE:

Frisch auf dem Gruppentisch

In unserer Rubrik »Frisch auf den Gruppentisch« stellt Asia Schramm von der Redaktion Köln vor, was im Gruppenalltag der Projekte, Initiativen und Kommunen so auf den Tisch kommt, nebst einer kleinen Vorstellung und Foto. Vorschläge an asia@ina-koeln.org oder an die SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln.

Reis mit Gemüse (vegetarisch)

Zutaten für 20 Personen:
- 2 kg Reis
- 200g Butter
- 125g Eiernudeln
- 2 große Auberginen
- 6-7 große Zucchini
- 2,5 kg Kartoffeln
- 1,5 kg Zwiebel
- 1,5 Paprika
- 180g Tomatenmark
- 6 kleine Tomaten
- 1/2 kg Champignons
- 2 Knoblauchzehen
- Gemüsebrühe
- 0,5 l Sonnenblumenöl
- Salz, Paprika

Zubereitung: Butter in Salzwasser schmelzen lassen, Nudeln und Reis dazugeben und ca. 30 Min. kochen. Gemüse schneiden, in einen großen Topf geben, mit Paprika würzen, Öl und 2 Gläser Wasser dazugeben und ca. 30 Min. kochen.

Zutaten für den Salat:

- 2 Köpfe Eisbergsalat
- 1 Gurke
- 8 kleine Tomaten
- 1/2 rote Paprika
- 1/2 gelbe Paprika
- 1/2 grüne Paprika
- für die Soße: Salz, Öl, Essig, Pfefferminze

Zubereitung: Gemüse schneiden, die Zutaten für die Soße gut miteinander verrühren und über den Salat gießen.

Nachtisch: Schokoladenpudding

Zutaten:
- 3 Päckchen Puddingpulver (Inhalt für 1500 ml Milch)
- 1,5 l Milch
- 12 EL Zucker
- 1 Dose Aprikosen
- Vanillesoße

Zubereitung: Pudding nach Packungsanleitung zubereiten, in kalt ausgespülte Schalen Aprikosen legen, Pudding füllen. Dazu Vanillesoße.

Songül und Tobias Foto: Asia Schramm

Sozialistische Selbsthilfe Köln-Ehrenfeld

Ein bunter Haufen ohne Chef und ein kleiner Versuch, anders zu leben und die Welt zu verändern. Die Existenz sichern sich die SSKler durch Umzüge, Wohungsauflösungen und Gebrauchtwarenladen. Seit Ende der 80er Jahre engagiert sich die SSK-Gruppe schwerpunktmäßig für (und mit) Flüchtlinge und EmigrantInnen mit dem Ziel, Legalisierungen zu ermöglichen. Heutzutage wird diese Arbeit immer schwieriger, da viele vor allem unter dem Druck auf dem Arbeitsmarkt leiden und sich isolieren lassen. Trotzdem kämpft die SSK weiter.
Liebigstraße 25, D-50823 Köln
Tel. (02 21) 55 61 89
www.sozialistischeselbsthilfekoeln.de

WIDERSTAND UND VISION VERBINDEN!

Umsonstladen als offensive Aktion

Umsonstläden (siehe auch Schwerpunktthema in CONTRASTE Nr. 232) können vieles sein: Die praktische Kritik an Wegwerfgesellschaft und kapitalistischer Warenlogik, Selbsthilfe innerhalb der beschissenen Verhältnisse und visionäre Zone. Spannend ist es, das aktiv auszureizen, Umsonstläden in kreative, politische Aktionen einzubinden, um noch mehr Reibungsfläche mit der Normalität von Herrschaft und Verwertung zu schaffen.

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag ● Mit Umsonstzonen in der Innenstadt oder in Front von Konsumtempeln, verstecktem Theater in Läden oder Aufklebern für Produkte (»Ware entwertet«) können relativ einfach visionäre Debatten angezettelt werden – z.B. warum es viel schöner wäre, ohne Eigentum, künstlicher Verknappung und Verwertung zu leben.

Das Beispiel: Umsonstladen in der Innenstadt während des Utopiecamps

Im Sommer 03 fand in Gießen das Utopiecamp statt ... zwei Wochen versuchten einige AktivistInnen, inmitten der mittelhessischen »Metrople« eine Art »Gegenstadt« aufzubauen – ohne ChefInnen, kooperatives Miteinander vieler bunter Bausteine ... mit dem Ziel, die Utopie herrschaftsfreier Gesellschaft offensiv ins Gespräch zu bringen. Dazu gehörten Ideen: Umsonstladen und -essen, einem Umsonst-Frisörsalon und der offenen Bühne, Infozelten und Direct-Action-Plattform, Filmnacht, Kinder-Chaos»zone« und bunten Aktionen. Das Camp führte zu einem abenteuerlichen Tauziehen mit der Staatsmacht. Nach langem Hinhalten hagelte es kurz vor Beginn ein schmuckes Verbot seitens des Ordnungsamtes, an dem die politische Führung in Gießen sicher nicht unbeteiligt war.

Umsonstladen von Stadtoberen verboten und trotzdem durchgesetzt

Skurile Umzüge und umherwandernde Pavillons gehören irgendwie zum Utopiecamp dazu (Nachtausflug am Dienstag und Beschlagnahme eines Pavillons am Mittwoch). Am Donnerstag nutzen einige Leute eine eh angemeldete Demo (ca. 10 verschiedene Demos waren im Vorfeld angemeldet worden, um legale Plattformen zu haben), um vom Zeltplatz auf dem Anlagenring in die Innenstadt zu latschen. Während am Marktplatz der Umsonstladen aufgebaut wurde, behaupteten sofort auftauchende Polizisten, dass die Sondernutzungsgenehmigung fehle und das Straßenverkehrsamt dafür zuständig sei. Am Tag zuvor hatte eine Aktivistin vom Ordnungsamt mündlich die Zusage bekommen, dass es wohl keine Probleme mit dem Infostand und Umsonstladen gäbe.

Strassenaktion des Dresdner Umsonstladen — Foto: Redaktion Dresden

Ein paar Leute besuchten mit Polizisten diese Behörde. Trotz angedrohter Räumung wurde der Umsonstladen weiter aufgebaut – mit Kreide wurden auf dem Vorplatz Sprüche gemalt, welche die Situation thematisierten. Zusammen mit der Polizeipräsenz entstand so einige Aufmerksamkeit ... viele Leute blieben stehen, es entwickelten sich Diskussionen über den Sinn des Polizeieinsatzes, das Verbot des Utopiecamps, Eigentumslogik usw. Interessant war das, was die zurückkehrenden Menschen vom Gespräch mit dem Straßenverkehrsamt erzählten: Bis heute morgen hätte alles gut ausgesehen – durch die Blume wurde angedeutet, dass es eine Intervention der Stadtoberen gab, die den Umsonstladen verboten wissen wollten. Daran definitiv beteiligt sein soll Magistratsmitglied Rausch.

Vor dem Umsonstladen wurde daraufhin eine Spontankundgebung abgehalten, bei der neben dem Umsonstladen-Verbot auch auf den allgemeinen Trend zu autoritärer, neoliberaler Stadtpolitik hingewiesen wurde. Ein Mensch aus dem Obdachlosen- und BerberInnen-Umfeld berichtete über die fortschreitende Ausgrenzung von Randgruppen, die nicht der Vision eines klinisch reinen Gießens passen. Beispiele: So wurden an diesem Tag Obdachlose vom Ufer der Lahn vertrieben – ein anderer Treffpunkt wurde mit Gittern umstellt und so der öffentlichen Nutzung entzogen. Während des gesamten Zeitraums entstanden immer wieder Debatten mit neugierigen bis kritischen oder ablehnenden PassantInnen, die z.B. mehr über den Umsonstladen oder die Ideen herrschaftsfreien Lebens wissen wollten. Insgesamt scheinen die absurde Polizeipräsenz und die durchgeknallten Aktionen der OrdnungshüterInnen doch bei einigen BürgerInnen Zweifel an deren Sinnhaftigkeit zu wecken und den UtopiecamperInnen manche Sympathie einzuheimsen (Beispiel für abstruses Vorgehen gegen Umsonstladen-Aktive aus der Vergangenheit: http://www.projektwerkstatt.de/gav/texte/pm120703.html).

Nachtrag

Es gibt die Überlegung, dieses Jahr wieder ein Utopiecamp in Gießen zu organisieren – natürlich umfassender, mit neuen Ideen und nicht immer nur den üblichen Verdächtigen (aber auch in anderen Städten könnte es ruhig mehr visionär-widerständige Projekte geben). ●

Berichte über das Utopiecamp und neue Planungen: www.abwehr-der-ordnung.de.vu, Kontaktaufnahme über piratenutopie@web.de oder Tel. (0 64 01) 90 32 83

BERLIN:

Die GratisÖkonomie-Idee

Der Berliner Umsonstladen in der Brunnenstrasse wurde schon in unserem Schwerpunktthema im Januar 2004 vorgestellt. Dort trifft sich auch eine Gruppe, die zum Thema Gratis-Ring arbeitet.

Es gibt viele Gründe, um über Alternativen zur kapitalistischen Ökonomie nachzudenken. So werden allerlei Waren und Dienste angeboten, die keinerlei Nutzen für Mensch oder Umwelt haben und oftmals sogar schaden – für die aber dennoch mit Hilfe gigantischer Werbekampagnen Bedürfnisse geweckt und profitable Absatzmärkte geschaffen werden.

Auf der anderen Seite bekommen nur diejenigen eine Chance auf Arbeit und Wohlstand, die mit ihrer Arbeitskraft eine ausreichende Rendite abwerfen. Für die Menschen, die zur rigorosen Selbstausbeutung nicht bereit oder in der Lage sind, bleibt nach der kapitalistischen Logik nur der Weg in die Arbeitslosigkeit und zuweilen sogar Obdachlosigkeit.

Nur wer genug Geld hat, kann andere für sich arbeiten lassen: Man legt es auf der Bank an und betrügt sich selbst und andere mit dem bewährten Slogan: »Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten!« – als ob Papier jemals gearbeitet hätte. In unserem kapitalistischen System müssen menschliche Bedürfnisse und Arbeitskraft zu Profitzwecken verwertet werden, damit aus viel Geld mehr Geld gemacht werden kann.

Was ist der Gratis-Ring?

Eine Alternative zum kapitalistischen System muss an den Wurzeln, also dem Zwang zur Verwertung ansetzen. Dies wird am konsequentesten dadurch erreicht, dass Kapitalverwertung und Marktlogik durch das Prinzip des verwertungslosen Schenkens und Weitergebens – durch die GratisÖkonomie – überwunden wird. Dieses Prinzip ist vielen auch als Nachbarschaftshilfe oder unter dem Begriff des »einen Gefallen Tun« bekannt.

Unter Freunden oder in der Familie ist Hilfe meist ganz selbstverständlich und wird auch nicht rational bewertet, gegeneinander aufgerechnet oder bezahlt. Hier versucht der Gratis-Ring einen Anknüpfungspunkt zu finden: Es geht darum, wertfreie Austauschprozesse so zu organisieren, dass eine funktionierende Alternative zur kapitalistischen Geldwirtschaft und zur ökonomischen Verwertung von Menschen geschaffen werden kann.

Damit unterscheidet sich der Gratis-Ring deutlich von den sog. Tauschringen, die in den 80er Jahren ins Leben gerufen wurden. Bei den Tauschringen bieten sich die Mitglieder gegenseitig Dienstleistungen an, die auf eigens eingerichteten Zeitkonten miteinander verrechnet werden. Mit dem Austausch von Stundeneinheiten bzw. Ersatzwährungen wird versucht eine »Marktwirtschaft im Kleinen« nachzuahmen, was natürlich ohne größeren Aufwand für Verwaltung und Kontoführung nicht zu schaffen ist.

Wie der Gratis-Ring funktioniert...

Die Idee des Gratis-Rings ist der Versuch einen Gedanken Wahrheit werden zu lassen: Wir wollen eine verwertungsfreie, auf gegenseitiger Hilfe, freier Vereinbarung und sozialer Verantwortung basierende Alternative aufbauen. Auch der Kapitalismus ist nur möglich, weil die Menschen die Rationalität des Wertes verinnerlicht haben und daran glauben. Eine wirklich andere Welt ist möglich – wenn wir es wollen!

Vom Haareschneiden über die Computerpflege bis hin zum Tapezieren und Korrekturlesen von Texten kann im Gratisring vieles nachgefragt und angeboten werden.

Wir treffen uns regelmäßig, um neue Ideen zu entwickeln und um uns über Erfahrungen, Bedürfnisse und Angebote auszutauschen. Wenn viele Menschen den Gratis-Ring intensiv nutzen, können dabei spürbare Entlastungen von Lohnarbeit und unfreier Selbstverwertung erreicht werden.

In einem Info-Ordner und später auch einer Datenbank wollen wir Angebote und Gesuche verzeichnen und für TeilnehmerInnen des Gratisrings verfügbar machen. Zudem soll es offene Angebote geben, wie z.B. Yoga-Kurse, Trommelworkshops, Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt.

Der Gratis-Ring lebt von den Ideen und dem Engagement der Menschen, die ihm angehören...

Gratisring ist eine Idee, die überall gemacht werden kann, die überall funktioniert...

Mitmachen!

Wir treffen uns regelmäßig im Umsonstladen-Berlin in der Brunnenstraße 183. Dort gibt es neben Informationen und Austausch auch Raum für die Weiterentwicklung der GratisRing-Idee. ●

Selbstdarstellung der Gruppe

ADRESSEN DER UMSONSTLÄDEN (NACH PLZ GEORDNET)

UmLaden Dresden
Priessnitzstrasse 20
01099 Dresden (Neustadt)
Kontakt: (03 51) 802 99 23 (Uta)
E-Mail: abfallgut@yahoo.de
Öffnungszeiten: Montag und Mittwoch von 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

abfallGut e.V. Dresden
Heidestraße 34
01127 Dresden
Telefon: (03 51) 858 41 04 (Holger Metzner)
Fax: (03 51) 858 41 05
E-Mail: abfallgut@yahoo.de
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 12:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Samstag 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr
www.abfallgut.de/index.htm

Umsonstladen Dresden – in der Projektwerkstatt
Spennerstrasse 21
01309 Dresden (Striesen)
Telefon: (03 51) 31 23 44 56
Öffnungszeiten: Montag 15:00 Uhr bis 20:00 Uhr (Umsonstladencafe)
www.spener21.de/pws/index.html

Umsonstladen Berlin
Brunnenstraße 183
10119 Berlin (Mitte)
Telefon: (0 30) 27 59 42 33
E-Mail: umsonst@umsonstladen.info
Öffnungszeiten: Montag 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Dienstag 11:00 bis 14:00 Uhr, Donnerstag 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Freitag 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
www.umsonstladen.info

Umsonstladen Potsdam
im Kiezladen
Carl von Ossietzky/Ecke Meistersingerstr.
(Nähe Bhf. Charlottenhof)
14471 Potsdam
Öffnungszeiten: Freitag 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr
http://potsdam.coforum.org/wiki/UmsonstLadenPotsdam

Umsonstladen Lüneburg
Bürgertreff Kaltenmoor
Carl-Friedrich Goerdelerstr. 33
21337 Lüneburg (Kaltenmoor)
Kontakt: (0 41 31) 5 27 07
Öffnungszeiten: Dienstag 9:00 bis 12:00 Uhr, Freitag 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Kostnix Umsonstladen
Hamburg-Billstedt
eine Initiative von Studentinnen und Studenten der Fachhochschule Rauhes Haus
Öjendorfer Weg 30
22119 Hamburg (Billstedt)
Telefon: (0 40) 36 09 58 23
Öffnungszeiten: Montag 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Dienstag 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr, Freitag 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
www.kostnix-umsonstladen.de.vu

Umsonstladen Hamburg – Altona
Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V.,
Stadtteilladen Neue Arbeit
Stresemannstr. 150 (Nähe S-Bhf. Holstenstr.)
22769 Hamburg (Altona)
Telefon: (0 40) 39 90 64 88, 39 90 41 80
E-Mail: neuearbeithamburg@web.de
Öffnungszeiten: Dienstag 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr, Mittwoch 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Freitag 10:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Samstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
www.neue-arbeit-hamburg.de

Verschenkmarkt Oldenburg
im alten Hallenbad am Berliner Platz
26122 Oldenburg
Kontakt: (04 41) 885 95 26 (Käthe Nebel)
(0 44 82) 214 (Anette Bachmann)
E-Mail: bach-netti@web.de
und: marcmoog@gmx.net
Öffnungszeiten: Dienstag von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr (Flohmarkt zugunsten des Uirapuru-Projektes + Verschenkmarkt), Mittwoch 12:00 bis 14:00 Uhr, Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr, Samstag 12:00 bis 14:00 Uhr (Verschenkmarkt)
Internet-Verschenkbörse:
www.awb-oldenburg.de/verschenken

Umsonstladen Bremen
Bremer Commune
Bauernstr. 2
28203 Bremen
Telefon: (04 21) 70 66 16
E-Mail: info@umsonstladen.de
Öffnungszeiten: Samstag 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr
www.umsonstladen.de

Umsonstladen Weyhe-Leeste
(bei Bremen)
Louise-Ebert-Zentrum
Hauptstr. 61
28844 Weyhe (Leeste)
Kontakt: (0 42 03) 7 12 20 (Eva Böller)

Fortsetzung auf Seite 6

POLITISCHER PROZESS IN GIESSEN: 9 MONATE OHNE BEWÄHRUNG

»Law and Order statt Lust und Laune«

Mit einem harten Urteil gegen die beiden Angeklagten endete am 15. Dezember 2003 ein Prozess gegen Mitwirkende der Projektwerkstatt in Saasen. Ein Angeklagter erhielt 9 Monate Gefängnisstrafe ohne Bewährung, der zweite 100 Tagessätze zu je 10 Euro. Hintergrund des schon im Vorfeld heftig umstrittenen Prozesses sind Auseinandersetzungen um die Law-and-Order-Politik der hessischen Landesregierung und der Giessener Stadtoberen.

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag ● Mit neuen Überwachungskameras, dem freiwilligen Polizeidienst, massiver Polizeipräsenz, der Vertreibung nichterwünschter Gruppen aus der Innenstadt (BerberInnen, DrogenkonsumentInnen, politische Gruppen) einem verschärften Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz und der Giessener Gefahrenabwehrverordnung sollte Gießen zu einer Vorzeigestadt für eine Politik der harten Hand werden. »Law and Order statt Lust und Laune« übertitelte CDU-Bürgermeister Haumann im März 2003 seine Presseerklärung dazu. Um die GegnerInnen von Law and Order zu kriminalisieren, erfand er im Dezember 2002 eine Bombendrohung, die Giessener Polizei und Tageszeitungen erfanden in der Folgezeit mehrfach Straftaten, um die Ingewahrsamnahme unliebsamer AktivistInnen aus politischen Gruppen zu rechtfertigen. Höhepunkt war die 18-stündige Ingewahrsamnahme einer Gruppe von 12 Personen, die Gedichte öffentlich vortrug. Die Polizei erfand in einer Pressemitteilung am Folgetag, dass Utensilien für Farbanschläge gefunden worden seien.

Die Kritik an der Law-and-Order-Politik wurde in Gießen von verschiedenen Gruppen getragen. Die Aktionen reichten von Straßentheater über kreative Flugblätter bis hin zu militanten Angriffen auf Behörden, Gerichte und Polizei. Mit diesen Aktionen hatte der Prozess am 15.12. aber nichts zu tun. Beweise für die Täterschaft hat die Polizei bisher bei keiner der über 50 von ihrer verfolgten Straftaten der letzten Monate in und um Gießen. Stattdessen konstruierte die Polizei selbst komplette Lügenstories: Einzelne Beamte gaben zu Protokoll, von Aktivisten geschlagen oder getreten worden zu seien. Die vorgelegten Atteste stammten teilweise von mehreren Tagen später oder beschrieben ganz andere Verletzungen. Offensichtlich war: Hier wurden Vorwürfe erfunden, um endlich Strafen aussprechen zu können. Staatsanwalt Vaupel, während des Prozesses ständig wütend gegen ZuschauerInnen polemisierend, formulierte denn auch tatsächlich in einem unbedachten Moment Vorwürfe gegen die Angeklagten, die im Verfahren gar nicht Gegenstand der Verhandlung waren.

Die beiden Angeklagten hatten sich selbst verteidigt und mit einer offensiven Strategie vor allem die ZeugInnen aus Parteien und Polizei immer wieder selbst in Bedrängnis gebracht. In den Verhören, die bis zu einer Stunde dauerte (z.B. von Staatsschutzchef Puff), suchten die ZeugInnen auf die bohrenden Fragen der Angeklagten immer wieder Ausflüchte oder antworteten mit platten Gegenangriffen auf die Angeklagten oder die Projektwerkstatt. Der Richter ließ sie meist gewähren, so dass die Angeklagten die Beantwortung der Fragen ständig anmahnen mussten. Mit Beweisanträgen zur Polizeitaktik in Mittelhessen, dem Erfinden von Straftaten und zur Gewaltbereitschaft einiger Polizeizeugen versuchten die Angeklagten immer wieder eine Politisierung des Prozesses. Der Staatsanwalt saß dieser Strategie hilflos gegenüber, während der Richter immer wieder nur versuchte, das Ausufern des Prozesses zu verhindern. Das Zerlegen der ZeugInnen konnte keiner von ihnen aufhalten, so dass am Ende alle ProzessbeobachterInnen einschließlich der sichernden Polizei der Auffassung waren, eine Verurteilung würde nicht erfolgen.

In dieser Form war der Prozess und die Verurteilung ein politischer Akt. Die Beweisführung reduzierte sich auf die Aussagen der jeweiligen Polizisten bzw. Funktionsträger in Parteien und Politik. Da die Geschichten ausgedacht waren, verhedderten sich die Belastungszeugen mehrfach in starke Widersprüche. Dem standen jeweils deutlich mehr ZeugInnen gegenüber, die das Geschehen völlig gegenläufig darstellten. Fast immer gingen rechtswidrige Polizeiübergriffe den Situationen voraus, in denen dann Polizisten verletzt worden sein sollen. Die Verletzungen der Polizisten seien auch nicht erkennbar gewesen. Doch Richter Wendel urteilte in allen angeklagten Fällen auf schuldig. Kennzeichnend war seine Begründung zum Anklagepunkt 13, wo der Angeklagte eine grüne Spitzenpolitikerin nassgespritzt haben sollte, während die ihm einen Faustschlag verpasst: »Wer so hart zuschlägt, hat einen Grund gehabt« befand der Richter als überzeugenden Beweis.

Die Angeklagten haben mittlerweile Berufung eingelegt. Damit wird sich die Beweisaufnahme und das Verfahren wiederholen – diesmal vor dem Landgericht, damit aber wiederum innerhalb des Polit- und Polizeifilzes der Stadt Gießen, in der Innenminister Volker Bouffier als CDU-Kreisvorsitzender seit Jahren der Scharfmacher gegen politische Gegner ist. Zu befürchten ist erneut ein politisches Urteil, begleitet von Lügen und Erfindungen seitens der Polizei und Politik sowie der Hetze der stadtregierungsorientierten Redakteure in den beiden Tageszeitungen der Stadt. Die Hoffnung liegt nun darin, dass sich eine breitere Öffentlichkeit (von unabhängiger Presse bis zum bürgerrechtlichen Spektrum) dem Prozess zuwendet und es viele öffentlichkeitswirksame, kreative Aktionen gibt, welche die konkreten Kritik an dem Prozess mit der grundsätzlichen Ablehnung von Repression verbinden. Dazu gibt es einige Ideen und konkrete Planungen – hier nur ein kleiner Überblick:

- Geplant ist z.B. eine Veranstaltungsreihe zu den Themen »politische Justiz«, öffentlicher Raum und Polizeigewalt (ReferentInnen gesucht!).
- Vom 8. bis 14. März gibt es in Giessen Aktionstage gegen Knast und Repression – mit Aktionen, Konzerten, Veranstaltungen und viel Raum für eure Ideen! Infos: www.antirepression.de.vu
- Eine umfangreiche Dokumentation über erfundene Straftaten, rechtswidrige Maßnahmen soll den Polizeiapparat in Gießen ins »Visier« der Kritik rücken.

Super wäre, wenn sich jetzt ganz viele Menschen, Initiativen und Gruppen mit ihren eigenen Ideen einmischen (vom Radiobeitrag bis zur Blockade von Polizeikasernen usw.), um der politischen Justiz entgegen zu treten und Alternativen zu benennen.

Gruppen und Einzelpersonen, welche die beiden Angeklagten unterstützen wollen, Aktionen planen, Soli-Veranstaltungen organisieren usw., können ruhig direkten Kontakt zu den Betroffenen aufnehmen:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Saasen. Tel. unter (0 64 01) 90 32 83 oder per Mail an
piratenutopie@web.de
Internetseite zum Prozess:
www.projektwerkstatt.de/prozess●

ARBEITSZEIT:

Männer wollen nicht noch länger arbeiten!

In Medien und Teilen der Politik läuft eine Kampagne zur generellen Verlängerung von Arbeitszeiten. Diese Offensive wird in der nächsten Zeit durch Politiker und die Öffentlichkeitsarbeit von Arbeitgeberverbänden weiter verschärft werden. Das wollen wir aus vielen guten ökonomischen und sozialen Gründen nicht unwidersprochen lassen. Der Pfiff sollte in diesem Fall aber sein, nicht nur eine ökonomische Debatte zu führen, sondern lebensweltlich zu argumentieren in diesem Fall als Männer. Nachfolgend ein Offener Brief von Prof. Dr. Helmut Spitzley und anderen an den Bundeskanzler und die Bundesfamilienministerin, die Fraktionen des Deutschen Bundestages und Parteivorstände, die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB):

Wir waren auf dem richtigen Weg. Wenn sich anders die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen lässt, dann muss die vorhandene Arbeit umverteilt werden: Zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zwischen Alten und Jungen und eben auch zwischen Männern und Frauen. Raus aus der alten Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern! Für uns Männer eröffnete sich die Perspektive, uns aus der einseitigen Fixierung auf die Erwerbsarbeit zu lösen, um uns mehr einlassen zu können auf unsere Kinder, unsere Partnerinnen und auf uns selbst. Frauen wird ein gutes Stück vom Vereinbarkeitsdruck genommen, wenn Männer ihre Verantwortung für die familiären Aufgabenbereiche ernst nehmen und sich stärker an den Leiden und Freuden der Familienarbeit beteiligen können.

Alle Untersuchungen zeigen, dass sich gerade die jüngeren von uns auf den Weg gemacht haben. Sie haben sich von den Rollenvorbildern unserer Väter- und Großvätergeneration gelöst und streben partnerschaftliche Lebensentwürfe an, bei der Erwerbsarbeit und auch in der Familie.

Nun rollen die Züge wieder rückwärts. Viele Politiker und Verbandsfunktionäre fordern »länger Arbeiten«, weil sie meinen, so Wirtschaftskrise und Defizite in unseren Sozialsystemen bekämpfen zu können. Sie wollen das Arbeitszeitgesetz aufweichen, wollen Feiertage streichen, sie diskutieren über Rente mit 67, beseitigen die als Beschäftigungsbrücke zwischen Alt und Jung dienende Altersteilzeit und streben als Arbeitgeber dauerhafte Mehrarbeit auf 40 und mehr Stunden in der Woche an.

Wir teilen die Kritik von Wissenschaftlern und Gewerkschaften, dass die Politik der Arbeitszeitverlängerung schon jetzt eine der Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit ist und ein Zwang zur Arbeitszeitverlängerung die Probleme auf dem Arbeitsmarkt verschärfen wird. Weil dadurch die Arbeitslosigkeit nicht gesenkt wird, können auch die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung nicht gelöst werden.

Gleichzeitig ist Arbeitszeitverlängerung ein gesellschaftspolitischer Rückschritt: sie erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – zu Lasten der Unternehmen, von denen viele das Problem erkannt haben und sich um Verbesserungen bemühen, zu Lasten von Frauen, deren Partner noch weniger Zeit für ihre Familie haben. Kinderwünsche von Frauen und Männern werden noch weniger zu realisieren sein. Ein weiterer Rückgang der Geburtenzahlen ist programmiert und wird aller Diskussion über Demografie zum Trotz die Krise unserer Sozialsysteme weiter verschärfen.

Gerade Männer, die die Morgenluft neuer Männerrollen geschnuppert haben, wehren sich gegen die Politik der Arbeitszeitverlängerung, gegen ein Zurück in alte Muster, einen Rückschritt in die 50er-Jahre. Wir sind uns sicher, damit auch für unsere Partnerinnen, für viele Frauen und vor allem für unsere Kinder und Enkelkinder zu sprechen, die gemerkt haben, wie es gehen könnte und die – zurecht – mehr von uns haben wollen und können, als dass wir Geld nach Hause bringen!●

Erstunterzeichner (alphabetisch)
Dr. Martin Bach, Agrarwissenschaftler, Universität Gießen;
Volker Baisch, Projektentwickler, Geschäftsführer Väterzentrum Hamburg e.V.;
Henning von Bargen, Bildungsreferent, Heinrich Böll Stiftung Berlin;
Prof. Dr. Johannes Beck, Erziehungswissenschaftler, Uni Bremen;
Uwe Becker, Pfarrer, Evangelisches Sozialwerk Köln;
Michael Breidbach, Betriebsratsvorsitzender Stahlwerke Bremen;
Prof. Dr. Olaf-Axel Burow, Erziehungswissenschaftler, Uni Kassel;
Prof. Dr. Heinrich Dauber, Erziehungswissenschaftler, Uni Kassel;
Dr. Volker Döhl, ISF München;
Eike Hemmer, ehemaliger Betriebsrat Stahlwerke Bremen;
Reiner Geis, Geschäftsführer verdi Südbaden in Teilzeit;
Thomas Gesterkamp, Journalist und Buchautor;
Martin Gross, Geschäftsführer verdi Neckar-Alb;
Michael Grunewald, Jugendbildungsreferent;
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ;
Otto Herz, Stiftung CIVIL-COURAGE;
Prof. Dr. Walter Heinz, Psychologe;
Prof. Dr. Rudolf Hickel, Wirtschaftswissenschaftler, Uni Bremen;
Dr. Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin;
Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg;
Reiner Hoffmann, stv. Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes Brüssel;
Andre Holtrup, Doktorand;
Berthold Huber, IG Metall Frankfurt;
Oliver Jäger, IT-Consultant;
Berndt Korten, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt;
Dr. Steffen Lehndorff, Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen;
Franz Lüninghake, Angesteller;
Dr. Helmut Martens, SFS Dortmund;
Peter Mehlis, zeitweise Hausmann;
Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, Arbeitsrechtler und Zeitforscher; HWP Hamburg;
Prof. Dr. Rainer Müller, Arbeitsmediziner; Uni Bremen;
Dr. Karsten Reineke, Familiensoziologe, Uni Hannover;
Martin Rosowski, Männerarbeit der EKD, Kassel;
Dr. Wolfgang Sachs, Kulturwissenschaftler, Wuppertal-Institut;
Prof. Dr. Dieter Sauer, ISF München;
Dr. Werner Sauerborn, Mitherausgeber PAPS, Zeitschrift für Väter;
Dr. Wolfgang Schmidbauer, Therapeut und Schauspieler, München;
Prof. Dr. Eberhard Schmidt, Politikwissenschaftler, Uni Oldenburg;
Werner Schmieder, Dresden, »Christen streiten für gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit«;
Dr. Fritz Schnapper, Kinder- und Jugendpsychiater;
Holger Schwaderer, Techniker, Steinbeis Transfer Zentrum;
Thorsten Schulten, Sozialwissenschaftler, WSI Düsseldorf;
Dr. Harald Seehausen, Sozialforscher und Innovationsberater, Frankfurt/M;
ThomasSochart,Redaktion:www.vaeter-aktuell;
Prof. Dr. Helmut Spitzley, Arbeitswissenschaftler, Uni Bremen;
Dr. Peter Strutynski, Politikwissenschaftler, Uni Kassel;
Volker Stahmann, IG Metall Küste;
Dr. Herbert Stubenrauch; Pädagoge und Therapeut, Frankfurt;
Prof. Dr. Hannes Stubbe, Psychologe, Uni Köln;
Dr. Heiner Stück, Arbeitszeitforscher, Arbeitnehmerkammer Bremen;
Peter Wahl, Koordination ATTAC;
Dr. Peter Walcher, Assistenzarzt in Teilzeit, Stuttgart;
Dr. Günter Warsewa, Umweltsoziologe;
Maik Wiese, Organisationsentwickler, Koordinator www.vaeter.de;
Prof. Dr. Rainer Zoll, Sozialforscher;

FORTSETZUNG VON SEITE 5

E-Mail: frauenbuero.rathaus@weyhe.de
Öffnungszeiten: Mittwoch 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Umsonstladen Hannover-Mittelfeld
Ahornstr. 4
30519 Hannover (Mittelfeld)
Telefon: (05 11) 860 27 25 (Roberta Haber)
E-Mail: mittelfeld2@t-online.de
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Donnerstag jeweils 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Umsonstladen Hannover-Varenheide
»Fundgrube«
Dunant-Str. 5
30179 Hannover (Varenheide)
Telefon: (05 11) 373 22 40 (Frau Thieme)
Öffnungszeiten:Dienstag und Donnerstag 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Umsonst Bad Münder
Petersilienstr. 11
31848 Bad Münder
Kontakt : Monica Gräfin Adelmann
E-Mail: adelmann.hasperde@t-online.de
oder: Ulrike Hoffmann-Bürrig
Ulrike.Hoffmann-Buerrig@web.de
Öffnungszeiten: Dienstag 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Donnerstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Samstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr (unregelmäßig nach Bedarf und Veröffentlichung in der Tagespresse)

Umsonstladen Detmold
Martin-Luther-Str. 39
32756 Detmold
Kontakt: Claudia Ostarek
Tel.: (0 52 31) 6 91 80, Fax 1 81 17
E-Mail: Ev.ref.kgm.Detmold-West4@web.de
Öffnungszeiten: Mittwoch 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Freitag 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Jeden ersten Dienstag im Monat von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr: Umsonstladen für Kinder

Umsonstladen Marburg
Wannkopfstr. 13
35037 Marburg
Telefon: (0 64 21) 88 98 51
E-Mail: infoladen-giessen@web.de
Öffnungszeiten: ständig (Anruf vorher hilfreich)
www.nichtwissen.de

Umsonstladen Gießen
Infoladen
Alter Wetzlarer Weg 44
35392 Gießen
Telefon: (06 41) 7 51 12
E-Mail: infoladen-giessen@web.de
Öffnungszeiten: während aller Veranstaltungen
www.ak44.de.vu

Ladenschluss Saasen
Politischer Geschenke»markt«
Ludwigstr. 11
35447 Saasen
Telefon: (0 64 01) 90 32 83, Fax: 90 32 85
E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de
Öffnungszeiten: ständig (Anruf ist nett – vielleicht ist mal keiner da)
www.projektwerkstatt.de/ladenschluss

Umsonstladen Göttingen
im JUZI – Jugenzentrum Innenstadt
Bürgerstr. 41 / 1. Etage
37073 Göttingen
Telefon: (05 51) 790 56 59 (nach Umsonstladen fragen)
E-Mail: umsonstladen-goe@gmx.de
Öffnungszeiten: Sonntag 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr (zeitgleich gibt es einen veganen Brunch)

Umsonstladen »lirumlarum« Magdeburg
Brandenburger Str. 9
39104 Magdeburg
E-Mail: umsonstinmd@web.de
Öffnungszeiten: Montag und Dienstag 13.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag und Freitag 13.00 bis 17.00 Uhr
www.umsonstladenmd.de

Umsonstladen Freiburg
Basler Str. 130 (KTS)
79100 Freiburg i. Br.
Kontakt: (07 61) 38 26 53
(Thomas Eikerling)
E-Mail: umsonstladen-freiburg@web.de
Öffnungszeiten: Donnerstag 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Umsonstladeninitiative Köln
Kontakt: Carola Möller
Tel.: (02 21) 51 77 16
E-Mail: nike.k.shuttle.de

Umsonstladen im Internet:
www.alles-und-umsonst.de
ALLES UND UMSONST, Postfach 80325, 10003 Berlin
Kontakt: E-Mail:
info@alles-und-umsonst.de

Weitere Umsonstladen-Initiativen siehe:
http://co-forum.de/index.php4?UmsonstLadeninitiativen

Quellen:
www.alles-und-umsonst.de/kostenlos/umsonstlaeden.html
http://co-forum.de/index.php4?UmsonstLaden und
www.umsonstladen.info

WEG MIT DEM KAPITALISMUS!

Anders Arbeiten ?

Proletarier aller Länder vereinigt Euch und hört auf zu arbeiten

Ich gebe es zu, ein Teil der Linken ist für mich ein Horrorszenario. Immer wieder treffe ich auf arbeiterbewegte ML-Kader oder GewerkschafterInnen, die das Hohelied auf die Arbeit singen. Ich bin es leid, über das Wort Arbeitszwang diskutieren zu müssen, das Wort ist für mich selbstverständlich und auch der Kampf dagegen. Wo liegen die Wurzeln dafür? Wahrscheinlich bereits in einer abweichenden Biographie in der DDR.

Anne Seeck, Initiative Anders Arbeiten, Berlin

Arbeitszwang und Arbeitsverweigerung in der DDR

Die Abgrenzung war klar, dort die Funktionäre und die angepasste Normalbevölkerung, die die Arbeit verehrten, aber oftmals nur Arbeit simulierten, und dort die AußenseiterInnen, für die der größte Protestakt (neben dem Ausreiseantrag) die Arbeitsverweigerung war, wenn auch meistens nur vorübergehend, denn Arbeitsfähige erhielten keine Lohnersatzleistungen. Ja, es gab Arbeitslosigkeit in der DDR und Arbeitsverweigerung gehörte zum subkulturellen Leben. Das hatte mehrere Gründe:

- Wer in der DDR abweichendes Verhalten zeigte, hatte schlechte Bildungs- und Karrierechancen. Es waren häufig Arbeiterkinder, die in den 80er Jahren kaum Studienchancen hatten (10% der StudentInnen waren Arbeiterkinder, jede/r 2. StudentIn war 1989 Akademikerkind), und/oder StudienabbrecherInnen, die sich in diesen abweichenden Zusammenhängen bewegten. Entsprechend sahen auch die Beschäftigungsfelder aus, in der fordistischen Industriegesellschaft DDR war die Arbeit oftmals entfremdet, Alternativprojekte gab es dort kaum. Unzufriedenheit mit dem Ausbildungsberuf und der Arbeit waren bei den AußenseiterInnen die Regel.
- Ein weiterer Grund war die Zwangskollektivierung in der DDR. Die Arbeitskollektive wirkten nicht nur integrierend, sie waren auch Kontrollinstanzen. Sich der Integration in Arbeitskollektiven in der DDR zu entziehen, bedeutete, sich der sozialen Kontrolle im Arbeitssystem zu verweigern. Die Verweigerungspraxis, insbesondere von einer Minderheit der großstädtischen Jugend in den 80er Jahren, erfolgte durch den Wechsel der Arbeitsverhältnisse im unteren Beschäftigungssegment, durch individualisierte Arbeitsplätze (z.B. Pförtner, Heizer), durch Tätigkeiten im 2. Arbeitssystem (»Pauschalarbeiten« ohne Arbeitsvertrag) und durch Herstellung und Verkauf von Schmuck, Keramik, Kleidung etc. auf Märkten und sonst wo illegal.
- Und es war ein Kampf für Freiräume, ähnlich wie heimlich Wohnungen besetzt wurden, versuchte man gegen die Arbeitspflicht zu verstoßen. Das war ein Drahtseilakt, denn es gab in der DDR ein »Asozialen«gesetz. Dabei hatten die Herrschenden in der DDR haargenau aus einem Gesetzentwurf gegen gemeinschaftswidriges Verhalten von 1944 abgeschrieben, das »Asozialen«gesetz wurde 1968 eingeführt und Langhaarige wanderten scharenweise in die Knäste. Im § 249 »Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten« hieß es u.a.: »Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, wird mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.« In den 80er Jahren erfolgte die Kriminalisierung von Nichtarbeit zumeist »nur« noch schichtspezifisch, betroffen waren vor allem Heimkinder, AlkoholikerInnen und SchuldnerInnen. Aber auch Punks waren gefährdet. In der DDR von Arbeitszwang zu reden, war also nicht schwer.

Und immer noch fordern sie Arbeitszwang

Um so gruseliger wird es, wenn sogenannte heutige Sozialisten den Arbeitszwang fordern. Ich zitiere stellvertretend: »Eine Übergangsgesellschaft zum kommunistischen Gemeinwesen wird nicht an der Notwendigkeit vorbeikommen, dass zu Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens gearbeitet werden muss. Es besteht, um dieses schreckliche Wort zu verwenden, allgemeiner »Arbeitszwang«.« (Arbeitermacht) Anstatt an Arbeitszwang zu denken und mittels Repression diesen durchzusetzen, sollte man sich Gedanken machen, wie man Arbeit von den Zwängen befreit und die Menschen im Sozialismus oder Kommunismus gern an ihre Arbeit oder besser Tätigkeiten gehen. Befreiung in und von der Arbeit sollten das Ziel sein, eine gerechte Verteilung unangenehmer schwerer gesellschaftlich notwendiger Arbeit und eine gerechte Entlohnung.

Und dann auch noch das Hohelied der Arbeit im Kapitalismus zu singen, erscheint mir höchst gefährlich. Warum?

Erpressbarkeit der Erwerbslosen – Ausgrenzung oder Erwerbsarbeit

Wir leben in einer Überflussgesellschaft, permanent werden überflüssige Produkte hergestellt und überflüssige Arbeitskräfte aussortiert. Obwohl Vollbeschäftigung Illusion ist, wird den Arbeitslosen Faulheit vorgeworfen. Das Kapital kritisiert die Arbeitslosen, sie seien nicht rentabel genug, sie passen sich nicht dem technischen Fortschritt an, sie hätten ein zu hohes Besitzstandsdenken und eine zu hohe Anspruchsmentalität. All das ist irrsinnig, denn jede/r weiß, es gibt nicht genügend Arbeitsplätze. Was wird damit bezweckt? Die Erwerbslosen sollen die Schuld bei sich selbst suchen, sie sollen der Arbeit nachlaufen und sich zu geringen Löhnen verkaufen, auch wenn sie damit ihrer Existenz schaden. Das Betteln um neue Arbeitsplätze, wie es Gewerkschafter und einige Linke tun, ist erniedrigend und kläglich.

Erpressbarkeit der Erwerbstätigen – Prekarisierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit

Nicht nur die Erwerbslosigkeit nimmt zu, sondern auch die Erwerbsarbeit verändert sich. Normalarbeitsplätze werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt, Minijobs, Scheinselbständigkeit, Leiharbeit. Der Druck auf die Normalarbeitsverhältnisse wächst und auch der Stress in der Arbeit nimmt zu. Soziologen sprechen von Entgrenzung der Arbeit, die sich in zweierlei ausdrückt, in der Flexibilisierung und Selbstorganisation (oftmals pure Selbstausbeutung). Das alte Kommandosystem wird durch neue Managementmethoden ersetzt. Der Manager tritt zur Seite und konfrontiert die Beschäftigten direkt mit dem Markt. Das Prinzip lautet: »Macht was ihr wollt, aber seid profitabel.« Nicht nur der Konkurrenzkampf um Arbeit, sondern auch in der Arbeit nimmt zu. Und nicht nur die Arbeitsbedingungen sind zu hinterfragen, sondern auch die Arbeitsinhalte. »Der Kapitalismus lebt davon, dass Menschen unzufrieden bleiben und z.T. sehr unsinnige Arbeiten tun, die nicht vernünftig begründbar sind. Das ist ein Teufelskreis: Je weniger die Arbeit befriedigt, desto mehr muss konsumiert werden, und je mehr konsumiert werden muss, um so mehr unsinnige Arbeit muss getan werden.« (Anne Reichmann)

Nicht der Sinn, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse oder die gesellschaftliche Notwendigkeit stehen dabei im Mittelpunkt, sondern meistens der Profit. Der Mensch wird zur Ware Arbeitskraft, die gekauft und verkauft wird. Im Buch »Feierabend« wird daher vereinfacht: »Ohne Arbeit kein Kapital... Wer gegen das Kapital ist, muss gegen die Arbeit sein.« Arbeitslosigkeit und Arbeitseifer sind zwei Seiten einer Medaille.

»Die Angehörigen der Arbeitselite können sich nicht mehr allgemein für gesellschaftlich nützlich halten. Denn sie erzeugen Reichtum und Arbeitslosigkeit in ein und demselben Akt. Je größer ihre Produktivität und ihr Arbeitseifer, desto stärker wachsen die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Ungleichheit, die soziale Ausgrenzung und die Profitrate.« (Andre Gorz) Sie verfestigen ihre eigene Unterwerfung, erhöhen Konkurrenz-und Leistungsdruck, machen die Beschäftigungsverhältnisse immer prekärer und »...die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter und über die Gesellschaft immer unwiderstehlicher.« (Andre Gorz)

Foto: Edmund Cekanavicius

Drangsalierung durch den Staat

Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit und das Verhältnis Kapital – Arbeit sind das Problem, sondern auch der Staat, der die Erwerbslosen mit den unsinnigsten Maßnahmen drangsaliert. »Heute scheut der Staat keine Kosten, damit Hunderttausende in absonderlichen »Trainingswerkstätten« oder »Beschäftigungsfirmen« die verschwundene Arbeit simulieren und sich fit für reguläre »Arbeitsplätze« machen, die sie nie erhalten werden. Immer neue und dümmere »Maßnahmen« werden erfunden, nur um den Schein zu wahren, dass die leerlaufende gesellschaftliche Tretmühle bis in alle Ewigkeit in Gang bleiben kann.« (Manifest gegen die Arbeit)

Was hat das nun aber alles mit der Arbeiterbewegung zu tun?

Dazu zitiere ich noch einige schlaue Leute, denn es ist bereits alles gesagt. Schon Paul Lafargue schrieb »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder...Es ist die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.« Und Erich Ribolts : »Der endgültige Schritt zur Installierung der »Ideologie der Arbeit« wurde allerdings durch die Arbeiterbewegung vollzogen. Sie hat – in einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrücker – den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Heroen der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet.« Und Franz Schandl: »Die Arbeit ist zur Religion der Arbeiterbewegung geworden... Für einen sicheren Job, ja für eine Stelle überhaupt, ja selbst schon für die Taglöhnerei ist man bereit, unzählige Demütigungen hinzunehmen. Hauptsache Arbeit. Die Arbeiterbewegung wurde so zur Bewegung zum Kampf für die Arbeit. Das ist sie heute noch – zumindest was von ihr übrig geblieben ist.« Und Andre Gorz: »Jede Massenkundgebung, jedes Plakat, die proklamiert »Wir wollen Arbeit«, verkündet zugleich den Sieg des Kapitals über eine Menschheit von unterworfenen Arbeitnehmern, die keine mehr sind, jedoch auch nichts anderes zu sein vermögen.«

Was kann die Linke aber tun?

Wie wäre es als Ausweg mit dem Recht auf Faulheit? Aber selbst die Glücklichen Arbeitslosen geben zu: »Genießen kann die Faulheit nur, wer durch Kapital abgesichert ist.« (Guillaume Paoli) Und trotzdem, im »Manifest gegen die Arbeit« heißt es: »Eine Wiedergeburt radikaler Kapitalismuskritik setzt den kategorialen Bruch mit der Arbeit voraus.« Nicht um Arbeitsplätze sollte gekämpft werden, sondern um die Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. »Politisches Ziel kann es nicht sein, um neue Lohnarbeitsverhältnisse zu kämpfen, sondern Bedingungen des Lebens, die freies, nicht entfremdetes Tun ermöglichen.« (Ribolts)

Weg mit dem Arbeitsgötzen!

Ich gebe es zu, ich bin 41 und habe das erste Mal in meinem Leben eine selbstbestimmte Erwerbsarbeit, die mir Spaß macht und das nur für ein Jahr befristet. Sollte ich deshalb ein Hohelied auf die Arbeit singen? Ich denke nicht dran, es gibt keinen Grund. Der Arbeitsgötze hat ausgedient. Ich brauche keine Erwerbsarbeit, um sinnvoll tätig zu sein. Durch das Nadelöhr der Verwertung will ich nicht gehen und es ist genug zu tun, um eine lebenswerte Gesellschaft zu gestalten. Aber ich brauche mehr Geld, denn die Zukunft verheißt: Armut mit oder ohne Job. Für eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen! Lasst uns für eine Umverteilung von oben nach unten kämpfen! Weg mit dem Kapitalismus, denn solange er existiert, lassen sich die Probleme nicht lösen!●

Die Autorin ist seit 1997 in der Erwerbslosen und sozialen Bewegung aktiv, u.a. »Hängematten«, Antihartzbündnis und Sozialforum.

Andre Gorz, Arbeit zwischen Misere und Utopie, Suhrkamp 2000
Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.), Feierabend, Konkret Verlag 1999
Gruppe Krisis, Manifest gegen die Arbeit, Eigenverlag 1999
Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit
Guillaume Paoli (Hg.), Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche, Edition Tiamat 2002
Erich Ribolits, Arbeit macht nicht frei, http://coforum.de/index.php4?Arbeit%20macht%20nicht%20frei!
Claudia Lenz, Waltraud Waidelich, Elisabeth von Dücker, Anne Reichmann (Hg.) Hauptsache Arbeit? Was wird..., VSA Verlag Hamburg 2001

Zu den Begrifflichkeiten

Auch in der ***Initiative Anders Arbeiten*** werden Begriffe nicht einheitlich verwendet. Wie weit das geht, sei an den Wörtern ***»Arbeitslose«*** bzw. ***»Erwerbslose«*** verdeutlicht:

Nach herkömmlichem Verständnis ist eine Person ***arbeitslos,*** wenn sie keiner Erwerbsarbeit nachgeht, und beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet ist.

Um deutlich zu machen, dass Menschen in einer solchen Situation zwar ***ohne Erwerb*** sind, meist jedoch ***trotzdem arbeiten*** (ehrenamtlich, in der Familie oder zu ihrer Selbstversorgung), nennen einige unserer AutorInnen sie ***erwerbslos***. Arbeitslos wären aus dieser Sicht eher diejenigen, die so reich sind, dass sie ein Erwerbseinkommen nicht benötigen, und Hausangestellte für sich arbeiten lassen.

Andere AutorInnen möchten betonen, dass es Unterschiede gibt, dass nicht alle, die ohne Erwerbsarbeit sind, ständig arbeiten, sondern dass viele einfach nur abhängen, ihnen fällt sprichwörtlich die Decke auf den Kopf, sie fühlen sich selbst als ***arbeitslos***.

Wieder andere befürchten, dass ein Unterschied gemacht werden könnte zwischen den ***»guten« Erwerbslosen***, die arbeiten, und den ***»bösen« Erwerbslosen***, die dies nicht tun. Zur Unterstreichung ***des Rechts auf Faulheit/Müßiggang*** sprechen sie dann auch lieber generell von ***Arbeitslosen***.

ANDERS WIRTSCHAFTEN

Anders Arbeiten ?

Von der Notwendigkeit der Arbeit

Alternativökonomische Nischen ausbauen – trotz alledem

Arbeit, Lohnarbeit, Ausbeutung, Unterdrückung, Entfremdung.... diese Assoziationskette ist mir vertraut, damit bin ich politisch aufgewachsen im Berlin der 70er Jahre. Vermeide die Arbeit, wann immer sie dir begegnet, und: high sein, frei sein. Trotzdem ging ich in die Fabrik, mit dieser Mischung aus ökonomischer Notwendigkeit – auch das kleine WG-Zimmer wollte bezahlt sein – und dem Wunsch, den Unterdrückten dieser Erde die Augen zu öffnen, ihnen zu erklären, dass sie ausgebeutet würden. Und immer diese verdammte Hoffnung auf eine Revolution, nach der alles ganz anders sein sollte, friedfertig und irgendwie menschlicher.

Elisabeth Voß ● Spätestens mit dem ersten Kind war es vorbei mit der Arbeitsverweigerungspose. Jetzt gab es praktische Notwendigkeiten, unhinterfragbar, viele Dinge waren einfach zu tun. Und zum ersten mal in meinem Leben war Arbeit und Leistung nicht etwas mir aufgezwungenes, entfremdetes, ganz im Gegenteil, ich erlebte mich in der Arbeit als existenziell wichtig. Das was ich tat, und wie ich es tat, hatte Folgen, sichtbare Ergebnisse, ich schuf damit die Welt. Okay, eine sehr kleine Welt, aber dafür real und meine eigene. Ich wurde mir darin meiner selbst gewiss, bekam ein Gefühl für meine Existenz, und nach und nach auch eine Idee, dass es vielleicht nicht ganz gleichgültig ist, ob es mich gibt oder nicht.

Später im Kollektiv war es ähnlich. Bestimmte Fragen stellten sich da einfach nicht. So war es zum Beispiel nie Thema, ob wir nun Lust hatten, diese oder jene Arbeit zu tun oder nicht, die Notwendigkeiten lagen zu klar auf der Hand. Zugegeben, wir haben manchmal übertrieben. Unser Unternehmensberater erinnerte uns einmal daran, dass es im Leben mehr geben sollte für uns als nur dieses Kollektiv, dass Freizeit wichtig sei usw.

Seitdem arbeite ich in unterschiedlichen Team- und Projektzusammenhängen, mal bezahlt, mal ehrenamtlich, oft in einer Mischung aus beidem. Und ich arbeite gerne. Über die Ziele und Inhalte, vor allem aber über die Art und Weise, wie ich meine Arbeit tue, kann ich weitgehend mitentscheiden. Darüber mit wem ich was tue weniger, aber das stört mich meist nicht so sehr, ist mitunter ganz interessant, gerade mit schwierigen KollegInnen.

Mit diesen persönlichen Erfahrungen möchte ich verdeutlichen, dass ich mit einem grundsätzlichen in Frage stellen von Arbeit an sich mittlerweile ziemlich wenig anfangen kann. Natürlich gibt es ein reaktionäres Arbeitsethos, das einzig auf die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft abstellt. So richtig widerlich wird das an dem Punkt, wo der Wert eines Menschen sich nach der Höhe des aus ihm zu pressenden Mehrwerts bemisst. Und die (nicht mehr so ganz) neuen Freiheiten in der Arbeitswelt, mit flachen Hierarchien, Teamarbeit und Flexibilität machen das ja nicht besser, sondern nur effektiver.

Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag Berlin

Aber ich werde mir deswegen von diesen Verhältnissen nicht gleich die Arbeit, und damit auch die Lust an ihr vollkommen nehmen lassen. Das sind zwei Paar Schuhe. Die Arbeit an sich, also die Tätigkeit mit der ich meine Umgebung gestalte, und die Gewissheit, dass auch meine Mitmenschen ihren Teil an dieser notwendigen Arbeit tun, macht für mich das miteinander Leben erst möglich. Unabdingbare Voraussetzung einer humanen Gesellschaft ist es z.B., dass Kinder, kranke und alte Menschen versorgt werden. Daher scheint mir eine Debatte um die Abschaffung der Arbeit borniert und männlich dominiert – womit ich nicht behaupten möchte, uns Frauen sei der Pflegetrieb angeboren. Und neben diesen sozialen Tätigkeiten gibt es eine Reihe weiterer Arbeiten, die für das Funktionieren eines Gemeinwesens und ein gutes Leben existentiell sind.

Erschreckend finde ich es, dass das, was Arbeit interessant und lustvoll macht, nämlich die Tätigkeit entsprechend der eigenen Neigung und Fähigkeit, anscheinend immer mehr abgeschafft wird. Die aktuell vom Bundestag verabschiedete bedingungslose Arbeitsverpflichtung für Erwerbslose ist die Krönung einer Entwicklung der letzten Jahre, in der immer mehr Druck auf BezieherInnen von Lohnersatz- und Sozialleistungen ausgeübt wurde, um sie zur Aufnahme irgendeiner Arbeit zu nötigen. »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« scheint immer mehr gesellschaftlicher Konsens zu werden. Und schon den Kindern in der Schule wird vermittelt, dass sie froh und dankbar sein können, wenn sie überhaupt noch eine Lehrstelle oder einen Job bekommen – nicht dass da etwa eineR auf die Idee käme, nach ihren/seinen Bedürfnissen zu gehen, oder gar die Sinnhaftigkeit irgendeiner Arbeit zu hinterfragen. Arbeit, Arbeit über alles.....Die kapitalistische Wirtschaftsweise nötigt den Menschen eine Reihe überflüssiger bis schädlicher Tätigkeiten ab, von der sinnlosen Massenproduktion nutzloser Wegwerfprodukte bis zur Entwicklung und Herstellung von Raumfahrt- und Rüstungsartikeln. Vermutlich würden ein bis zwei Tage sinnvoll eingesetzter Arbeitszeit pro Person ausreichen, um allen Menschen weltweit Wohlstand zu ermöglichen, wenn.... Wenn da nicht die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel und Ressourcen wäre, die Entscheidung über Wirtschaftsprozesse an den Schaltstellen der Macht in den Konzernetagen, im Interesse der Anteilseigner.

Angesichts dessen erscheinen unsere Nischen sehr klein, die Experimente lokaler Ökonomie, sozialer Betriebe oder selbstverwalteter Kollektive als geduldete Refugien derer, die von einer anderen Welt träumen, und nun auf Machbarkeiten fixiert um die Existenz ihrer Projekte kämpfen. Sie sind gefährdet durch ihre häufige Unterkapitalisierung und ihr Angewiesensein auf den Markt, aber auch durch selbstgemachtes Chaos und gruppendynamische Probleme. Sie können und sollen die Welt nicht retten, den Kapitalismus schon gar nicht. Aber vielleicht können sie als Keimformen eines anderen Wirtschaftens gelebte Beispiele geben für nachhaltiges, solidarisches Wirtschaften, und damit Mut machen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und zu handeln.●

Die Autorin ist seit vielen Jahren in der alternativen Ökonomie tätig, arbeitet zur Zeit als Projektentwicklerin für Genossenschaften, u.a. im Rahmen des innova-Projekts.

DIE NEUEN FREIWILLIGEN

Zukunft der Arbeit für Frauen?

Beim Abbau professioneller Versorgungsleistungen werden viele notwendige Tätigkeiten wieder in die Verantwortung von Familienangehörigen, Nachbarn, FreundInnen gelegt. Welche Arbeits- und Lebensperspektiven erwarten Frauen in einer durch den »schlanken Staat« gekennzeichneten Gesellschaft?

Cornelia Rasulis ● Hilde S. ist 42 und lebt in einem östlichen Bezirk der Stadt Berlin. Nach der Wende verlor sie ihren Arbeitsplatz als Architektin und ließ sich nach längerer Zeit der Arbeitslosigkeit zur Buchhalterin umschulen. Durch eine Beschäftigungsmaßnahme in einem Altenheim erfuhr Hilde S. wieder, dass sie »gebraucht« wird. Doch nach der Verlängerung einer weiteren Maßnahme in einer Einrichtung für behinderte Menschen wurde sie endgültig arbeitslos. Heute hat Hilde S. wieder eine 50 Stunden Woche. Sie organisiert einen sozialen Besuchsdienst auf der Basis freiwilliger Tätigkeit, führt regelmäßig Seniorenkreise und Ausflüge für behinderte Menschen durch und kümmert sich intensiv um ihre 30 ehrenamtlichen Mitstreiterinnen. Auch für das Einwerben von Geldern ist sie verantwortlich. Ihr größter Erfolg ist die kostenlose Nutzung von 2 kleinen Räumen, die dem ehrenamtlichen Projekt durch die örtliche Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Viel »leisten« kann sich Hilde S. jedoch nicht, denn sie bezieht wie über 1,8 Millionen Frauen in Deutschland Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Auch auf eine angemessene Rente kann sie aufgrund ihrer langjährigen Erwerbslosigkeit nicht mehr hoffen.

So oder ähnlich könnte zukünftig die Lebensperspektive für viele Frauen in der Bundesrepublik aussehen, denn der zunehmende Abbau staatlicher Leistungen führt nicht nur zum realen Verlust von Einkommen, sondern auch zu einem zusätzlichen Bedarf an Dienstleistungen im sozialen Bereich, die auf der Grundlage sog. freiwilliger Tätigkeit geleistet werden müssen.

Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag Berlin

In der Vergangenheit war soziale »Arbeit« traditionell die Domäne der Frauen, die unbezahlt geleistet wurde. Jedoch trugen auch in erster Linie Frauen zum Aufbau des »Wohlfahrtsstaates« und der staatlichen Organisation sozialer Dienstleistungen bei. Nicht zuletzt durch die Aktivitäten von Frauen wurde die Pflege und Betreuung von behinderten und kranken Menschen sowie die Armenfürsorge institutionalisiert. Doch erst mit der breiten Professionalisierung der sozialen Berufe im 20. Jahrhundert begann soziale Arbeit zur Quelle von Erwerbseinkommen für Frauen, und zunehmend auch für Männer, zu werden. Diese Entwicklung, so lernen wir heute, ist für die Gesellschaft nicht mehr bezahlbar. Statt Arbeitsplätze im sozialen Bereich soll es künftig mehr »bürgerschaftliches Engagement« und »Eigenverantwortung« geben. Staat und Wohlfahrtsverbände haben sich es zur Aufgabe gemacht, auf breiter Basis für das freiwillige Engagement von BürgerInnen zu werben. Hinzu kommt die Tatsache, dass durch den Abbau staatlicher Leistungen die unentgeltliche Arbeit, z.B. im Bereich der Betreuung oder in der Pflege, auch in individueller Dimension notwendig wird. Mit dem künftigen Wegfall zahlreicher Beschäftigungsmaßnahmen wird diese Situation wesentlich verschärft.

Dass die unbezahlte Tätigkeit im sozialen Bereich jedoch vorrangig in die Verantwortung von Frauen gelegt werden wird, ist u. a. an der Tatsache abzulesen, dass bereits 80% aller ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich von Frauen geleistet werden, während sich Männer im Sportbereich oder bei der freiwilligen Feuerwehr engagieren.

Wenn Christina Thürmer-Rohr, Wissenschaftlerin an der TU-Berlin, noch in den 80er Jahren eine fiktive Summe an Geldwert errechnete, der für die Entlohnung der alltäglichen unbezahlten Tätigkeiten von Frauen aufgewendet werden müsste, ist heute der Sinn der Bezahlung bisher umsonst geleisteter Arbeit auch in feministischen Kreisen umstritten, denn im Zentrum der Kritik steht die Erwerbsarbeit insgesamt. Gisela Notz sucht einen Ausweg aus dem Dilemma, indem sie die Frage formuliert, »ob es genügend existenzsichernde Arbeit gibt und wie sie verteilt und bewertet wird«. In der Tat ist die Frage nach einer freiwilligen Arbeit für die Gemeinschaft oder einer »Bürgerarbeit« als gesellschaftliche Utopie nicht von der Frage der Existenzsicherung und dem Zugang zu Einkommen und Gütern sowie sozialer Absicherung zu trennen. Auch muss die ungleiche Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern einbezogen werden.

Schon lange ist die Frage der Erwerbsarbeit von Frauen nicht mehr primär eine Frage der Partizipation und Gleichstellung, sondern existenzielle Notwendigkeit. Durch das Fortschreiten der gesellschaftlichen Individualisierung sind Frauen längst Allein- und Familienverdienerinnen. Auch greift das in verschiedenen Lagern nostalgisch restaurierte klassische Familienbild realpolitisch ins Leere, denn bei sinkenden Einkommen fällt es Mehrpersonenhaushalten zunehmend schwer, ihre Existenz auf der Grundlage lediglich eines Erwerbseinkommens hinreichend zu sichern. Gleichzeitig werden die sozialen Risiken privatisiert, d.h. sie sind im höchsten Maße abhängig von der individuellen Erwerbs- und Einkommenssituation. So bleibt jenseits aller Forderungen nach Gleichstellung ungeklärt, wie die soziale Absicherung unbezahlt tätiger Frauen umgesetzt werden soll.

Die meisten Frauen verstehen ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit nicht als Alternative zur Erwerbstätigkeit, sondern als zusätzliche Aufgabe. Diese Einstellung kann als Reaktion auf wesentliche Prämissen gedeutet werden: Sie beinhaltet den Anspruch auf eine Gleichberechtigung beim Zugang zu Erwerbsarbeit und die ge-

Fortsetzung nächste Seite

FACHFORUM IN BERLIN

Anders Arbeiten ?

Das Konzept der Mischarbeit im Agendaprozess

Der Agenda-Prozess startete in Berlin als Runder Tisch Berlin-Brandenburg und wurde vor drei Jahren als sog. Agendaforum vom Abgeordnetenhaus der Stadt beauftragt und institutionalisiert. Die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen wurde in eine Reihe von Handlungsfeldern untergliedert. Im folgenden werden die Erfahrungen unseres »Fachforums Arbeit« in den letzten drei Jahren reflektiert.

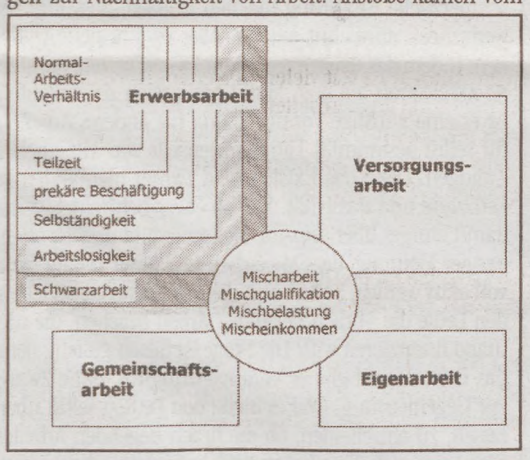
Eckart Hildebrandt

Zur Entstehung des Konzepts der Mischarbeit

Konzeptionelle Überlegungen zum Zusammenhang zwischen dem Charakter der Arbeit in den hoch industrialisierten Ländern und Strategien für eine nachhaltige Entwicklung gehören zu den **Marginalien** der bisherigen Debatte.

Unter Nachhaltigkeit wird wesentlich der **ökologische Umbau in den industrialisierten Ländern und eine nachholende ökonomische und soziale Entwicklung in den sog. Ländern der Dritten Welt** verstanden. In den Industrieländern entstand Aufmerksamkeit für soziale Aspekte erst, als sich das **3-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit** durchzusetzen begann. Da hier die Teilhabe an der Wohlstandsgesellschaft entscheidend über den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt geregelt ist, kam notwendigerweise die **Dauer- und Massenarbeitslosigkeit** in den Blick. Diese Schwerpunktsetzung ist einerseits zentral, da sie am wichtigsten Mechanismus der Regelung sozialer Chancen und sozialer Gerechtigkeit ansetzt. Sie ist andererseits im Sinne von Nachhaltigkeit unzureichend, da sie die gesellschaftliche Organisation und Verteilung von Erwerbsarbeit unberührt lässt.

Bisher existieren nur wenige **theoretische Überlegungen** zur Nachhaltigkeit von Arbeit. Anstöße kamen vom



Konzept der »Janusköpfigkeit der Arbeit« (Lars Clausen, 1988) und dem Entwurf einer »ganzen Arbeit« von Adelheit Biesecker (1998). In einem Verbundprojekt der Hans-Böckler-Stiftung »Arbeit & Ökologie« hat das WZB diese Überlegungen weitergeführt. Ausgehend von der auf den Menschen zentrierten Nachhaltigkeits-Definition der Brundtland-Kommission war ein **erweiterter Arbeitsbegriff** zu entwickeln. Entscheidend an diesem Ansatz ist, dass er

- erstens aus der Perspektive der Bedürfnisbefriedigung des einzelnen Menschen auf die Arbeitsgesellschaft sieht und
- zweitens aus den gegenwärtigen Erosionstendenzen unserer Erwerbsarbeitsgesellschaft konkrete Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Mischarbeit ableitet.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

rechte Verteilung von freiwilliger zusätzlicher Arbeit zwischen den Geschlechtern. Sie folgt zugleich den realen Rahmenbedingungen individueller Existenzsicherung. Doch ist ein Trend abzulesen, dass sich zunehmend langzeitarbeitslose Frauen ehrenamtlich engagieren. So sind z.B. Frauen, die im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen im sozialen Bereich arbeiteten, nach Ablauf der Maßnahmen als Erwerbslose im gleichen Aufgabenfeld weiter tätig. Freiwillige Tätigkeit ist auf den zweiten Blick also nicht immer so freiwillig, wie es die politischen Akteur(Innen) glaubhaft machen möchten.

Deshalb fordert Gisela Notz eine »Umverteilung von gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger Arbeit und eine Umverteilung der Verantwortung für die Mit- und Umwelt auf beide Geschlechter«. Die wichtigste Vorraussetzung ist das zur Disposition stellen der Erwerbsarbeit als solcher verbunden mit der Entkoppelung von Erwerbstätigkeit und Existenzsicherung.●

Literaturhinweis: Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen, Neu-Ulm, 1999

Die Autorin ist für soziale Projekte in Berlin tätig

Merkmale der Mischarbeit: Die ganze Arbeit als Grundlage für ein gutes Leben

Der humane Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung ist als **Sicherung der Bedürfnisbefriedigung** der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen definiert. Bedürfnisbefriedigung bezieht sich auf sinnvolle Tätigkeiten für sich und für andere, auf eine ausreichende Grundversorgung und auf gesellschaftliche Teilhabe. Aus diesen drei Grundelementen der Bedürfnisbefriedigung lässt sich das Grundkonzept von Mischarbeit ableiten.

1. Gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten sind nicht nur die Tätigkeiten, die die Form der Erwerbsarbeit angenommen haben, sondern auch unbezahlte Arbeiten wie Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit. Nachhaltige Arbeit bezieht sich auf **das ganze Arbeitsvermögen der Person**.
2. Das Arbeitsleben des Einzelnen orientiert sich folglich nicht allein über den Zugang und die Zugehörigkeit zum ersten Arbeitsmarkt, sondern über die persönliche **Kombination der verschiedenen Arbeiten** und ihre Veränderung im Laufe des Arbeitslebens. Die individuelle Kombination der Arbeiten richtet sich zumindest auf eine Grundversorgung, auf gesellschaftliche Teilhabe, auf Selbstverwirklichung und eine Balance zwischen den verschiedenen Arbeiten und dem Privatleben; sie erhöht die soziale Sicherheit.
3. Die Kombination sinnvoller Tätigkeiten führt zu **Synergien** zwischen den individuellen Lebensbereichen und zwischen den gesellschaftlichen Sektoren (Wirtschaft, Staat, Gemeinschaft, Familie). Sie erzeugt für den Einzelnen soziale Integration, den Transfer von Wissen und Kompetenz, die Auseinandersetzung mit anderen Interessenlagen und die Reflexion von Nebenfolgen des eigenen Handelns. Die Kombination bewirkt einen **kontinuierlichen Lernprozess** über soziale, ökologische und ökonomische Kreisläufe.

Geglückte Veränderung der Kombination im Lebenslauf führen zur Herausbildung einer **persönlichen Handlungskompetenz**. Sie befähigt den Einzelnen, sich in einer zunehmend flexiblen, diskontinuierlichen und riskanten Arbeitswelt zu bewegen, ohne der Gemeinschaft zu schaden.

4. Nachhaltig gestaltete Mischarbeit richtet sich in erster Linie auf die **Sicherung der Grundversorgung** für alle Menschen unter Berücksichtigung gesundheitlicher, ökologischer und kultureller Anforderungen. Diese Grundversorgung muss dem Einzelnen ermöglichen, zu einem aktiven Mitglied der Gesellschaft zu werden, und ihn in die Lage versetzen, für sich selbst zu sorgen. Nachhaltigkeitsanalysen sehen eine wachsende **Unterversorgung im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen**, insbesondere des Gesundheitsschutzes, der Bildung und der Betreuung.

Unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit zielt die Gestaltung von Mischarbeit insbesondere auf die

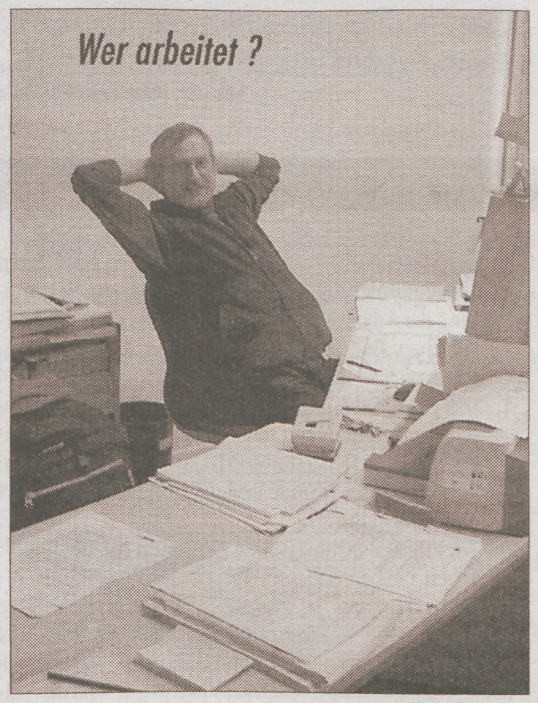


Foto: Cornelia Rasulis

Ermutigung und Befähigung der gesellschaftlich Benachteiligten (Jugendliche, Frauen, Ältere, Ausländer, Behinderte).

5. Arbeit im Nachhaltigkeitsverständnis eröffnet Teilhabe nicht allein und nicht in erster Linie über Erwerbsarbeit, sondern über alle Formen von Arbeit. Neben der Aufwertung der Versorgungsarbeit ist die **Aufwendung von Zeit und Engagement für Gemeinschaftsarbeit** besonders bedeutsam. Dazu gehört auch bürgerschaftliches Engagement im Agendaprozess. Gemeinschaftsarbeit bezeichnet den notwendigen Beitrag jedes Einzelnen zum Funktionieren der Zivilgesellschaft, sie dient der Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft. Diese droht zwischen den Anforderungen flexibler Erwerbsarbeit und der Vermarktlichung von Gemeinschaftsgütern substantiell in Frage gestellt zu werden.

Foto: Initiative Anders Arbeiten, Berlin

Probleme der Konkretisierung und Umsetzung von Vorstellungen nachhaltiger Mischarbeit

Wenn ich die Propagierung und Diskussion von Mischarbeit in den letzten drei Jahre bilanziere, ergibt sich ein **sehr widersprüchliches Bild**:

Auf der einen Seite ist das Konzept hochplausibel: ein erweiterter Arbeitsbegriff entspricht den **wissenschaftlich** analysierten Erosionstendenzen der Normalarbeit. Gleichzeitig entspricht das Konzept auch den **persönlichen Erfahrungen** der Menschen mit einem zunehmend flexibilisierten und unsicheren Erwerbsleben.

Distanz bis Ablehnung erfuhr unser Konzept durch **kollektive Akteure und Funktionsträger**, insbesondere in den politischen Kontexten von SPD und Gewerkschaften. Sie reagierten programmatisch mit Ablehnung und verwiesen ohne vertiefende Diskussion Mischarbeit in das Reich der Wunschträume und Illusionen.

Diese Widersprüchlichkeit zwischen persönlicher Erfahrung und politisch-strategischem Denken dürfte bei allen Bürgern gegeben sein und blockierend wirken. Um diesen Zustand zu überwinden, will ich im folgenden einige Punkte anreißen, die mir als Hindernisse bedeutsam erscheinen:

1. Mischarbeit – ein anderer Blick auf Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung, Wohlstand.

Mischarbeit verändert das **Bild von Arbeitslosigkeit**, da offiziell Erwerbsarbeitslose in ihrem Alltag durchaus produktive und sinnvolle Tätigkeiten durchführen, wenn die Gesellschaft sie lässt und wenn Stigmatisierung nicht zur Zerstörung ihrer Fähigkeiten führt.

Mischarbeit verändert entsprechend das **Bild von Vollbeschäftigung**. Der Zeitanteil der Erwerbsarbeit müsste in Richtung einer langfristigen Angleichung der Zeitanteile der anderen Arbeiten systematisch gesenkt werden (Teilzeit).

Die Durchsetzung von nachhaltiger Mischarbeit hat Konsequenzen für den **Wohlstand** der Gesellschaft. Zum einen verändert sich der Maßstab von Lebensqualität, da Mischarbeit die Versorgungsleistungen aus informeller Arbeit einbezieht. Zum anderen verändert sich die Einkommensseite, da der größere Teil informeller Tätigkeiten nicht durch ein entsprechendes Einkommen gratifiziert wird. Bei gleicher Arbeitszeit könnte die individuelle Versorgungsbreite und -qualität steigen, das Einkommensniveau gleichzeitig sinken.

Dieser auf Umverteilung setzende Weg einer sparsameren, stärker tauschenden und selbstversorgenden Gesellschaft kontrastiert nicht nur mit dem alten Wohlstandsmodell, sondern auch mit dem modernen Leitbild der Dienstleistungsgesellschaft, in der immer mehr personenbezogene Dienstleistungen kommerzialisiert werden, deren Nutzung allerdings ein dementsprechendes Einkommen voraussetzt. Es geht also insgesamt um einen **Konflikt um Leitbilder**.

2. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umthematisierungen von Arbeit haben bisher nicht zu einer Veränderung der Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit geführt.

In den letzten Jahrzehnten haben wichtige Veränderungen u.a. in dreierlei Hinsicht stattgefunden:

- Eine Gewichtsverlagerung von Arbeit auf Freizeit als Quelle von Lebensqualität.
- Die Veränderung der Anforderungen an Erwerbsarbeit von einer entfremdeten und abhängigen Tätigkeit (Arbeitsleid, Lohnorientierung), hin zu steigenden Gestaltungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit einschließlich der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.
- Mit der Flexibilisierung und Ausdifferenzierung von Erwerbsarbeit hat eine Verlagerung von der kollektiven Interessenvertretung (Gesetze und Tarifverträge) auf die individuelle Prozeduren und Standards stattgefunden.

Alle drei Entwicklungen sind mit einer Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses und entsprechenden

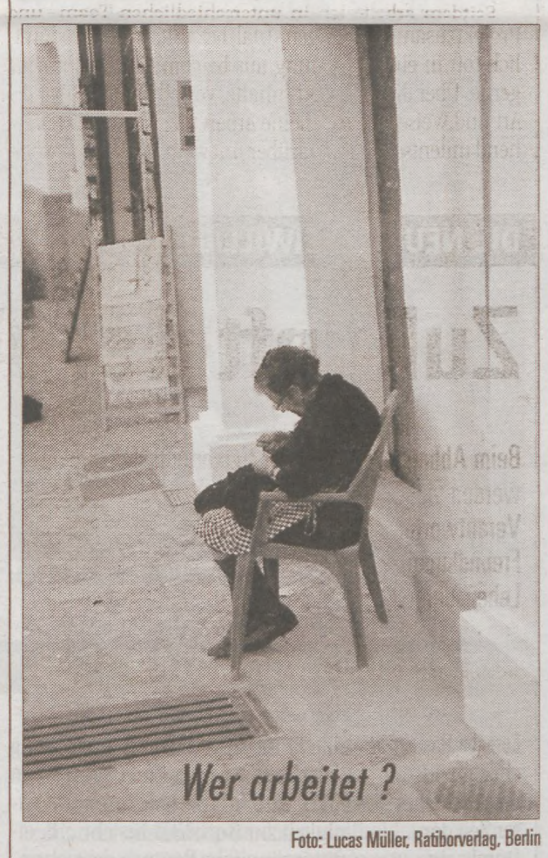


Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag, Berlin

Definitionen der sozialen Frage verbunden und haben zu einem großen **Vakuum in der sozialen Interessenvertretung** geführt. Dies gilt nicht nur auf der Ebene der Betriebe; auch der Korporatismus des Sozialstaats ist auf kleinere Veranstaltungen der Konsensbeschaffung reduziert worden (Bündnis für Arbeit). Stattdessen wird Arbeit durch das Ziel der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit neu definiert und die Zentralität der Erwerbsarbeit, egal welchen Inhalts und welcher sozialen und ökologischen Folgen, eher gestärkt.

3. Mischarbeit als analytisches Konstrukt, als reales Bild der Gesellschaft und als Wunschbild des guten Lebens.

Mischarbeit im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffs ist ein sozialwissenschaftliches Konzept, das auf die Erosion der Normalarbeit reagiert. Mischarbeit ist aber auch – wie die Frauenforschung seit vielen Jahren betont – eine alte und beschwerliche Realität für die Hälfte der Arbeitsbevölkerung, für die Frauen. Schließlich kann Mischarbeit als gute Mischarbeit, als Leitbild verstanden werden im Sinne von freiwilligen und vielfältigen Kombinationen mit hoher Lebensqualität.

Diese Mehrschichtigkeit des Konzepts ist verwirrend

Fortsetzung auf Seite 10

UMVERTEILUNG

Anders Arbeiten ?

Existenzgeld statt Arbeitszwang

Freiheitseinschränkungen und Perspektivlosigkeit, das ist es, was viele Arbeitslose von den aktuellen Sozialreformen zu erwarten haben. Die Repression gegen die Arbeitslosen betrifft die Lohnabhängigen insgesamt, auch die Beschäftigten lassen sich immer mehr einschüchtern. Eine Arbeitsgesellschaft mit immer weniger Arbeit, die (deshalb!) immer mehr Druck zur Arbeit ausübt und insofern immer autoritärer wird? Und dazu »keine Alternative«? Eine denkbare Alternative wäre die Einführung eines ausreichend hohen, individuell ausgezahlten Existenzgeldes. Das Existenzgeld bedeutet individuell die Befreiung vom Zwang zur Arbeit und ist eine Voraussetzung für Anderes Arbeiten, für Arbeiten jenseits von Kapital und Staat.

Foto: Konfliktlösungswerkstatt e.V.

Robert Ulmer, Berlin ● Peter M., Mitte 40, Politologe, arbeitslos, chancenlos hinsichtlich anspruchsvoller Akademikerstellen, macht gelegentlich Honorarjobs, ist zuverlässig aktiv in zwei Initiativen, hat chronische Einkommensprobleme, ist aber insgesamt beinahe so etwas wie ein »glücklicher Arbeitsloser«. Ab Januar 2005 kann ihm folgendes passieren: ihm wird eine Arbeit angeboten, die ihn vom Inhalt her nicht interessiert, für die er an einen anderen Ort ziehen müsste, an den er nicht hin will, und das ganze dann Vollzeit für einen Lohn knapp über der Sozialhilfe (bzw. »Arbeitslosengeld II«, wie es dann heißt). Sollte er sich dafür entscheiden, dieses »Angebot« abzulehnen, droht erst die Sperre und irgendwann die endgültige Streichung des lebensnotwendigen Arbeitslosengeldes II. Das ist die »Stärkung der Eigenverantwortung« mittels »Hartz IV«: Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe, und Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen. Für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose ist ab Januar 2005 jede legale Arbeit zumutbar.

Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag Berlin

Die »Logik« der Reformen ist simpel und widersinnig zugleich: Arbeit wird in vielen Bereichen immer produktiver, mithin immer überflüssiger. Je überflüssiger nun die Individuen als Arbeitskraft sind, um so mehr müssen sie sich, und zwar weil sie überflüssig sind, um Arbeit bemühen. Die Transfereinkommen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, ...) werden immer weiter gesenkt, der Bezug der Transfereinkommen wird immer mehr erschwert. Infolge dessen bleibt den Betroffenen, die zur Existenzsicherung weiterhin Geld brauchen, gar nichts anderes übrig, als sich immer billiger für immer unattraktivere Arbeiten zu verkaufen. Und das in Konkurrenz zu immer mehr anderen »Überflüssigen«. Not macht beweglich und dienstbereit. Ein Traum für alle, die sich Arbeit billig einkaufen wollen, ein Alptraum für alle, die in ihrem Leben ursprünglich etwas anderes vorhatten, als immerzu nur um den Verkauf der eigenen Arbeitskraft besorgt sein zu müssen. Perspektivlose, demütigende und übrigens auch ungesunde »bad jobs«; Armut trotz Arbeit, und, weil weniger freie Zeit: Armut wegen Arbeit!

Eine Alternative zu den gern als alternativlos dargestellten Sozialkürzungen ist das Existenzgeld für Alle. In zweierlei Hinsicht ist es deutlich anders als die bisher üblichen sozialen Mindestsicherungssysteme. Zum einen müsste es wesentlich mehr als etwa die Sozialhilfe sein, müsste also das ermöglichen, was man etwas hochtrabend und schwammig soziale und kulturelle Teilhabe nennt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (Bag-Shi) hat die konkreten Bedarfe ermittelt und kommt auf etwa 1.000 Euro im Monat pro Person. Zum anderen, und das ist der Knackpunkt, dürfte es an keine weiteren Voraussetzungen wie etwa Bedürftigkeit oder Arbeit oder zumindest Arbeitsbereitschaft der EmpfängerInnen gekoppelt sein. Diese Entkopplung von Arbeit und Einkommen, dieses »unverdiente« Einkommen ist es, was vielen so anstößig erscheint und ihnen moralische Bauchschmerzen bereitet. Es gäbe das Existenzgeld ohne Gegenleistung, es ist ein Einkommen, das kein Lohn ist! Die Lohnabhängigen wären mit Existenzgeld viel weniger von Lohn abhängig, wären viel weniger erpressbar, könnten höhere Ansprüche stellen, könnten z.B. für unattraktive Arbeiten höhere Löhne aushandeln. Anders als die aktuellen Sozialreformen wäre das Existenzgeld auf diese Weise ein ökonomischer Anreiz zur Abschaffung unattraktiver Arbeiten. Nebenbei bewirkt es noch eine stabile Massenkaufkraft, stabilisiert also die Volkswirtschaft. Also genau das richtige Wundermittel zur richtigen Zeit?

Foto: Lucas Müller, Ratiborverlag Berlin

Unstrittig ist, dass das Existenzgeld nicht alle Probleme löst (was übrigens seine BefürworterInnen niemals behaupten, aber seine GegnerInnen gerne von ihm einfordern):

- Das Existenzgeld führt nicht automatisch zu einer weniger ungleichen Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern, aber es stärkt ganz erheblich die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen, denn es wird nicht haushaltsweise (wie die Sozialhilfe) sondern individuell ausgezahlt.
- Das Existenzgeld löst nicht die ökologischen Probleme. Aber zum einen werden die Menschen, wenn sie weniger entfremdet arbeiten, auch weniger kompensatorische Bedürfnisse nach Entschädigungs-Konsum haben. Zum anderen entfällt die Notwendigkeit, Arbeit zu »schaffen«, und damit auch eine Ursache für umweltzerstörendes Wirtschaftswachstum.
- Das Existenzgeld schafft nicht auf einen Schlag die internationale Ungleichheit ab. Aber es entschärft den internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb und hat, als solidaristische Gerechtigkeitskonzeption, immer auch eine politische Ausstrahlung auf Regionen ohne Existenzgeld, auf Regionen, in denen krasse Ungleichheit, harte Armut und insofern auch Zwang und Unfreiheit fortbestehen.
- Das Existenzgeld schafft nicht für jede und jeden die Wunsch-Arbeitsplätze: Immer wieder werden Leute die schmerzliche Erfahrung machen müssen, dass ihre Bewerbungen abgelehnt werden. Aber es gibt neue Optionen: Indem das Existenzgeld vom Zwang befreit, die eigene Arbeitskraft auf dem Markt erfolgreich zu verkaufen, ist es eine günstige Voraussetzung für Anderes Arbeiten, für selbst bestimmtes Tätigsein jenseits von alltäglichen Zwängen. Denn das Existenzgeld zwingt niemanden zu Lethargie und Passivität. Wer so etwas befürchtet, verrät damit einiges über sein/ihr Menschenbild und ist offenbar der Meinung, dass Menschen nur unter Zwang sinnvoll aktiv werden. Sollen nun die von Existenzgeld lebenden Leute die »brach liegende« Arbeit machen, die niemand finanzieren will? Die Frage ist falsch gestellt, denn das Existenzgeld gibt es voraussetzungslos, ohne Zwang zur Gegenleistung, und es bleibt den Leuten selbst überlassen, zu entscheiden, ob die brach liegenden Arbeiten für sie sinnvolle Tätigkeiten sind, in denen sie ihre persönlichen Lebensperspektiven sehen. Das Existenzgeld erhöht die Freiheit der Individuen, aus ihrem Leben das zu machen was sie woll(t)en, und es nimmt ihnen eine Ausrede (»eigentlich wollte ich in meinem Leben ja ..., aber die Zwänge ...«).

Wer sich hinsichtlich der Finanzierung des Existenzgeldes Sorgen macht, sei gefragt: Ist es denn wirklich so schwer vorstellbar, in einer ökonomischen Situation, die sich durch immer höhere Produktivität auszeichnet und in der deshalb Überfluss möglich wäre, die Gesellschaft so einzurichten, dass niemand materielle Not leiden muss? Natürlich führt kein Weg daran vorbei, die höheren Einkommen stärker zu belasten, wenn es um eine langfristige dauerhafte Finanzierung des Existenzgeldes geht. Diese stärkere Belastung der höheren Einkommen muss politisch erkämpft werden. Die Schwierigkeit, diese Umverteilung durchzusetzen, ist jedoch nicht das einzige Hindernis für die Einführung des Existenzgeldes. Hinzu kommt, dass das Existenzgeld die Abschaffung der autoritären Arbeitsgesellschaft wäre, eben genau der Arbeitsgesellschaft, die zur Zeit so unangenehm triumphiert. Es ist das unselige Arbeitsethos in unseren Köpfen, von dem wir nicht ablassen wollen, das wir mit Macht verkörpern, mehr oder weniger, in unterschiedlichen Spielarten, z.B. zynisch-aalglatt, underdogmäßig-brutal, akademisch-naiv, sozialpädagogisch-anmaßend oder gerechtigkeitsfixiert-missgünstig.

So lange dieses Arbeitsethos gesellschaftlich vorherrscht, ist leider die Einführung des Existenzgeldes (oder auch nur eine etwas menschenfreundlichere Entwicklung in diese Richtung) höchst unwahrscheinlich. Voraussetzung für den Kampf gegen Not und Elend in einer Welt des Überflusses ist die Selbstkritik der Selbstgerechten – egal welcher Couleur.●

FORTSETZUNG VON SEITE 9

und erschwert die Verständigung. Zur Verdeutlichung wäre intensiver zu illustrieren, dass die Realität von Mischarbeit in einer **Vielfalt von Arbeitsformen mit extrem unterschiedlicher Lebensqualität** besteht; z.B. einerseits der gut versorgte männliche Rentner, der sich engagiert der Ehrenamtlichen Arbeit widmet, andererseits die alleinerziehende Frau in einem oder mehreren prekären Beschäftigungsverhältnissen, die über keine freien Ressourcen verfügt.

4. Formen der Anerkennung informeller Arbeiten.

Konkret sind verschiedene Medien der Anerkennung in Betracht zu ziehen:

- Ethische Anerkennung (Menschen- und Bürgerrechte)
- Staatliche Anerkennung (gesetzliche Gleichstellung, Regelung der Sozialversicherungen, Infrastrukturen für Kombinationen und Übergänge, Grundsicherung)
- Öffentliche Anerkennung (Programme der Parteien und Verbände, Medienpräsenz, Stiftungen und Preise, Zugang und Stimme in der Politik)
- Finanzielle Anerkennung (Aufwandsentschädigungen, Anrechnung von Versicherungszeiten, sonstige Anreize)

Es ist dringend notwendig, erste Anerkennungsschritte zu konkretisieren und in den Agenda-Prozess einzubringen (exemplarisch zum Ehrenamt). Solche Forderungen kontrastieren allerdings mit dem derzeitigen Rückzug des Sozialstaats und der entsprechenden Tendenz, bürgerschaftliches Engagement als Ersatz für staatliche Leistungen und Transfers zu nutzen.

5. Umsetzungsprobleme.

Auf der **Individuellen Ebene** geht es um die Ermutigung, Erwerbsarbeit zugunsten anderer Tätigkeiten zu reduzieren bzw. sich mit einem hohen Anteil an Nichterwerbsarbeit einzurichten; entweder defensiv, weil Erwerbsarbeit nicht zugänglich ist, oder offensiv, weil weniger Erwerbsarbeit individuell bevorzugt wird. Den Ratschlägen, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Arbeiten anzustreben, haftet unter derzeitigen Verhältnissen das Risiko an, entweder ohne Gegenleistung Verzicht auf Einkommen, Status und soziale Sicherheit zu üben oder eine defizitäre Realität von Mischarbeit mit einer positiven Interpretation zu überziehen.

Auf der **gesellschaftlichen Ebene** sind wir mit einem Trend zum Wirtschaftsliberalismus konfrontiert, der negative Formen von Mischarbeit (prekäre Beschäftigungsverhältnisse) bzw. die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile zum Programm erklärt. Seine Gestaltungsprinzipien folgen einer engen, ökonomisch-funktionalistischer Sicht auf Arbeit:

1. Arbeitslosen fehle es an Motivation und Flexibilität, daher Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln.
2. Die Senkung von Lohnkosten und die Deregulierung von Arbeitsrechten führe zur Schaffung von Arbeitsplätzen, daher Ausweitung des Niedriglohnsektors und Förderung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung.
3. Die Kostenentlastung von Unternehmen bzw. deren Subventionierung sei das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, daher Ausstieg aus der paritätischen Beitragsfinanzierung und Lohnkostenzuschüsse.
4. Das ganze Leben müsse unter der Perspektive der Beschäftigungsfähigkeit gesehen werden (employability), für deren Herstellung/Erhaltung der Einzelne verantwortlich sei (Kunde bzw. Leistungsempfänger der Arbeitsverwaltung).

Die **wichtigsten strategischen Optionen für nachhaltige Arbeit** bleiben dabei außerhalb des Programms: Arbeitszeitverkürzung, gezielte Arbeitsumverteilung, Grundsicherung, Anerkennung informeller Arbeiten und Förderung entsprechender Kombinationen. Zukunftsdebatten und alternative Gesellschaftsentwürfe sind defensiver, pragmatischer Krisenbewältigung und symbolischer Politik gewichen. Nachhaltige Arbeit im konsequenten Sinne scheint trotz regierungsoffizieller Nachhaltigkeitsbekundungen nicht anknüpfbar; eine entsprechende gesellschaftliche Oppositionsbewegung ist nicht absehbar.

Nach unseren Erfahrungen gibt es aus diesen Blockaden keine einfachen Auswege; ein Erfahrungsaustausch von Agendagruppen in diesem Themenfeld könnte ein wichtiger Schritt sein.●

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB (Wissenschaftszentrum Berlin). Er koordiniert das Fachforum Zukunft der Arbeit.

Der Autor engagiert sich seit Jahren in der Erwerbslosenbewegung gegen den arbeitsgesellschaftlichen Irrsinn.

KOLLEKTIVE UNTERNEHMESGRÜNDUNGEN

Wie nachhaltig ist die aktuelle Arbeitsmarktpolitik?

Wie soll die Gesellschaft aussehen, in der wir leben wollen? Können genossenschaftliche Unternehmen eine Alternative darstellen?

Elisabeth Voß, Berlin ● Das wichtigste Potential, sowohl eines Unternehmens, als auch einer Volkswirtschaft, ist die Motivation der Beschäftigten. Die nachfordistische Wirtschaft benötigt nicht maschinenähnliches Funktionieren, sondern Mitdenken und Engagement der am Produktionsprozeß oder in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen Arbeitenden. Nachhaltiges Wirtschaften braucht Menschen, die auf unterschiedlichste Art bereit und fähig sind, Verantwortung zu übernehmen für ihre Tätigkeiten, die mit Sachkenntnis und Motivation als FreiberuflerInnen, KleinunternehmerInnen oder mit anderen im Kollektiv ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte. Das erfordert ein gesellschaftliches Klima der Unterstützung von Selbstverwirklichung und Eigenverant-

Gemeinsam die Tür aufstoßen für neue Genossenschaften

wortlichkeit, beginnend mit der Erziehung und Bildung junger Menschen.

Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik geht stattdessen in die Richtung, Motivation durch Repression zu zerstören. Wem das Recht auf freie Berufswahl, freie Wahl des Wohnortes und des sozialen Lebenszusammenhangs bei Strafe der Zerstörung der ökonomischen Existenz (durch Entzug von Lohnersatzleistungen) genommen wird, wer Erwerbsarbeit um jeden Preis annehmen soll, ohne Mitbestimmung und Perspektive im Betrieb, die/der wird sich kaum engagiert und verantwortlich am Arbeitsplatz einbringen, sondern eher eine Mentalität von Dienst nach Vorschrift bis Sabotageneigung entwickeln – mit gutem Recht.

Es droht ein flächendeckender volkswirtschaftlicher Schaden, der mit Nachhaltigkeit nichts zu tun hat. Stattdessen wären angesichts der Unmöglichkeit, existenzsichernde Erwerbsarbeit dauerhaft für alle bereitzustellen, neue Formen von Beschäftigung (z.B. in Genossenschaften) und eine partielle Entkoppelung von Lohn und Leistung (z.B. mit der Einführung eines bedingungslosen Existenzgeldes für alle) gefragt.

Wir verfügen heute über mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrungen in alternativer, kollektiver Ökonomie. Am Beispiel genossenschaftlich organisierter Unternehmen in verschiedensten Rechtsformen haben wir gesehen, dass kollektive Unternehmensgründungen eine bessere Tragfähigkeit haben als herkömmliche Gründungen, dass das Engagement der GründerInnen gerade über die schwere Anfangszeit eines Betriebes hinweghilft. Es kann in Genossenschaften zu Reibungsverlusten durch die Besonderheiten der Selbstverwaltung kommen, es gibt aber auch einen Zuwachs an Produktivität durch Partizipation. Letztlich kennen nur die Beschäftigten selbst die Feinheiten und Erfordernisse ihres Arbeitsplatzes im Detail, und sie werden dieses Wissen nur einbringen und umsetzen, wenn sie ihre Tätigkeit als ihr eigenes Anliegen begreifen – zum Nutzen des Betriebes und der Volkswirtschaft.

Gerade heute sollten daher modellhaft kollektive Unternehmen aufgebaut werden. Genossenschaften können und sollen die Welt nicht retten, den Kapitalismus schon gar nicht. Sie können aber als Keimformen eines anderen Wirtschaftens gelebte Beispiele geben für nachhaltiges, solidarisches Wirtschaften, und damit Mut machen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken. Im Unterschied zu den Alternativbetrieben der 70er und 80er Jahre, die aus einer relativ elitären Situation überwiegend politisch inspiriert waren, geht es heute darum, Erwerbsarbeit für verschiedenste von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt Betroffene zu organisieren, auch jenseits der alternativen Zusammenhänge. Dafür sind lebbare selbstverwaltete Wirtschaftsformen erforderlich, die weder Einzelne überfordern (wie mitunter in den Kollektivbetrieben der Alternativszene), noch unter dem Deckmäntelchen der Selbstverwirklichung neue Ausbeutungsformen schaffen (wie teilweise in der New Economy).

Die Gestaltung der Bedingungen, unter denen Waren und Dienstleistungen produziert werden, ist Ausdruck des herrschenden Menschen- und Gesellschaftsbildes. Wie wollen wir leben? Sollen die Arbeitenden ihre Arbeitskraft im wahrsten Sinne des Wortes zu Markte tragen (vielleicht wie in Hongkong, wo sie teilweise sogar in den Fabriken wohnen müssen, mit kaum mehr Eigenem als dem, was sie auf dem Leib tragen)? Oder gibt es Visionen einer befreiten Gesellschaft, in der die Einzelnen selbstbestimmt ihre Potentiale entfalten können und die dadurch gesteigerte Produktivität allen zugute kommt?

Der Umbau der Sozialsysteme, der mit der Riester-Rente als Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Altersvorsorge begann, und mit der Einführung von JobAQTIV-Gesetz und Kombilohn als gesellschaftlichen Meilensteinen im Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten diese Entsolidarisierung logisch fortsetzte, ist mit den Hartz-Modulen zur Durchsetzung eines bedingungslosen Arbeitszwangs und den Änderungen im Gesundheitssystem noch nicht vollendet, weitere Deregulierungen sind zu erwarten. Dieser neoliberale Gesellschaftsumbau kann (neben der nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals aktiven Beteiligung Deutschlands an einem Krieg) als historische Aufgabe der rot-grünen Bundesregierung betrachtet werden. Nur sie hat das Befriedungspotential zur fast kampflosen Durchsetzung solch tiefgreifenden Einschnitte.

Statt der kurzsichtigen, höchstens bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode reichenden Standortpolitik, unter dem Vorwand angeblicher Sachzwänge und auf Kosten des größten Teils der Bevölkerung, steht aus meiner Sicht eine breite gesellschaftliche Debatte an darüber, wie Nachhaltigkeit in diesem Land definiert werden soll. Nach 68 war es üblich, solche Debatten nicht nur unter fachlichen Aspekten, sondern immer in Verbindung mit der Frage nach den Interessen, die hinter den unterschiedlichen Positionen stehen, zu führen. Es ist an der Zeit, diese fast verloren gegangene Frage wieder zu beleben, und den Nachhaltigkeitsdiskurs nicht allein den ExpertInnen zu überlassen.●

Überarbeitung eines Beitrags aus UTOPIEkreativ – Diskussion sozialistischer Alternativen, mtl. Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung 153/154, Juli/August 2003

AKTIONSAUFRUF

Gemeinsam gegen GenFood – Stoppt BAYER, METRO und MONSANTO!

170 Handelsfirmen folgten bislang einem Appell von Verbraucherschützern, keine Lebensmittel mit Zutaten aus Gen-manipulierten Pflanzen herzustellen oder zu verkaufen. Das größte deutsche Handelsunternehmen, die METRO, ignoriert die Forderung jedoch. In Kooperation mit BAYER CROPSCIENCE und MONSANTO, den weltweit größten Anbietern gentechnisch manipulierter Nutzpflanzen, plant METRO (Real, Extra, Kaufhof) eine groß angelegte ProGentechnik-Kampagne.

Ein erstes geheimes Strategie-Treffen von METRO, BAYER, MONSANTO und der Werbeagentur MS&L fand am 15. September in der Düsseldorfer METRO-Zentrale statt. Laut Protokoll wollen die Konzerne trotz aller Proteste GenFood ins Regal nehmen und mit großem Werbeaufwand durchsetzen. Dabei sollen ALDI und TENGELMANN mit ins Boot genommen und internationale Supermarkt-Ketten wie CARREFOUR und TESCO eingebunden werden.

Der BAYER-Konzern ist der größte europäische Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut. Kein Unternehmen führt so viele Feldversuche mit Gen-Pflanzen durch wie BAYER. Die Firma sitzt in den Startlöchern, um modifiziertes Getreide, Raps, Mais und Soja auf den Markt zu bringen. Der Schulterschluss von METRO und BAYER ist dabei kein Zufall – der BAYER-Aufsichtsratsvorsitzende Manfred Schneider sitzt bei der METRO im Aufsichtsrat.

Doch trotz der wiederholten Versicherung der Industrie, dass die veränderte Nahrung sicher und »tausendfach getestet« sei, sind die langfristigen Risiken von GenFood völlig unklar. So verdoppelte sich in den USA seit Einführung von Gen-Pflanzen die Zahl Nahrungsmittel-induzierter Krankheiten. Auch Allergien stiegen weiter an. Zudem gerät der ökologische Landbau unter die Räder: Untersuchungen in Nordamerika haben ergeben, dass bis zu 95% der von Öko-Landwirten angebauten Pflanzen mit Fremdgenen kontaminiert sind. Ihre Ernte kann nur durch kostspielige Verfahren gereinigt werden. Auf Dauer wird ein Gentechnik-freier Anbau unmöglich sein – den Verbrauchern bleibt schließlich keine Wahl mehr.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren plant Protestaktionen:

- vor den BAYER-Werkstoren in Nordrhein-Westfalen; u.a. in Leverkusen und Monheim.
- vor METRO-, Real-, Extra-Supermärkten sowie vor Kaufhof-Niederlassungen.

Das 5. Bundesweite Aktionstreffen von Gentechnik-KritikerInnen hat folgende Aktionen vor Supermärkten und Kaufhäusern vorgeschlagen:

- Nachfragen bei Filialleitern, ob gentechnisch manipulierte Lebensmittel in das Sortiment aufgenommen werden.
- Verteilung von Flugblättern.
- Theatralische Szenen vor und im Supermarkt.
- Blockade der Kassen beim Wochenendeinkauf.
- Informationsstände und Unterschriften über und gegen die geplante BAYER/METRO-Werbekampagne.
- Protestmails, -faxe und Telefonate, die die Büros der Unternehmen überschwemmen.

Mit Hilfe der Aktionen sollen das Thema »Gentechnik in Lebensmitteln« und die damit zusammenhängenden Gefahren publik gemacht und so die Konzerne unter Druck gesetzt werden, auf GenFood zu verzichten. Wir suchen bundesweit Menschen, die Lust auf diese kleinen Aktionen haben – deutschlandweit können wir eine große Wirkung erreichen!●

Kontakt per E-Mail unter:
bameka-info@so36.net sowie cbgnetwork@aol.com

Weitere Informationen unter:
www.dosto.de/gengruppe/bamekasowie
www.cbgnetwork.de

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Tel: (02 11) 33 39 11, Fax (0 40) 36 03 74 18 35

SELBSTDARSTELLUNG

Was ist das Projekt W.E.G.?

Das Projekt W.E.G. (WertkritischeEmanzipatorischeGegenbewegung) bewegt sich im Rahmen der Inhaltsgruppe vision attac.

Selbsthilfe und soziale Bewegung

Der Staatskapitalismus des Ostblocks ist zusammengebrochen. Die ökonomische, ökologische und soziale Krise der westlichen Marktwirtschaft hat auch die »reichen« Kernländer erreicht. Weltweit wächst die Ratlosigkeit. Zugleich wächst die Unzufriedenheit mit einer Lebensweise, in der Leben nur ein von Ausrottung bedrohtes Nebenprodukt des Geldmachens ist.

Was wir tun wollen, ist Selbsthilfe. Es soll ein Beitrag zur Überwindung der Ratlosigkeit sein. Ein Beitrag auch für das Zustandekommen einer sozialen Bewegung, die sich durch Vernetzung mit Experimenten und durch geistige Auseinandersetzung neu orientiert. Nur eine solche Bewegung kann herausfinden, was alles und wie es zu ändern ist. Nur sie kann diese Änderungen auch durchsetzen. Damit ein gutes Leben für alle Menschen möglich wird.

Markt, Arbeit, Geld und Ware, kurz: Kaufen und (sich) verkaufen sind grundlegende Organisationsprinzipien unserer Gesellschaft. Der Staat schaut darauf, dass das alles auch im Niedergang so bleibt. Diese Prinzipien sind heute (endgültig) zu negativen Kräften geworden. Sie führen immer mehr Menschen in Isolation, Verelendung und Unterdrückung. Sie zerstören unsere Lebensgrundlagen.

Wir suchen den Ausweg jenseits dieser Prinzipien. Wir wollen eine freie Assoziation und Kooperation von Menschen, die nicht tauschen, sondern teilen, nicht konkurrieren, sondern zusammenarbeiten. Dabei gehen wir von den sozialen, geistigen, materiellen etc. Bedürfnissen, die wir hier und jetzt einbringen wollen, aus. Was wir angehen, ist ein Experiment; ein gemeinsamer Lernprozess, wie es uns besser gehen kann, wenn wir nicht kaufen, sondern teilen.

Welche Ideen wollen wir umsetzen?

Wer die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, die auf Kaufen und Verkaufen beruht, ernst nimmt und staatliche Machtergreifung als nicht zielführend ablehnt, muss konkrete Schritte setzen.

Gesellschaftliche Transformation kann nicht von heute auf morgen passieren. So etwas braucht Zeit und Achtsamkeit, Versuch und Irrtum. Sicher wissen wir derzeit nur, was wir nicht wollen: Lohnarbeit, Geld, Ware und Tausch, die Ursachen der heutigen Misere.

Wir möchten eine herrschaftsfreie Gesellschaft verwirklichen. Sie soll auf dem weitestgehenden Konsens aller Beteiligten bei gleichzeitiger Freiheit zur Formierung eigenständiger Projekte und Strukturen beruhen. Die Produktion sollte sich an unseren Bedürfnissen ausrichten und nicht nach dem abstrakten, sinnlosen Rentabilitätsprinzip. Sie soll für alle eine sozial abgesichertes Leben bieten. Die reichen Möglichkeiten, die uns das Zusammen leben mit anderen Menschen bietet, sollen für die individuelle Selbstentfaltung aller offenstehen.

Derzeit stehen wir am Beginn. Wir wollen damit anfangen, unsere eigenen Lebensumstände gemeinsam zu verändern. Dazu sehen wir hauptsächlich drei Ansatzpunkte:

- Gemeinschaftliche Produktion und bedürfnisorientierte Verteilung ohne Tausch.
- Zusammenlegung unserer materiellen und immateriellen Ressourcen. Bestimmte Ressourcen wie z.B. Autos, Werkzeuge und Maschinen, Wissen etc. können auf freiwilliger Basis in das Projekt eingebracht und gemeinsam genutzt werden.
- Erschließung weiterer, materieller und immaterieller Ressourcen. Darunter fällt z.B. die Einbindung von ÄrztInnen, LehrerInnen u.Ä.

Wichtigste Voraussetzung ist die Freiwilligkeit aller Beteiligten. Wir wollen weder eine Sekte noch eine paramilitärische Splittergruppe werden. Unser Projekt steht allen offen, die sich beteiligen möchten. Jegliches Engagement beruht auf freier Entscheidung.

Der Schwerpunkt des Projektes liegt auf der Praxis. Wir wollen sowohl den »Engagierten« als auch den »bloß« Interessierten die Teilnahme an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen gewährleisten. Hierarchien und Herrschaftsstrukturen wollen wir, so sie nicht völlig vermeidbar sind, abbauen. Entscheidungen sollten prinzipiell im Konsens erfolgen, aber auch Raum für unterschiedliche Wege und Herangehensweisen bieten. Die Vielfalt von Inhalten und Ausdrucksformen ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir wollen nicht »zurück ins Mittelalter«. Es geht uns vielmehr darum, die derzeitigen technischen Möglichkeiten für alle Menschen nutzbar zu machen. Natürlich nur, soweit das ökologisch und sozial nachhaltig ist.

Wir wollen nicht »Aussteigen und schauen, was der Kapitalismus übrig gelassen hat«. Unser Ziel ist also keine Subsistenzproduktion. Wohl möchten wir aber schon bei unseren ersten Schritten unsere Bedürfnisse ohne den Einsatz von Geld erfüllen. Dabei wollen wir möglichst viele Personen einbinden, die mit dem Geld ohnehin so ihre liebe Not haben (Arbeitslose, MigrantInnen, Unterstandslose etc.). Investitionen zur Anschaffung von Maschinen, Rohstoffen o.Ä. schließen wir (zumindest im Anfangsstadium) nicht aus, wohl aber den Verkauf daraus entstehender Produkte. Unser Ansatz beruht zentral darauf, dem Markt und damit dem Staat laufend Ressourcen zu entziehen. Deshalb ist es wesentlich, Produktion und Verteilung ohne Geld, ohne Kauf und Verkauf abzuwickeln. Entlang dieses Prinzips könnte eine soziale Bewegung das System von Markt und Staat schrittweise überwinden.

Langfristig wollen wir das zurückhaben, was uns derzeit vorenthalten wird: Das gemeinschaftliche Eigentum aller Menschen an allen Ressourcen und deren gemeinsame Nutzung. Nicht Armut für alle, sondern Reichtum für alle ist unsere Parole!

Die Transformation sind wir!

aus: http://ressourcenpool.norbertbrandstaetter.net/grundsatzerklaerung.php

IM POSTFACH: LESERINNENBRIEFE

Leserbrief zu CONTRASTE 12/2003
»Wie Phönix aus der Asche«

Michael Scheuermann berichtet in dem o.g. Artikel darüber, wie die ehemalige BesitzerInnen-Genossenschaft der Ökobank, die sich jetzt OekoGeno nennt, die ihr verbliebenen knapp fünf Millionen EUR Kapital der Ökobank bewirtschaften will.

Von den Ziel- und Interessenskonflikten abgesehen, die nach meinem Eindruck in dem »3B-Konzept« (3B steht für: Beratung, Beteiligung + Betreuung) ruhen, stößt es mir sauer auf, dass der durch die Kapitalvernichtung aus dem Geschäft der alten Ökobank enstandene Verlust nun zur Erlangung steuerlicher Vorteile verwendet werden soll. Der Verlust wird nach den neuen Änderungen im gewerblichen Steuerrecht kaum vollständig gegen etwaige Gewinne aufgerechnet werden können. Dieser Verlust bleibt das politische Symbol für den Untergang eines Leuchtturms ökologischen Wirtschaftens!

Gemäß Jahresabschluß 2000 der Ökobank eG hat die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Volks- und Reiffeisenbanken ca. 24 Millionen EUR aufwenden müssen, um den völligen Untergang der Bank zu vermeiden. Die Bochumer GLS Gemeinschaftsbank hat nur die sanierten Bestandteile der Ökobank übernommen. Glücklich angekommen sind bei der GLS-Bank vor allem die Privatkunden mit regelmäßigem Einkommen und guten Rücklagen. Frust herrscht dagegen unter den ca. 2.000 gewerblichen Kunden der Ex-Ökobank, die nicht ihren Bedürfnissen entsprechend von der GLS-Bank bedient werden (können).

Gegen die 24 Millionen EUR Verlust, den die Volksbanken Sicherungseinrichtung übernommen hat, nimmt sich der Wertverlust der OekoGeno-Genossenschaftsanteile dem ersten Anschein nach bescheiden aus. Rechnet man jedoch den jahrelangen Zinsverzicht auf die Einlagen (Genossenschaftsanteile) hinzu, erscheint der wirtschaftliche und politische Schaden erst in seiner tatsächlichen Dimension. Dieser Schaden bleibt und wird nicht dadurch geringer, dass die Ursachen des faktischen Bankrotts der Ökobank nicht öffentlich aufgeklärt werden. Mittlerweile häufen sich vor allem bei Aktiengesellschaften in der ökowirtschaftlichen Branche ähnliche Fälle und es ist zu befürchten, dass die OekoGeno mit ihrem Beteiligungskonzept erneut in Schlamassel gerät.

Es kann der OekoGeno nur dienen, wenn sie in dieser Sache für Aufklärung sorgt. Am besten wäre es, sie würde eine unabhängige Einrichtung mit einer kritischen, wirtschaftswissenschaftliche Studie über das Scheitern der Ökobank beauftragen, diese Studie finanzieren und veröffentlichen. Die OekoGeno ist diese Rechenschaft ihren ehemaligen und gegenwärtigen Gesellschaftern schuldig. Außerdem sollten Erkenntnisse der Studie in das neue »3B-Geschäftskonzept« einfließen. Dies kann das Vertrauen in die OekoGeno und in ihr neues Geschäftskonzept nur stärken.

»Wer will das schon wissen, es steht doch alles in den Geschäftsberichten«, werden die neuen OekoGeno Profis antworten. Dort findet sich in der Tat u.a., dass in der Rommelmühle GmbH & Co KG 12,6 Millionen DM verbrannt sind oder dass die Ökonsult GmbH (eine Tochtergesellschaft der Ökobank) nie Ertrag erwirtschaftet hat, aber es findet sich nichts darüber, warum

- der Ökobank Aufsichtsrat – wie sich herausstellte – seiner Kontrollpflicht nicht nachkommen konnte, weil er vor allem durch den Vorstand Volker Viehoff getäuscht worden sein soll?
- jahrelang unfähige MitarbeiterInnen, wie Jutta Gelbrich, zuletzt sogar in die Geschäftsführung der Ökonsult hochgelobt wurden anstatt für ihre falschen Konzepte und verschleiernde Öffentlichkeitsarbeit aus dem Unternehmen entfernt zu werden?
- die VertreterInnen Versammlung (VV) ein Schattendasein führen mußte, weil der Führungsstil der Ökobank Vorstände es der VV unmöglich machte, berechtigter Kritik aus ihren Reihen, die außerdem auch schon früh in den Prüfungsberichten des Genossenschaftsverbandes Hessen/ Rheinland-Pfalz/ Thüringen geäußert worden war, echte Konsequenzen folgen zu lassen?

Neu ist die Idee mit dem »neuen 3B-Geschäftskonzept« der OekoGeno im übrigen nicht. Aus den damaligen regionalen Fördervereinen der Ökobank sollten zum Zeitpunkt des Ökobank-Starts regionale Beratungsgesellschaften hervorgehen und der Ökobank durch die Beratung und die Betreuung potentieller KreditkundenInnen zuarbeiten. Soviel sei zum Sachverhalt von vor etwa 15 Jahren noch gesagt: Die Ökobänker und ein paar Irregeleitete hielten es seinerzeit für wichtiger, möglichst schnell bundesweit Ökobank-Filialen zu eröffnen.

Die Ökobank ist wesentlich deswegen gescheitert, weil das Handeln der »Macher« durch die Verfolgung von Einzelinteressen der Beteiligten dominiert worden ist. Hierdurch erforderliche Intransparenz zur Verschleierung der tatsächlichen Sachverhalte führte im Ergebnis zu Filz, d.h. Beschränkung der Eingeweihten auf die Anzahl der Beteiligten. Ergebnis: Eine hinreichende Kontrolle war unmöglich!

Angesichts dieser Vorgeschichte wirkt das Gewicht der BeraterInnen in der OekoGeno schon etwas unheimlich. Die beiden amtierenden Vorstände der OekoGeno, Bernd Steyer und Burghard Flieger, wurden am 15.11.2000 unter der Berufsbezeichnung »Unternehmensberater« in den letzten Aufsichtsrat der Ökobank eG gewählt. Betriebswirtschaftliche Qualifikationen haben beide ganz offensichtlich nicht und dieser Mangel macht sie anfällig dafür, unter Druck stehend in unerwünschte Verhaltensweisen zu verfallen.

Noch mulmiger wird es einigen, wenn zu hören ist, dass es auf der VV der OekoGeno im September 2003 zu einem Konflikt mit Michael Berger, der als Spiritus Rector des Ex-Vorstandes der Ökobank Oliver Förster galt, kam. Berger hatte nach eigenem Bekunden im Sommer 2003 sein Mandat im OekoGeno Aufsichtsrat im Streit niedergelegt, weil dieser ihm einen kurzfristigen, allerdings nicht kleinen Kredit für die von ihm verwaltete Jos Fritz Passage in Freiburg verweigert hatte. Es schien sich hierbei um eine für Michael Berger übliche Vorgehensweise zu handeln, die er bereits mit der Ökobank zu praktizieren gewohnt war und deren Fortsetzung er von der OekoGeno mit Selbstverständlichkeit zu erwarten schien.

Ebenso bemerkenswert ist der Umstand, dass der Steuerberater der OekoGeno, der die Bilanz 2002 für die Genossenschaft aufgestellt hat, sich in den Aufsichtsrat der Genossenschaft hat wählen lassen. Weil das noch nicht bemerkenswert verfilzt genug ist, scheint sich der Kreis auch an anderer Stelle wieder zu schließen: Im Geschäftsbereich »Vertrieb von Finanzdienstleistungen und Versicherungen« an Mitglieder wird im Magazin »Marktplatz« eine Firma aufgeführt, an der Oliver Förster (Ex-Vostand der Ökobank) aktiv beteiligt ist.

Es tut mir nicht leid, Salz in alte Wunden zu streuen. Wie jetzt schon sehr deutlich wird, bedarf die OekoGeno mit ihrem »3B-Konzept« einer deutlich wirkungsvolleren Kontrolle, als es in der Ökobank üblich gewesen ist und bislang von den neuen OekoGeno Profis praktiziert worden ist. Burghard Flieger möge sich an sein taz-Interview vom 23.Juli 2001 erinnern, indem er die mangelnde Kontrolle als Ursache für das Scheitern der Ökobank verantwortlich gemacht hat.

Kontrolle ist erforderlich, die Voraussetzungen dafür, das eine hinreichende Kontrolle möglich ist, müssen erst noch geschaffen werden. Hierzu gehören u.a.: Aufklärung über das Scheitern der Ökobank (s.o.) und die Einrichtung einer wirkungsvollen Gesellschafterversammlung. Das Modell der VertreterInnen-Versammlung hat sich inzwischen als absolut untauglich erwiesen.

Jens Reuter, Gründungsmitglied der Ökobank, Hmb., Jan. 2004

»Der Krieg der Sterne« und »Wie Phönix aus der Asche«, 2 Artikel in der Ausgabe Dezember 2003

Sehr geehrter Herr Poschen,
sehr geehrter Herr Kern,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum »Krieg der Sterne« möchte ich Ihnen nur schreiben, dass Sie bezüglich Anthroposophie und Anthroposophen zur Kenntnis nehmen sollten – und das hat noch nichts mit Fähigkeit oder Unfähigkeit zu denken zu tun – dass die Mitglieder oder Sympathisanten der anthroposophischen Bewegung exakt dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung entsprechen und keine »Klasse« für sich darstellen: Es gibt Frauen und Männer, es gibt fast alle Nationen und Hautfarben, es gibt Kluge und Dumme, es gibt wenige Reiche und viele relativ Arme, es gibt alle Berufe, es gibt Atheisten, Kirchengläubige und auch Muslime (von denen gerade einer den alternativen Nobelpreis in Stockholm erhalten hat, für die vorbildliche Selbstorganisation eines in Ägypten äußerst erfolgreichen und nachahmenswerten Unternehmens), es gibt welche, die wollen einen Schulungsweg gehen (in diesem Falle den anthroposophischen Schulungsweg, der sehr ähnlich dem buddhistischen ist), es gibt Menschen, die wollen eine gesellschaftlich sinnvolle Arbeit verrichten und welche, die wollen ihr berufliches Spektrum erweitern. Und es gibt auch solche, die wollen lediglich ihr allgemeines Wissen gemeinschaftlicher Arbeit erweitern, ähnlich wie bei einem Bibelkreis oder bei einem geisteswissenschaftlichen Kurs in der Volkshochschule.

Es gibt sicher noch viele weitere Normalitäten. Aber was es nicht gibt, ist eine einheitliche Leitung, Bewegung oder Zielrichtung, der man gar eine Zersetzungskraft zuschreiben könnte. Ich bin gerne bereit, mich mit Ihnen und gegebenenfalls anderen Redakteuren in Ruhe über Ihre persönlichen Erfahrungen, Beweggründe und Intentionen für solch einen Artikel und solch eine Kritik, die Sie selber den Anthroposophen vorwerfen, zu unterhalten und auszutauschen und Ihnen meinerseits meine Beweggründe für die Mitarbeit in der ersten sozial-ökologischen Bank Deutschlands darzulegen, die ihre Ursprünge in Anregungen Rudolf Steiners zu einem anderen Umgang mit Geld hat.

Anlässlich einer solchen Gelegenheit könnte vielleicht auch etwas Klarheit in die Vorgänge um die von der Ökobank abgespaltene OekoGeno eG gebracht werden (Artikel »Wie Phönix aus der Asche«).

Wie können Sie nur so dürftig oder schlecht recherchieren. Wir müssen ja daraus schließen, dass die anderen Artikel in Ihrer Zeitschrift ebenso viele Un- oder Halbwahrheiten und falsche Schlussfolgerungen enthalten, eben auch schlecht recherchiert sind oder aber mit einer Intention der Verunglimpfung von Ihnen aufgenommen wurden. Beides kann sich eine seriöse Zeitschrift, auch wenn sie sich durchaus fortschrittlich gibt, eigentlich nicht leisten.

Im übrigen haben wir CONTRASTE abonniert, weil für uns Bürgerinitiative, Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Zivilgesellschaft zentrale Themen unserer Bankarbeit sind, wie Sie unschwer unseren Kreditvergaben entnehmen können.

Gerne erwarte ich Ihre Reaktion.

Mit freundlichen Grüßen
GLS Gemeinschaftsbank eG
Gerhard Waterstradt, Vorstand

Betr. Leserbrief GLS-Bank

Sehr geehrter Herr Waterstradt,

natürlich haben wir erwartet und auch gehofft, dass es Reaktionen auf unseren Schwerpunkt in der Monatszeitschift CONTRASTE gibt. Insofern freuen wir uns auch über Ihren Leserbrief.

Ihre Reaktion ist auch erfreulicherweise moderat und versuchsweise sachlich. Ich nehme durchaus zur Kenntnis, daß Ihre Mitglieder dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung entsprechen, was auch immer dies aussagen soll. Unsere Kritik richtet sich auch nicht an die Durchschnitt- oder Unterschiedlichkeit dieser, sondern an die sie prägende Weltanschauung des Dr. Rudof Steiner. Da letzterer jedoch in vieler Hinsicht unhaltbare Bewußtseinsanstöße in die Welt gesetzt hat, ist es unser Anliegen hierfür auch in einer Zeitschrift für Selbstorganisation den kritischen Blick zu schärfen. Was Ihr Hinweis auf eine »Zersetzungskraft« angeht, so möchte ich klarstellen, dass von mir angemerkt wurde, daß die anthroposophische Bewegung, und dazu gehört auch Ihre Bank, eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaften verunmöglicht.. Sie setzen auf Evolution, einige von uns auf Revolution – und das ist nun mal was anderes.

Was nun die Oeko Geno eG angeht, so kann ich Ihren Vorwurf nicht entkräften, da Sie im Leserbrief auch nicht deutlich machen, wo sie welche Halb- oder Unwahrheiten feststellen. Ebenfalls wäre es für uns hilfreich, wenn Sie schreiben könnten wo Sie die schlechte Recherche festmachen.

Ihr Schlußsatz ist nur zu begrüßen und wir hoffen, daß Sie unsere Kritik, die ja in allen Punkten belegbar ist, aushalten können. Allerdings halten zumindest einige RedakteurInnen Beiträge, die über die Beschäftigung mit selbstorganistionszentrierten Themen hinausgehen, für wichtig und notwendig. Denken Sie doch bitte einmal darüber nach, wie denn Selbstbestimmung (eine Vorbedingung für Selbstorganisation, und Bürgerinitiative) möglich sein soll, wenn die Menschen schlecht informiert sind. Insofern ist die neue Bandbreite der CONTRASTE durchaus auch in Ihrem Sinne.

Mit freundlichen Grüßen,
Gerhard Kern

Betr. Leserbrief GLS-Bank

Sehr geehrter Herr Waterstradt,

vielen Dank für Ihre Stellungnahme. Dass es zu bestimmten Themen in CONTRASTE immer auch Gegenpositionen gibt, ist uns bewusst. Bei der Bandbreite von Projekten, Initiativen und selbstorganisierten Bewegungen lässt es sich nicht vermeiden, dass kritische Anmerkungen, wie am Beispiel Anthroposophie, bzw. der dieser zugrunde liegenden Weltanschauung Dr. Rudolf Steiners, gemacht werden. Das Projekte, in diesem Fall ein sozialpädagogisches Projekt, Themen in CONTRASTE aufgreifen, ist gewollt und diese sollen zu einer lebendigen Debatte führen.

Auf unserer Seite 2 ist normalerweise auch ein Hinweis auf unsere redaktionelle Praxis abgedruckt, der aus Platzgründen in den letzten beiden Ausgaben nicht zu finden war. Zitat: »Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Beiträge nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionsforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht.« Das unterscheidet CONTRASTE von vielen anderen Medien.

Problematisch wird es bei Beiträgen wie dem Artikel »Wie Phönix aus der Asche«, die vom Projekt (in diesem Fall die Oekogeno eG) selbst verfasst werden. Dass ein solcher Beitrag ein schiefes Bild ergibt, ist gar nicht zu vermeiden. Recherche findet in solch einem Fall nicht statt und kann auch den ehrenamtlich und ohne Mittel arbeitenden Redaktionen nicht zugemutet werden. Die jetzt einsetzende Debatte um die Oekogeno (siehe Leserbrief auf dieser Seite) ist gewünscht, und wird hoffentlich zu weiteren Stellungnahmen und möglicherweise einer kritischen Begleitung der Nachfolgerin der Ökobank führen. Dass es CONTRASTE verunmöglicht war, die Ökobank nach ihrer Gründung zu kritisch zu begleiten, ist mittlerweile Geschichte...

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Poschen

Betreff: Abokündigung

Hiermit kündige ich mein Contraste-Abo.

Als »Zeitung für Selbstorganisation« befasst sie sich schon seit langen mit Themen, die damit nun wirklich nichts zu tun haben. Was. z.B. hat das Schwerpunkthema »Krieg der Sterne« mit Selbstorganisation zu tun? Der Gipfel versuchter Leserverblödung stellt aber der Artikel von Roman Schweidlenka »Die neue Dynamik im ESO-Bereich« dar. Journalistisch ist so etwas unterstes Niveau und bietet Desinformation der übelsten Sorte.

Im einzelnen:
»Die Hippies« werden pauschal als Träger von Spiritualität etc. bezeichnet. Offensichtlich hat R.S. sich mit der sehr heterogenen Hippie-Bewegung bestenfalls oberflächlich beschäftigt. Für einen Historiker ein intellektuelles Armutszeugnis.

»Die achtziger Jahre brachten sodann bis ca. 1992 die Ära des New Age« schreibt R.S. Nun, er beschreibt nirgendwo, was er eigentlich darunter versteht. Und so bleibt es auch sein Geheimnis, warum das nichtbeschriebene 1992 geendet haben soll.

»50% der Bevölkerung sind für esoterische Themen ansprechbar«. Beleg? Quelle? Nichts dergleichen. Was »esoterische Themen« sind, wer und wie gefragt wurde, wird nicht genannt.

»Sogenannten Sekten« und »Strömungen des esoterischen Bereiches« saft R.S. antidemokratische, rechtsextreme und rassisitische Tendenzen nach. Wem genau? Welcher Art sind diese Tendenzen?

»Esoterik wurde zur Selbstverständlichkeit...« schreibt R.S. Für wen? Interessanterweise hat er immer noch nicht erklärt, was er unter Esoterik versteht.

»Menschen in der Kernszene können oft als Alternative, Verzweifelte und SinnsucherInnen angesehen werden.« Interessant, wen R.S. da so alles zusammenfaßt.

»Esoterische Lehren und Methoden erobern den zukunftsträchtigen Wellness-Bereich. Zwischen seriösen Angeboten (Yoga, Qi Gong etc.) wird fast nicht differenziert.« Nun wird es interessant. In der Mitte seines Artikels versucht R.S. endlich eine Erläuterung, wovon selbiger handeln soll. Wird auch langsam Zeit. Doch warum betrachtet er gerade Yoga und Qi Gong als seriös? Was sind die Wertmaßstäbe? Und – was ist etc.?

»Wir erleben das Anfang vom Ende der Beratungsmonopole mit etabliert-kirchlichem und links-materialistischen Hintergrund« schreibt R.S. Naja, vielleicht besteht ja noch Hoffnung für den Akkusativ.

Interessant, ist wieder was R.S, hier zusammenfaßt. Kirche? Sind das nicht die, die in 2.000jähiger Geschichte Millionen von Menschen umgebracht haben?

Fazit: Der gesamte Artikel ist in höchstem Maß journalistisch unseriös, man nennt so etwas Schmierenjournalismus. Es ist schade um das dafür verschwendete Papier. Unseriös ist es von Seiten der CONTRASTE-Redaktion, einen solchen Unfug zu publizieren. Es ist eine Veruntreuung von Abo-Geldern.

Die Alternativ- und Selbstverwaltungsszene hat schon mal bessere Zeiten gesehen. Es sind Leute Ihrer Sorte, die am Niedergang derselben kräftig mitgewirkt haben.

Bitte bestätigen Sie meine Kündigung.

Heinz Hilten, Oberhausen

Betr.: Nr. 231 »Der Krieg der Sterne«

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kündige die Zeitschrift CONTRASTE zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Nr. 12/2003 mit der einseitigen Kritik über die Waldorfschulen und -pädagogik hat mir den Rest gegeben. Es wirkt auf mich so, dass reformpädagogische Themen grundsätzlich verrissen werden. Die Grundlinie ist das »Autonome« von vor 20 Jahren. Mich interessiert mehr das, was WECHSELWIRKUNGEN war und sind: speziell zwischen Ökonomie und anderen Bereichen wie Pädagogik, Psychologie und auch Spiritualität.

Ich wünsche großen Erfolg für den Spendenaufruf
Christian Peters, Berlin

Antwort: Leserbrief Heinz Hilten

FRUSTABBAU

Da dürfte ich tatsächlich jemandem auf die Füsse getreten sein. Eine derartige Symphonie von Schimpfwörtern – »unseriös«, »Leserverblödung«, »Desinformation« etc. – wird immer dann angewendet, wenn man tatsächlich nichts Essentielles zu sagen hat, dafür aber demagogisch mal so richtig reindreschen will. In einer kurzgefassten, umfassenden Analyse, als die der Beitrag gekennzeichnet war, kann man nicht ins Detail gehen, kann man nicht mit der Definition von Begriffen beginnen, die meist bereits Allgemeingut sind. Das würde schon ein kleineres Buch benötigen.

Warum die Hippies im Gegensatz zur damaligen Linken nicht die Träger der sog. neuen Spiritualität gewesen sein sollen ist mir unklar. Dass die achtziger Jahre vom New Age geprägt waren, das in den Neunzigern in der allgemeinen Esoterikwelle aufging, ist eine Tatsache.

Bedenklich ist es, wenn indirekt die rechtsextremen Strömungen in der Esoterik angezweifelt werden, über die es inzwischen nicht nur eine umfassende Literatur gibt, sondern die auch in der CONTRASTE behandelt wur-

Fortsetzung auf Seite 15

INNOVA ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT

Herausgezogen am eigenen Schopf

– Sächsische Arbeitslose gründen zwei Genossenschaften

Jahrelang waren sie vergeblich auf der Suche nach einem Job mit Perspektive oder hielten sich dürftig mit Arbeitslosenhilfe und befristeten ABM-Stellen über Wasser. Weil die Hoffnungen auf blühende Landschaften dahin sind, haben viele ihrer Region gezwungenermaßen den Rücken kehren müssen. Und als wären die katastrophalen Beschäftigungsaussichten nicht schon belastend genug, wurde die Bevölkerung im südlichen Sachsen auch noch von einer Jahrhundert-Überschwemmung getroffen. Trotz allem haben nun Langzeitarbeitslose aus Leipzig und Grimma die Initiative selbst ergriffen: Zwei Selbsthilfegenossenschaften für Haus- und Bauservice und für Tourismusentwicklung sind das Ergebnis.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Dies ist eine »entscheidende Etappe auf dem Weg zum selbstbestimmten Arbeitsplatz«, erklärten die frischgebackenen Genossenschaftler nach Unterzeichnung der Verträge. Doch fange »die Arbeit mit der Umsetzung der hochgesteckten Firmenziele jetzt erst richtig an«. Die Leipziger *»HBS Haus- und Bauservice eG«* betreut bereits erste Aufträge in der Stadt- und Altbausanierung. Standort und Unternehmenszweck versprechen langfristige Arbeitsperspektiven, deren wirtschaftliche Umsetzbarkeit im Vorfeld der Unternehmensgründung durch die Projektgruppe eingehend geprüft worden war. Neben dem Erwerb von genossenschaftlichem Organisations-Know-how lag darin einer der wichtigsten Schwerpunkte ihrer Gründungsvorbereitungen.

Dagegen können die acht Genossenschaftler der *»MTS Muldental Tourismus & Service eG«* im nahe gelegenen Grimma, vor Jahresfrist einer der am meisten betroffenen Orte der Flutkatastrophe, noch die Zeit bis zum Saisonbeginn im Frühling nutzen, um den Aufbau ihres regionalen Tourismuskonzeptes voranzutreiben. Bis Ostern soll hier eine touristische Infrastruktur entstehen, die auf Kurzurlaube ebenso wie auf langfristige Aufenthalte angelegt ist, den Besucher informiert, attraktive Erholungsziele erschließt sowie Ausflüge und Tagesfahrten koordiniert. Im Gespräch ist auch ein eigenes Busunternehmen.

Intensive Vorbereitung

Doch von der Idee zum genossenschaftlichen Gründungsakt war es ein weiter Weg. Vor rund anderthalb Jahren begann der *»Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens«* (SäVGeno) unter Arbeitslosen in besonders strukturschwachen Regionen für die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften zu werben. Gleichzeitig mussten die Verantwortlichen der zuständigen Arbeitsämter von der Förderung entsprechender Schulungsmaßnahmen überzeugt werden. Ein schwieriger Prozess, erinnert sich Projektleiter Dr. Holland-Mertens von SäVGeno. Dies war Neuland für alle Beteiligten, denn eine Schulungsförderung dieser Art gab es in Deutschland bislang noch nicht. Das Experiment gelang. Aus einer Reihe hoch motivierter Interessenten, in der Mehrzahl Frauen, wurden Anfang 2003 zwei Projektgruppen gebildet, die mit acht- bis neunmonatigen-Bildungsmaßnahmen auf die Genossenschaftsgründung vorbereitet wurden.

Finanziert vom Arbeitsamt und in Kooperation mit geeigneten Bildungsträgern vor Ort, übernahm SäVGeno die Trägerschaft für die zwei Projekte mit zusammen 31 TeilnehmerInnen. Kernpunkte der Qualifizierung bildeten Themen wie die speziellen Anforderungen, Chancen, aber auch Risiken der Tätigkeit und der Mitgliedschaft in Genossenschaftsunternehmen. Eine weitere Hauptaufgabe der Projektgruppen bestand im Ausloten des regionalen Dienstleistungsmarktes nach möglichen Betätigungsfeldern mit langfristigen Zukunftsperspektiven: unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung selbsttragender genossenschaftlicher Unternehmenskonzepte. Auch gruppendynamische Aspekte wie die Teambildung, Teamkonflikte bis hin zur Trennung und Neufindung waren wichtige Bestandteile des Entstehungsprozesses.

Wichtige Unterstützungsstruktur

Für jeden einzelnen Teilnehmer stand dabei die existenzielle Frage im Vordergrund, ob er in der Lage sei – gemeinschaftlich mit anderen – ein tragfähiges Arbeitsfeld aufzubauen und zu erhalten. Das war eine Herausforderung, der sich nicht alle Teilnehmer gewachsen fühlten. Einige gaben auf. Erst als es gelang, die Stärken und Kompetenzen jedes Einzelnen in der Gruppe herauszuarbeiten und für alle transparent und nutzbar zu machen, bewegten sich Personen und Geschäftsfelder aufeinander zu. Aus dem Ich-Gefühl des individuellen Gründungsinteressierten hatte sich letztlich das notwendige Wir-Gefühl der Genossenschaftsgründer entwickelt. Am Ende aller Mühe standen im Spätherbst 2003 die ersten erfolgreichen Neugründungen zweier Selbsthilfegenossenschaften.

Der maßgeblich am Gelingen der Projekte beteiligte *»Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens«* kann sich dabei auf eine deutschlandweit agierende Gruppe von Förderinitiativen unter dem Dach der *»innova Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften«* mit Sitz in Leipzig stützen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, arbeitslosen Männern und Frauen mit dem Aufbau von gemeinwesenorientierten Selbsthilfegenossenschaften langfristige Arbeitsperspektiven durch qualifizierte Schulungen zu ermöglichen. Unterstützung erhält sie dabei durch das Equal-Programm der Europäischen Union.

Weitere Aktivitäten

Wie in Leipzig und Grimma bereits geschehen, werden gegenwärtig noch in zwei anderen Projekten die in unterschiedlichsten Berufen spezialisierten Arbeitssuchenden auf eine Genossenschaftsgründung vorbereitet. Zusätzliche Projekte sind in Planung. Ebenso unterstützt *innova* bereits bestehende Beschäftigungsinitiativen: Durch genossenschaftliche Ausgründungen sollen die Perspektiven der dort Arbeitenden verbessert und längerfristige Unternehmensperspektiven aufgebaut werden. ●

Kontakt:
innova eG, Dr. Burghard Flieger, Konstantinstr. 12,
D-04315 Leipzig, Tel: (03 41) 681 09 85, Fax: 681 17 86
Email: info@innova-eg.de
Internet: www.innova-eg.de

GRÜNDUNGSHINDERNISSE

Draußen vor der Tür

– faktischer Förderausschluss genossenschaftlicher Unternehmensgründungen

Kaum thematisiert, als Alternative diskriminiert oder schlichtweg übersehen – genossenschaftliche Neugründungen zur Schaffung langfristiger Arbeitsperspektiven sind in der aktuellen Arbeits- und Wirtschaftspolitik nicht vorgesehen. Dabei stellt gerade diese Unternehmensform im Gegensatz zur Ich-AG besonders für Langzeitarbeitslose eine geeignete Zukunftsoption dar. Bietet doch die Form der Gruppenselbsthilfe die Chance, die unterschiedlichen Stärken der verschiedenen Personen so zu bündeln, dass die zahlreichen Unzulänglichkeiten von Einzelunternehmertum und Ich-AG-Gründungen umgangen werden könnten.

Burghard Flieger, Sonja Menzel, Hans-Gerd Nottenbohm, Redaktion Genossenschaften ● Genossenschaftsgründern aus der Arbeitslosigkeit bleiben die Fördertöpfe weitgehend verschlossen. So bezieht sich die derzeit im Sozialgesetzbuch III (SGB) verankerte Unterstützung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik auf selbstständige Arbeitgeber. Da dieser bei der Genossenschaft nicht vorkommt, sind Genossenschaften beispielsweise von folgenden Förderungen ausgeschlossen:

- der §§ 225 ff (Eingliederungszuschüsse für neu gegründete Unternehmen),
- 57ff (Überbrückungsgeld) und
- 421l (Ich-AG).

Einbindung ins SGB

Zu umgehen wäre dies zumindest beim Überbrückungsgeld und bei der Ich-AG, wenn die Mitglieder sich vorher selbständig machten und erst im zweiten Schritt einen Gemeinschaftsbetrieb in Form einer Genossenschaft gründeten. Das ist zwar ein sinnvoller Weg zur mittel- und langfristigen Stabilisierung der Selbständigen, schlösse aber die Mitglieder von neu gegründeten Genossenschaften und damit von Primärgenossenschaften, in denen die Beschäftigten ihr eigener Arbeitgeber sind, weiterhin von der Förderung aus.

Um dies zu ändern und Genossenschaften in das SGB III (Sozialgesetzbuch) einzubinden, wären dort folgende Ergänzungen notwendig:

1. in § 1 Absatz 2 einen Punkt 6 »zur Selbsthilfe auch in genossenschaftlicher Form beitragen« einzufügen.
2. alle vorhandenen Regelungen zu Gunsten von Unternehmen nicht allein auf die sozialversicherungsrechtliche Selbstständigkeit zu beziehen, sondern diese explizit auf Arbeitnehmer auszudehnen, die Mitglieder eines Gemeinschaftsbetriebes in genossenschaftlicher Organisationsform sind.
3. eine Einfügung in § 260, dass Genossenschaften (die genossenschaftliche Selbsthilfe) Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein können.

KFW-Politik ändern

Auch in der Wirtschaftspolitik sitzt die Genossenschaft als Personenvereinigung mit beschränkter Haftung zwischen den Stühlen. Entsprechend wird sie auch nicht in den KfW-Finanzierungsangeboten berücksichtigt. So lehnen Mitarbeiter der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) die Finanzierungshilfen für Genossenschaftsgründungen mit dem Hinweis ab, diese seien aus den Programmen der Mittelstandsbank ausgeschlossen, da nach Ansicht der KfW bei Genossenschaften die eigenständige Gewinnerzielungsabsicht fehle.

Auch eine personenorientierte Existenzgründungsförderung für die Gründungsmitglieder einer Produktivgenossenschaft (Identität von Mitgliedern und Arbeitnehmern) ist faktisch unmöglich. Diese »genossenschaftsspezifische Förder-Sperre« entsteht nur deshalb, weil im Rahmen aller Förderprogramme der KfW-Mittelstandsbank den Genossenschaftsgliedern eine Mitunternehmerschaft abgesprochen wird. Die für die Förderung zentrale Voraussetzung gilt somit per se als nicht erfüllt. Dabei wird bei Vorstandsmitgliedern eingetragener Genossenschaften übersehen, dass der Vorstand ausdrücklich nach dem Genossenschaftsgesetz die Genossenschaft »in eigener Verantwortung« leitet.

Ideen fürs Microlending

Die Ablehnungshaltung gilt für alle KfW-Finanzierungsangebote einschließlich Startgeld und dem Mikro-Darlehen. Damit verfehlt der von der KfW verfolgte Ansatz eines Microlendings seine Wirkungen gerade für gemeinschaftliche Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit. Ein möglicher Ausweg aus der selbst gestellten Förderfalle könnte darin bestehen, potentiellen Genossenschaftsgründern eine zehnprozentige Eigenkapitalbeteiligung – analog dem Verfahren bei GmbH-Gesellschaftern – als Voraussetzung für eine Antragsgenehmigung aufzuerlegen. Dies könnte für potentielle Antragsteller aus Genossenschaften ein hilfreiches Signal sein.

Sinnvoller wäre allerdings, dem Unternehmen direkt und damit der Genossenschaft als Organisation den Kredit zu gewähren. Der Schlüssel für die Höhe des zur Verfügung gestellten Mikrokredits könnte sich dann nach der Zahl der eingestellten Gründungsmitglieder der Genossenschaft richten. Ein solcher Kredit wäre damit als Summierung der Beträge zu verstehen, die bei der Umsetzung von Microlending-Konzepten für Einzelgründungen zur Verfügung steht. Er müsste zudem mit den entsprechenden Begleitungen und Betreuungen versehen werden. ●

LITERATURBESPRECHUNG: EIN WEG ZU MEHR BESCHÄFTIGUNG

Genossenschaftsgründungen

Genossenschaften werden gegenwärtig als Organisationsansatz für die Bewältigung von Arbeitslosigkeit hoch gehandelt. Entsprechend finden immer wieder interessante Veranstaltungen zum Thema statt. Dazu gehört auch eine Tagung, die Anfang 2003 in Berlin durchgeführt wurde. Die aktuell dazu erschienene Dokumentation gibt einen guten Einblick in die zahlreichen Facetten, die durch die Vorträge beleuchtet wurden. Zu betonen ist, dass es sich wirklich um eine Dokumentation handelt. D.h., die verschiedenen Beiträge sind so abgedruckt, wie sie von den Referentinnen und Referenten zur Verfügung gestellt wurden.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Susanne Ahlers, Staatssekretärin für Arbeit und Frauen in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, führt in das Thema ein mit dem Titel »Stadtteil- und Produktivgenossenschaften – ein Weg zu mehr Beschäftigung in Berlin«. Sie sieht in der Förderung von genossenschaftlichen Existenzgründungen einen innovativen und kreativen Weg. Dieser kann zur Belebung des Arbeitsmarktes beitragen, benötigt aber dafür ein günstiges politisches Umfeld und den passenden rechtlichen Rahmen. Vergleichsweise grundlegender sind die Ausführungen von Prof. Dr. Eberhard Dülfer aus Marburg, der das Genossenschaftswesen in Deutschland und der Europäischen Union mit seinen vielfältigen Ansätzen fachkundig skizziert. Er sieht zahlreiche Probleme produktivgenossenschaftlicher Betriebe aus der Theorie durch die gegenwärtige Praxis heutiger Neugründungen bestätigt.

In ihrem Vortrag über »Kooperative Ansätze zur Regionalentwicklung: Existenzgründung und Existenzsicherung durch Genossenschaften« geht Dr. Delal Atmaca, Berlin, u.a. auf die Ursachen für die geringe Zahl der Neugründungen ein. Sie sieht vor allem Informationsdefizite sowie fehlende Veröffentlichungen und Beratungen als Gründe. In ihrem Plädoyer für die Genossenschaft erläutert sie intensiv deren Möglichkeiten wie Vermeidung von Doppelaktivitäten, Bewältigung höherer Anforderungen durch gemeinsames Handeln oder Risikovermindung durch Verteilung der Lasten auf viele Schulter. Dr. Andreas Eisen vom Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V. mit Sitz in Hannover äußert sich skeptisch gegenüber der Unterbringung von Langzeitarbeitslosen in genossenschaftlichen Existenzgründungen. Sein Resümee: Die Genossenschaft kann ein gutes »Rechtskleid« für geförderte Unternehmen sein, wo Arbeitslose Platz finden, doch die Rechtsform eG schafft und sichert noch keine Arbeitsplätze.

Theorie und Praxis

Schon diese kurzen Einblicke in die verschiedenen Beiträge zeigen, wie vielfältig die Sichtweisen und Erfahrungen sind. Dies unterstreichen auch die geschilderten Praxisbeispiele. Willy Achter schildert den mühsamen Weg zur Marktfähigkeit am Beispiel der Stadtteilgenossenschaft Wedding in Berlin. Nach einer Krise, in der die Integration von Langzeitarbeitslosen an die Grenzen des Machbaren stieß, beschränkt sich die Genossenschaft vor allem auf die Konsolidierung des angeschlossenen Handwerksbetriebs. Dagegen scheint sich die Hausgemacht eG in München, dargestellt durch die Vorstandsvorsitzende Marion Schöne, erfolgreich zu entwickeln. Probleme, genügend Eigenkapital aufzubringen, bestehen allerdings trotzdem. Festhalten lässt sich auf jeden Fall: Für eine schnellen Überblick in die Thematik Beschäftigungsproblematik und Genossenschaften ist die Tagungsdokumentation ein guter Einstieg. ●

Genossenschaftsgründungen – ein Weg zu mehr Beschäftigung, Dokumentation des Werkstattgesprächs »Genossenschaften – Unternehmen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik« vom 3. April 03. Arbeitsmarktpolitische Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 61, ISBN 3-937033-08-4, Berlin 03, EUR 12,00

Im Dunkeln sind alle Katzen grau
(UND WO LICHT IST SIND SIE SCHWARZ)
DA
DIREKTE AKTION
Anarchsyndikalistische Zeitung
Straßburgerstr. 38
10405 Berlin
da-abo@fau.org
6 Ausgaben 9 Euro

Anarchismus & Revolution

»In jeder Tasche eine Bombe, angefüllt mit Dynamit, den Mordstahl in der einen, die Brandfackel in der anderen Hand – so stellt sich ein Gegner des Anarchismus in der Regel einen Anarchisten vor. Er erblickt in ihm einen Menschen, der halb Narr, halb Verbrecher, nichts weiter im Sinn hat, als die Ermordung eines jeden, der nicht seiner Meinung ist, und dessen allgemeines Ziel das Wirrwarr, das Chaos ist.« Was Most Ende des 19. Jahrhunderts beklagt, trifft eine Jahrhundertwende später immer noch zu. Wo auch immer Gewalt und Entsetzen herrscht, da ist von »Anarchie und Chaos« die Rede. Auch der Begriff »Revolution« findet geradezu inflationären Gebrauch: Sex, Waschmittel, Rasierapparate, Autos – überall finden anscheinend pausenlos Revolutionen statt. Nur, was sich eigentlich damit hinter verbirgt, weiss niemand so genau. Ordnung in die Begriffsverwirrung bringt Mona Grosche mit ihrem Buch »Anarchie und Revolution«. Neben einem knappen Überblick über die Geschichte der anarchistischen Bewegung erläutert sie darin anschaulich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen theoretischen Ansätze des »klassischen« Anarchismus.

Fernab von alten Bombenlegerklischees präsentiert sich eine eigenständige, selbstbewusste Theorie, die auch heute noch eine Menge Anregungen zum politischen Handeln zu bieten hat – jenseits von Stellvertreterpolitik und leeren Wahlversprechen.●

diego

Monika Grosche: Anarchismus und Revolution – Zum Verständnis gesellschaftlicher Umgestaltung bei den anarchistischen Klassikern Proudhon, Bakunin, Kropotkin. 2003, ISBN 3-00-011749-0

Ungezähmte Zukunft

Belege dafür, dass die Zukunftsforschung (ZF) das vor uns Liegende nicht (bis in alle Einzelheiten) vorherzusagen vermag, gibt es viele. Macht es dennoch Sinn, das Unwahrscheinliche, das Ungeheuerliche, das Undenkbare gar in den Blick nehmen?

Angela und Karlheinz Steinmüller, renommierte SF-Autoren und ZF-Experten, geben mit diesem Band eine in jeder Hinsicht überzeugende Antwort, indem sie sich in Theorie und Praxis der Bedeutung von »Wild Cards« widmen. Diese bezeichnen in der Terminologie der ZF »Katastrophen, Trendbrüche und andere Unwägbarkeiten«. Darüber hinaus werden sie als »ereignishafte Diskontinuitäten«, als »wenig wahrscheinlich«, jedoch als »von weitreichender Wirkung«, als »Überraschung«, mit einem Wort als »Zukunftsbeben« charakterisiert. Ausgehend von den (hypothetischen) Lebenszyklen von Störereignissen, dem »empfohlenen Umgang« mit ihnen sowie »Ansätzen einer Systematik« derselben machen sich die Autoren auch Gedanken zu einer »Alternativgeschichte« der Zukunft, frei nach dem Motto »Was wäre gewesen, wenn ...«.

»Wild Cards«, so heißt es zu Ende des einleitenden Theorieteils, fungieren als »Augenöffner«, tragen dazu bei, »Zusammenhänge zu analysieren und Handlungsoptionen zu überdenken« (S. 54). In der Folge, und das macht den spannendsten Teil dieses Bandes aus, werden, den Basistrends »Innovation«, »Wirtschaft und Finanzen«, »Politik«, »Werte, Lebenswelt, Konsum« sowie »Bevölkerung und Umwelt« zugeordnet, insgesamt 55 »Wild Cards« der Zukunft beschrieben. Dieser Katalog von jeweils knapp und spekulativ grundierten Szenarien, die jeweils durch Kommentare ergänzt sind, macht den Hauptteil des Bandes aus. Dass dabei von der Möglichkeit eines Asteroideneinschlages ebenso die Rede ist, wie von einem politischen Kollaps der USA oder der EU mag die Spannweite des (nur bedingt) Undenkbaren exemplarisch andeuten. Dass zum Bereich Bevölkerung etwa ein »Neuer Babyboom« ebenso für möglich befunden wird wie der »Zusammenbruch der Zeugungsfähigkeit« oder das Auftauchen einer »neuen Pest«, entspricht nicht weniger dem Denken mit Wild Cards. Für Zukunftsinteressierte in jeder Hinsicht ein empfehlenswerter Band.●

Walter Spielmann

aus: pro ZUKUNFT 3+4/2003

»Der blinde Fleck in unserer Zukunftssicht hat einen Namen: Wild Cards. Sie sind die Querschläger, die die stabilsten Trends torpedieren und die noch so durchdachten Pläne vom Tisch wischen. Sie lauern hinter dem Rücken der Zukunftsplaner und Zukunftsforscher, sie brechen hervor, wenn kaum jemand an sie denkt – nachher wissen wir es natürlich alle besser. Wild Cards sind Ereigniskarten, die die voranschreitende Zeit wie in einem gigantischen Monopoly-Spiel ab und zu ausspielt. Es kommt darauf, auf sie gefasst zu sein.« (S. 12)

Angela und Karlheinz Steinmüller: Ungezähmte Zukunft. Wild Cards und die Grenzen der Berechenbarkeit. München: Gerling Akademie Verl., 2003., 196 S., 24,90 EUR [D], 25,90 [A] EUR, ISBN 3-932452-53-7

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift *pro ZUKUNFT* vor. Über 200 Titel wurden im vergangenen Jahr analysiert und bewertet. Mit den »Top Ten der Zukunftsliteratur« hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende JBZ-Team »zehn wichtigste Neuerscheinungen« 2003 besonders hervor, die »gesellschaftliche Entwicklungen kritisch reflektieren und neue Zukunftsperspektiven eröffnen«.

Die »Top Ten des Jahres 2003« wurden nach fünf Kriterien ausgewählt: Gesellschaftliche Brisanz (Aktualität, Dringlichkeit), 2. Innovation (neue Ansätze, Originalität) 3. Praxisbezug (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele), 4. Fakten (wichtige Daten) sowie 5. Lesefreundlichkeit (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen). Maximum: 10 Punkte pro Kriterium. Der oben besprochene Titel gehört zu den »Top Ten des Jahres 2003«.

Ausstiegshilfe für »anonyme Autoholiker«

autofrei leben! e.V. möchte Autofahrer aus ihren Blechkäfigen rausholen. Ein Leben nach dem Auto ist möglich - eine neue Broschüre erklärt wie.

Autofrei Leben – geht denn das? Allerdings, meinen die Mitglieder von »autofrei leben! e.V.«, die mit dem Vereinsbeitritt eine Selbstverpflichtung zur Mobilität ohne Auto eingegangen sind. Viele sind früher selbst »Auto« gefahren, haben dann aber den Ausstieg geschafft – manche mit, andere ohne schmerzliche Entzugserscheinungen. Deshalb haben sie auch eine Menge Tipps auf Lager für die Übergangsphase und den Alltag danach.

Auf 28 kompakten Seiten bekommen Interessierte nützliche Adressen, eine Autokosten-Spartabelle, ein Stichwortverzeichnis und die Anleitung zum Ausstieg. Als Gründe für den Umstieg auf eine andere Art der Mobilität werden Zeit- und Spaßgewinn, die eigene Gesundheit, die Umwelt sowie finanzielle Vorteile genannt. Die völlige Abnabelung von der Benzinkutsche schütze vor Rückfälligkeit, ähnlich wie beim Alkoholismus. Wer vor der Schocktherapie des unmittelbaren Beitritts zu »autofrei leben! e.V.« noch zurückschreckt und gegen den eigenen »Autoholismus« anonym ankämpfen möchte, bekommt 3 Empfehlungen: »Eigene Wege finden«, »Hindernisse erkennen und beseitigen« und letztendlich »Fesseln lösen«.

Der Bekanntenkreis reagiere typischerweise mit Verаber auch Bewunderung. »Freizeitautomobilität ohne Automobil« sei wie ein »hypothetisches Fernsehverbot«, »würde geradezu an den Grundfesten unserer Arbeits- und Konsumgesellschaft rütteln«, diagnostizierte einst Prof. Opaschowski vom »Freizeit-Forschungsinstitut«. Genau das wollte das Vereinsmitglied Lothar Galow-Bergemann schon immer. Seitdem er das Auto abgeschafft hat und dadurch mit weniger Geld auskommt, wünscht er seinen Arbeitskollegenimmer zwei Tage früher ein schönes Wochenende.

Die Broschüre ist herunterladbar bei www.autofrei.de oder gegen 2 EUR in Briefmarken an autofrei leben! e.V., Volkmanstr. 6, D-22083 Hamburg, erhältlich.●

diego

30 Jahre AJZ-Bielefeld

»Autonom und selbstverwaltet« lautet der Titel der Dokumentation über die 30-jährige Geschichte des ArbeiterInnen-Jugend-Zentrums in Bielefeld. Ein AutorInnenkollektiv hat sich daran gemacht, auf 436 Seiten die spannende und bewegte Geschichte des selbstverwalteten Jugendzentrums aufzuschreiben. Dokumentiert wird damit auch 30 Jahre Stadtgeschichte über linke antifaschistische Politik und unkommerzielle Kulturarbeit in Bielefeld. Das Buch ist für 10 EUR erhältlich beim AJZ-Verlag, Heeper Str. 132, D-33607 Bielefeld, Tel.: (05 21) 17 72 39, Fax 521 20 43, E-Mail: ajzdruck@t-online.de●

diego

Ökologischer Linsenanbau

Den meisten Menschen in Mitteleuropa sind Linsen als Nahrungsmittel bekannt. Es gibt sie entweder trocken in Päckchen oder vorgekocht in Dosen im Lebensmittel-Handel. Doch wer hat schon einmal eine Linsenpflanze gesehen? Seit 1997 arbeiten der Dreschflegel e.V. und das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität Göttingen in einem gemeinsamen Projekt mit dieser alten und wertvollen Kulturpflanze. Von 1999-2003 wurde die Arbeit dankenswerterweise vom Bundeslandwirtschafts- bzw. Verbraucherschutzministerium gefördert.

Botanisch sind Linsen am engsten mit Wicken, Akker-/Puffbohnen, Erbsen, Platterbsen und Kichererbsen verwandt. Linsen sind eine unserer ältesten Kulturpflanzen; sie waren beim Entstehen der Landwirtschaft vor 10.000 Jahren zusammen mit Erbsen, Gerste und den bespelzten Weizenarten Emmer und Einkorn gegenwärtig.

In einigen, insbesondere asiatischen, Ländern sind Linsen ein Hauptnahrungsmittel. Auch in Deutschland waren sie noch vor hundert Jahren auf geeigneten Böden für die Selbstversorgung – weniger als Handelsware – wichtig. Bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts sank der Anbau fast auf Null: Mit der Änderung der Agrarstrukturen verschwanden Linsen aus der Landschaft. Während früher in Deutschland in der Regel nur ein Linsengericht bereitet wurde – Suppe in Thüringen und Linsen mit Spätzle auf der Schwäbischen Alb – kennen wir heute vielfältige Rezepte, u.a. Indisches Dhal, Linsensalat, gefülltes Gemüse, Linsenaufstrich und Linsen-Gerste-Brot.

Der Anbau der Linse ist eine fachliche Herausforderung: Linsen sind schwachwüchsig – Reinsaat-Bestände werden selten höher als 30 cm – und dementsprechend konkurrenzschwach. Das Ertragsniveau ist nicht hoch, aber Linsen können wie kaum eine andere Kulturpflanze auf (trockenen) Grenzertragsböden angebaut werden, erweitern getreidelastige Fruchtfolgen, sind als hochwertiges Nahrungsmittel beliebt und eignen sich gut für eine Direktvermarktung. Experimente und Erfahrungsaustausch machten deutlich, dass ein traditionelles Anbauverfahren auch heute favorisiert ist: Der Anbau mit Sommergetreide als Stützfrucht mindert das Anbaurisiko bedeutend und schafft gesunde, mit dem Mähdrescher zu erntende Bestände. Eine besonders geeignete und wertvolle Stützfrucht ist die Nacktgerste.

»Durch langjährige Auslese im landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieb erlangen unsere Sorten eine spezielle Eignung für den ökologischen Anbau unter den regionalen Bedingungen!«

Mit dieser These hat Dreschflegel vor bald 15 Jahren seine Arbeit in der regionalen und ökologischen Vermehrung und Züchtung verschiedenster Kulturpflanzen aufgenommen. Um die Möglichkeiten regionaler Anpassung genauer zu betrachten, wurde ein dreijähriges Experiment angelegt: Drei Linsen-Landsorten wurden mit drei Ausleseverfahren auf drei Höfen nachgebaut und abschließend an allen Orten verglichen.

Die angewandten Verfahren der Auslese waren die natürliche Auslese, positive Massenauslese und Nachkommenschaftsauslese. Diese Methoden werden in der ökologischen Züchtungspraxis angewendet und sind in der Saatgutarbeit auf Höfen und in Gärtnereien gängiges Handwerkszeug.

Trotz des für Entwicklungsprozesse kurzen Zeitraums von nur drei Versuchsjahren zeigte sich eine Standortanpassung in tendenziell höheren Erträgen am Ort der Auslese. Auch führten die jeweiligen Boden- und Klimabedingungen teilweise zur Auslese bestimmter Pflanzentypen.

Zu zwei Kernaussagen haben die Versuche geführt:

1. Der Ort der Auslese und Vermehrung hat einen großen Einfluss auf die Sortenentwicklung und sollte den Anbaubedingungen entsprechen. Regionalisierung ist sinnvoll!
2. Die langfristige, verantwortungsvolle und kompetente Betreuung einer Sorte ist von großer Bedeutung.●

Bernd Horneburg und Heiko C. Becker

Bernd Horneburg: Frischer Wind für eine alte Kulturpflanze – Linsen im ökologischen Anbau, ihre Geschichte und Verwendung. Mit Hinweisen zur Sortenpflege und Sortenentwicklung im landwirtschaftlichen Betrieb. 52 S., farbig bebildert. 3 EUR

Dieses Büchlein ist das Resultat von sieben Jahren Beschäftigung mit Linsen und die erste Monografie über sie in deutscher Sprache. Es beschreibt die Kulturgeschichte und die Sortenvielfalt der Linsen und schlägt vielfältige Rezepte vor. Detailliert werden der Anbau sowie Methoden des Samenbaus und der Auslesezüchtung beschrieben. Die geschilderten Methoden sind auf andere Selbstbefruchter übertragbar.

Bernd Horneburg: Standortspezifische Sortenentwicklung – eine Studie mit Landsorten der Linse. Schriften zu Genetischen Ressourcen Band 21. 92 Seiten. 9 EUR

Geschrieben für Menschen mit Interesse an regionaler Züchtung, wird die Entwicklung drei sehr unterschiedlicher Linsensorten bei verschiedenen Auslesemethoden an drei Standorten gezeigt. Die Veränderungen und die Biografien der Sorten werden im Detail beschrieben und mit Beobachtungen aus anderen Experimenten verglichen. Der Anteil der Insekten bei der Bestäubung wird untersucht.

Beide Bände sind erhältlich bei:
Dreschflegel, Postfach 1213, D-37202 Witzenhausen, Tel. (0 55 42) 50 27 44, Fax 50 27 58
E-Mail: dreschflegel@biologische-saaten.de
Web: www.dreschflegel-saatgut.de

WIDERSPRUCH 45

Seit dem Siegeszug der Kommunikationstechnologien gelten Information und Wissen als neue Produktionsfaktoren im Kapitalismus. Der exklusive Zugriff auf Wissen ermöglicht das Abschöpfen hoher Profite, jede Information wird zur Ware. Dagegen markieren die Leitgedanken einer ökologisch und lebensweltlich orientierten Wissens- und Kulturgesellschaft von André Gorz mögliche Alternativen zum totalitären Vorhaben von Wissenschaft und Kapital, zur »posthumanen Zivilisation«. Jörg Becker wirft einen Blick zurück auf Geschichte und Probleme der Informations- und Kommunikationstechnologien im 20. Jahrhundert. Reinhard Kössler würdigt die bahnbrechende Trilogie von Manuel Castells über das »Informationszeitalter«.

Rainer Fischbach entmystifiziert die Phantome der Wissensgesellschaft und der Wissensökonomie, bei allem sich beschleunigenden technischen Fortschritt und aller Effizienzsteigerung – eine Entmaterialisierung der Wirtschaft ist nicht in Sicht, die Arbeit geht nicht aus. Als Medium der Netzwerkgesellschaft ermöglicht das Internet, so Rainer Rilling und Christoph Spehr in ihren Thesen, auch für die Linke neue Formen der Öffentlichkeits- und Mobilisierungspolitik. Ist frei zugängliche Software die Keimform einer freien Gesellschaft? Stefan Meretz erörtert die Potentiale einer neuen Produktionsweise. Wie Beat Ringger ausführt, sind die Erfahrungen der neugegründeten Online-Gewerkschaft //syndikat in der Schweiz ermutigend – das Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit in der IT-Branche wächst.

Vom 10. bis 12. Dezember 2003 fand in Genf der UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft statt. Wolf Ludwig berichtet über Akteure, Verlauf, Themen und Kontroversen der Vorbereitungskonferenzen. Im Dokument »Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft« werden Akzente gegen zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissen und Information gesetzt. Nach Christian Flatz wird die Informations- und Kommunikationstechnologie in Afrika soziale Ungleichheit, Armut und Hunger nicht beseitigen helfen, die postkolonialen Abhängigkeiten hingegen verfestigen. Auch in Lateinamerika, so Uwe Afemann, verstärkt der Interneteinsatz die bereits bestehende Spaltung der unterschiedlichen Gesellschaften sowie die digitale Kluft in der internationalen Informationsordnung.

Die Liberalisierung des globalen Bildungsmarkts, die von wirtschaftlich mächtigen Wohlstandsnationen im Rahmen der GATS-Verhandlungen (WTO) forciert wird, schafft nach Einschätzung von Ingrid Lohmann Bildung als öffentliches Gut ab. Die Analysen und Gutachten über die Auswirkungen des GATS auf das Bildungswesen in der Schweiz resümiert Ruedi Tobler, Jeannine Silja Volken geht es um die Krisen der Bildungsinstitutionen und der beruflichen Qualifikation, um die neuen Armutsrisiken der Ausbildungssysteme. Giorgio Pardini und Walter Schöni skizzieren generelle Trends der Dienstleistungsökonomie, berichten über Arbeitsbedingungen in Call Centers und ziehen arbeits- und gewerkschaftliche Schlussfolgerungen.

Im Diskussionsteil interveniert Michael R. Krätke in die SPD-Debatte um soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sozialstaat. Alex Demirovic erschließt in seiner Abhandlung über Freiheit und Menschheit bei Theodor W. Adorno neue Aspekte der kritischen Gesellschaftstheorie. Zum Abschluss der zehnbändigen Ausgabe der »Gefängnishefte« von Antonio Gramsci bilanziert Ruedi Graf die Editionsarbeit und aktualisiert einige Theoreme dieses Werkes.

Marginalien und Rezensionen sowie die Zeitschriftenschau schließen das Heft ab.●

diego

WIDERSPRUCH 45: Wissen, Bildung, Informationstechnologie, 216 Seiten, 16 EUR, 25 Fr
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich, Tel./Fax 0041-1-273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

NOlympia-Reader

FATAL ERROR – THE GAME IS OVER. Unter diesem Motto arbeitet das AOK -Leipzig. Spätestens seit dem 12. April 2003, als Leipzig den nationalen Ausscheid um die Austragung der olympischen Spiele 2012 gewann, musste sich auch die Leipziger Szene dieser Realität stellen. Doch die Resonanz selbst innerhalb der Linken war sehr verhalten, teils ging es um wahrscheinlich nicht unbegründete Angst vor Repressionen (v.a. bei Projekten), teils standen andere Themen im Vordergrund. Das AOK_L setzte sich deshalb zunächst als Ziel, v.a. die Linke durch inhaltliche Arbeit für dieses Thema zu sensibilisieren. In diesem Rahmen entstand der Reader mit verschiedenen Schwerpunktthemen, der nun vorliegt. Der Reader ist eine Gemeinschaftsarbeit von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen und dem AOK.●

Diego

Der NOlympia-READER kann über den Infoladen Leipzig, Koburger Str. 3, D-04277 Leipzig oder beim AOK-L über aok-leipzig@gmx.net bestellt werden. Der Reader kostet 1 Euro/Stück, plus Porto.
Der Reader steht als Text unter
www.nein-zu-olympia.de zur Verfügung.

DAS grüne BRANCHENBUCH NRW

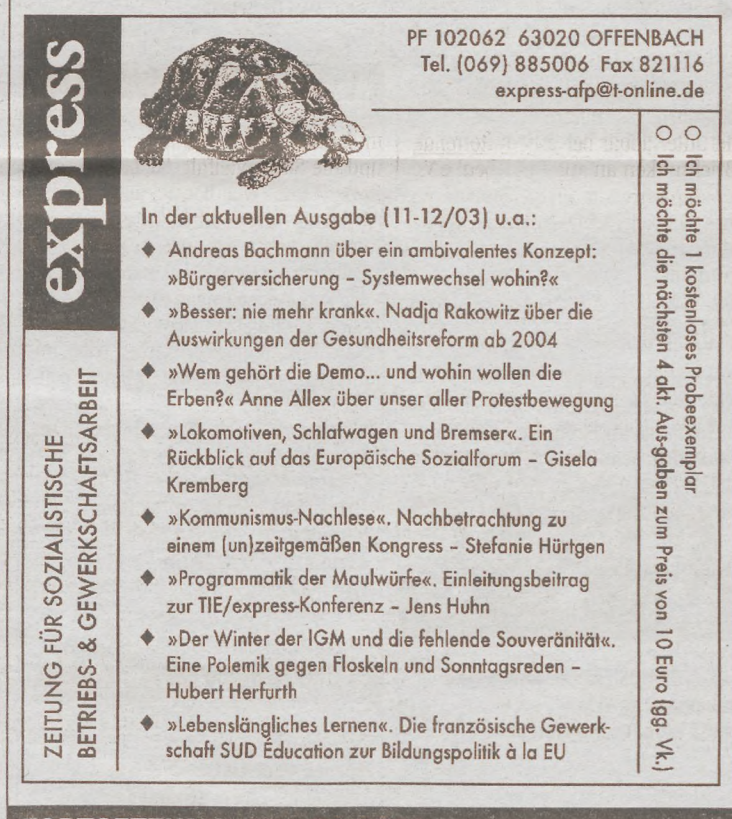
Der beliebte Einkaufsführer und Ratgeber DAS grüne BRANCHENBUCH ist bereits seit vielen Jahren eine wichtige Orientierungshilfe für umweltbewussten Einkauf und gesundes Leben in Nordrhein-Westfalen. In der nun vorliegenden Neuausgabe sind wieder über 5.000 Einkaufs- und Dienstleistungs-Adressen zusammengestellt – für einen nachhaltigen und genußvollen Lebensstil.

Alle aufgenommenen Anbieter sind auf gesundheitliche Unbedenklichkeit und die Umweltverträglichkeit ihres Angebots hin geprüft worden. Auf 160 Seiten findet man nicht nur die klassischen Anbieter aus den Bereichen Ernährung, Kosmetik und Textilien, sondern die ganze Palette des ökologischen Wirtschaftens von A wie Abfallberatung bis Z wie Zimmereien. Zusätzlich sind zahlreiche Hinweise, Tipps und Adressen enthalten, die helfen, das Leben gesünder und umweltgerechter zu gestalten.

»Mit dem grünen BRANCHENBUCH wollen wir den VerbraucherInnen Orientierung im gewachsenen Markt der ökologischen Produkte und Dienstleistungen ermöglichen. Dafür finden unsere Leserinnen und Leser Adressen und ein breites Spektrum an nützlichen und interessanten Hintergrundinformationen zu Umwelt und Gesundheit«, so Verlagsleiter Uwe Stiefvater-Hermann zu den Zielen des grünen Branchenbuches.●

Diego

DAS grüne BRANCHENBUCH Nordrhein-Westfalen, 160 S., 3 EUR, ISBN 3-932309-17-0.
Erhältlich in Naturkostläden, Reformhäusern, Verbraucherzentralen, Buchhandlungen und vielen weiteren Fachgeschäften.



KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Abonnieren Sie und sichern sich eine unserer Prämien!

Peter Hacks: Die Gedichte
Edition Nautilus, geb. mit Schutzumschlag, 492 Seiten

Grimmer, Opitz, Irmler, Schwanitz (Hg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS
edition ost, 1284 Seiten

LEGENDE

Ronald M. Schernikau: Legende
ddp Goldenbogen, Neuauflage 2003, 848 Seiten

Jahresabo (=sechs Ausgaben) der Marxistischen Blätter

Die Tageszeitung
junge Welt
... täglich am Kiosk

Probeabo
Ja, ich will die junge Welt für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die junge Welt danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die junge Welt weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 25.80 Euro,
O Soliabo: 33,00 Euro,
O Sozialabo: 18,40 Euro.
Ich bezahle mein Abo O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.

Dafür wähle ich folgende Prämie:
O Hacks: Die Gedichte
O Versch. Autoren: Die Sicherheit
O Schernikau: Legende
O Jahresabo Marxistische Blätter

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Kinschewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27283 Verden,** Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuetner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Selbstorganisation im Alltag,** 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

FORTSETZUNG VON SEITE 12

den. Was die Differenzierung von Spiritualität betrifft, halte ich es mit Erich Fromm, der zwischen einer humanitären, demokratiekompatiblen Spiritualität und einer autoritären unterschied, die vortrefflich zu Diktaturen, z.B. zum (Neo)Faschismus, passt.

Dass die Kirche ihre Schatten hat ist klar, aber warum das mir vorgeworfen wird, ist unklar. So bleibt der Eindruck, dass hier mal Wut und Frust rausmussten, was durchaus therapeutisch wertvoll sein kann. Und eine wütende Reaktion ist besser als keine.

Danke, Heinz Hilten.

Roman Schweidlenka

Leserbrief in der Ausgabe 232 zum »Krieg der Sterne«

Da die Damen oder Herren Rinke und Steinbach mich namentlich erwähnten, möchte ich kurz und knackig auf die geäußerten Ängste und Vorwürfe eingehen:

Die Monatszeitung für Selbstorganisation »CONTRASTE« plant ungefähr ein Jahr im voraus Schwerpunkte, die etwa den Raum einnehmen, wie es in der Dezemberausgabe erfahrbar war. Es lag also nicht die »böse« Absicht vor, hier der Spezies von Anarchisten, Kommunisten, Christen und Atheisten übermäßig viel Raum für »entsetzliche« Tatsachen zu gewähren.

Abgesehen davon, dass Rinke und Steinbach mit keinem Wort inhaltlich auf die Beiträge eingehen, sei ganz deutlich angemerkt:

Bei dem Beitrag von Peter Bierl ging es sehr wohl um Recherche, wie der/die Interessierte im Anhang (73 angegebene Quellen, die die Kritik nachvollziehbar machen) verfolgen kann. Ob es sich bei der Anthroposophie um eine »Sekte« oder eine Philosophie handelt, ist nicht von Bedeutung. Der ganze Charakter der »Bewegung« ist jedenfalls sektenartig, mit allen einer Sekte zugehörigen Attributen.

Zur Frage ob Gelder geflossen sind, ist zu bemerken, dass wir früher von Moskau gesponsert wurden und heute? Na ja, dreimal dürfen Sie raten....

Etwas erschreckt hat mich der Erpressungsversuch der Sympathisanten des Dr. Steiner: »Wenn Ihr weiterhin unsere zahlende Beteiligung an Eurer Zeitung wollt....«. So banal ist also Ihre »Philosophie«? »Wes Brot ich ess', des Lied ich sing«????

Nicht zuletzt darf ich Ihnen versichern, dass es meines Wissens keinerlei Hass (das würde ja eine verschmähte Liebe voraus setzen) von Seiten des Wissenschaftlers Peter Bierl gibt. Es gibt politische und wissenschaftliche Interessen und die lauten: stoppt Rassismus und Antisemitismus und zeigt ihre Phänomene, wo ihr sie antrefft. Von wegen abgehakt.....

Gern würde ich auch noch darüber aufgeklärt werden was ein »Rohrbewusstsein« ist. Ist das anthroposophisch? Oder hat Peter B. doch Recht mit der These »Denken strengt Verstand an«?

Zum Schluss möchte ich mich noch für die Übersetzung des Fremdwortes »Anthroposophie« ganz herzlich bedanken: Menschenweisheit also????

Mit erstaunten Grüßen,
Gerhard Kern

Betreff: Schreibweise eG

Liebe Freundinnen und Freunde von CONTRASTE,
der BzFdG ist Mitglied von CONTRASTE e.V. (00.0125) und ich bin Abonnent (00.1523).

In beiden Eigenschaften bitte ich um die Wahrung genossenschaftlicher Identität. Anlass dazu geben mir die Beitrags- bzw. Abo-Rechnungen, auf denen am unteren Rand die beiden Bankverbindungen jeweils mit dem Zusatz e.G. stehen. (Beide Genossenschaftsbanken firmieren selbst zutreffend mit eG – also ohne Punkte.

Weiteren Anlass geben viele redaktionelle Beiträge über Genossenschaften in CONTRASTE, in denen ebenfalls kräftig gepunktet wird.

Die Abkürzung für »eingetragene Genossenschaft« lautet gem. § 3 (2) Genossenschaftsgesetz (GenG) eG und eben nicht e.G.

eG ist bzw. sollte das unveränderliche und eindeutige Kennzeichen für die Zugehörigkeit zur genossenschaftliche Familie sein.

1938 gab es in Deutschland 31.175 Genossenschaften. Ende 2002 waren es noch 8.633 und bis Ende 2003 soll die Zahl weiter gesunken sein. Wenn die verbliebenen Genossenschaften wegen unterschiedlicher Schreibweise des gesetzlich vorgeschriebenen Zusatzes eG dann nicht einmal eindeutig zu identifizieren sind, braucht es nicht zu wundern, dass Genossenschaften im öffentlichen Bewusstsein immer mehr an Schwund leiden. Unangefochten steht die Genossenschaft = eG auf PLatz 1 der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Rechtsformen!

Ob CONTRASTE uns hilft, die eingetragene Genossenschaft von zwei »gesetzeswidrigen« Punkten zu befreien, wo immer dies angezeigt ist?

Freundliche genossenschaftliche Grüße
Wolfram Püschel

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 2.-4.4.2004

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 20.-22.2.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

AUTOORGANISATION

Kongress- und Aktionswoche
Weltweit kämpfen derzeit viele selbstorganisierte Projekte und Strukturen um ihr Überleben. Zum Beispiel wurden in Hamburg im Herbst 2002 die Wagenplätze Schützenstraße und Bambule geräumt, eine Vertreibungs- und Repressionswelle gegen WagenbewohnerInnen folgte.
In Berlin kämpfen etliche Hausprojekte und Wagenplätze um ihren Fortbestand. In Lübeck und Kiel sind mit der »Alternative« und der »Alten Meierei« zwei linke Zentren von Vertreibung an den Stadtrand oder Räumung bedroht. Auch international stellt sich die Frage nach den Perspektiven, z.B. beim Blitz in Oslo, dem EKH in Wien und den besetzten Häusern in Barcelona. Den europäischen Richtlinien gegen Hausbesetzungen wird bisher kaum international begegnet. Egal ob die einzelnen Konflikte sich nun um geänderte Eigentumsverhältnisse, autoritäre Verordnungen, die das dauerhafte Wohnen im Wagen kriminalisieren, oder um für nicht kommerzielle Projekte unerfüllbare Auflagen von Ämtern handelt, das Muster ist immer ähnlich: Widerständige und nicht kommerzialisierte Strukturen und Projekte fügen sich einfach nicht in das Idealbild einer durchkapitalisierten Gesellschaft ein und müssen mit Angriffen auf verschiedensten Ebenen rechnen. Daher handelt es sich bei den Konflikten in den einzelnen Städten auch nicht um lokale Konflikte, sondern um einzelne Facetten einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.
Vom 4. bis 11. April findet in Berlin die »Autoorganisation« statt, eine Kongress- und Aktionswoche selbstorganisierter Strukturen. Eine Woche lang sollen Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Workshops und vor allem viele radikale Aktionen zu verschiedensten Arten der Selbstorganisation stattfinden. Ob autonome Zentren, selbstverwaltete Jugendzentren, Infoläden, Wagenburgen, Hausprojekte, unabhängige Medien, linke Buchläden oder selbstverwaltete Betriebe – linke unabhängige Projekte haben den Anspruch, leb- und sichtbare Alternativen zu schaffen. Diese sollen durch die Kongress- und Aktionswoche wieder stärker in der Gesellschaft sichtbar werden.
Kontakt:
Autoorganisation
c/o IL Daneben, Liebigstr. 34,
D-10247 Berlin
E-Mail: Autoorganisation@gmx.net
Web: www.autoorganisation-04.org

SUBSISTENZ

Raus aus der Globalisierungsfalle!
Die Subsistenzperspektive
Seit Göteborg und Genua steigt die Anzahl der GlobalisierungskritikerInnen. Sie sehen die Warenwirtschaft, die als einziges Ziel die Vermehrung von Geld verfolgt, als eine der Hauptursachen für weltweite Naturzerstörung und ungerechte Verteilung an. Diese Warenwirtschaft kann ersetzt werden durch die Subsistenzperspektive, deren Ziel das Leben ist.
Wir beschäftigen uns während des Seminars mit der »Theorie der Subsistenz«, die Maria Mies und andere Frauen der »Bielefelder Schule« entwickelt haben.
Wie können wir dem weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, entgegenwirken und somit die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen?
Im Verlauf des Wochenendes wollen wir uns mit den Argumenten der GlobalisierungskritikerInnen beschäftigen und uns von den Ideen der Subsistenzperspektive für unseren jeweiligen Alltag anregen lassen.
Termin: 26.-28.3.04
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Seminarreihe zur konstruktiven Konfliktbearbeitung
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die folgendes ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich ohne Abwehr und Feindseligkeiten über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen so zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

Einführungsseminare
In diesen Seminaren geht es darum, den *Prozess der Gewaltfreien Kommunikation* kennen zu lernen und anhand eigener Beispiele seine praktische Anwendung zu üben.
Termine:
20.-22.2.2004
2.-4.4.2004

Vertiefungsseminar
Das Vertiefungsseminar bietet die Möglichkeit, die im Einführungsseminar erworbenen Kenntnisse zu vertiefen und ihre Umsetzung im Alltag zu üben. Dabei können – je nach Interesse der TeilnehmerInnen – folgende Themen im Zentrum stehen: Umgang mit Ärger, Selbstempathie, Nein sagen und hören, GfK in der Partnerschaft...
Termin: 4.-7.11.2004

Jahreskurse für Fortgeschrittene
In diesen Jahreskursen geht es darum, die eigene Praxis der Gewaltfreien Kommunikation weiter zu vertiefen und zunehmend in die ihr zugrunde liegende Haltung hinein zu wachsen (Bearbeitung eigener Konfliktsituationen, Transformation alter Muster usw.). 20 Seminartage sind Voraussetzung.
Termine:
Kurs 1: 16.-21.03.04, 9.-14.05.04, 14.-19.11.04
Kurs 2: 25.-30.04.04, 13.-18.06.04, 28.11.-3.12.04
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

Frau zeigt Profil
Für den ersten Eindruck gibt es oft keine zweite Chance, Frauen, insbesondere diejenigen in einer politischen Funktion, müssen in der Öffentlichkeit, vor Gruppen und in Veranstaltungen sicher und überzeugend auftreten. In diesem Seminar lernen Sie, wie Sie im Kontakt mit anderen Pluspunkte sammeln. Es geht um ihre positive Ausstrahlung, Ihre Körpersprache und darum, wie Sie ihre individuellen Fähigkeiten am besten einsetzen. Sie lernen, sich zu behaupten, ohne sich dabei aufzureiben. Kurzum: Sie zeigen Profil.
Termin: 12.-14.3.2004
Ort: Kochel
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 96, Fax 260 90 97
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

ANARCHISMUS

Anarchismus & Revolution
Buchvorstellung mit Mona Grosche. »In jeder Tasche eine Bombe, angefüllt mit Dynamit, den Mordstahl in der einen, die Brandfackel in der anderen Hand – so stellt sich ein Gegner des Anarchismus in der Regel einen Anarchisten vor. Er erblickt in ihm einen Menschen, der halb Narr, halb Verbrecher, nichts weiter im Sinn hat, als die Ermordung eines jeden, der nicht seiner Meinung ist, und dessen allgemeines Ziel das Wirrwarr, das Chaos ist.«
Termin: 13.02.04, 20 Uhr
Ort: Le Sabot, Breite Str. 76, Bonn
Veranstalter: FAU / IAA Bonn
Termin: 4.3.2004, 20 Uhr
Ort: Münster, Baracke, Scharnhorststr. 100

RADIKAL REISEN

Frankreich
Thema: »Tous ensemble, tous ensemble....grève générale!«
– Sozialabbau und Globalisierung
Der Sozialabbau der französischen Rechtsregierung steht dem der Bundesregierung in nichts nach: Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzungen sozialer Leistungen und neoliberale Umstrukturierung des Bildungswesens. Aber es regt sich Widerstand. Das Gros der Gewerkschaften opponiert gegen die Regierungspolitik und arbeitet mit der globalisierungskritischen Bewegung zusammen. Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation mjcf wollen wir uns vor Ort über die Hintergründe der politischen Situation in Frankreich informieren und gemeinsame Strategien gegen den Sozialabbau diskutieren. Schließlich ist der Neoliberalismus ein internationales Phänomen, das die aktuellen Globalisierungspolitiken dominiert. In Frankreich ist die globalisierungskritische Bewegung stärker und tiefer in der Gesellschaft verankert als in Deutschland. Wir werden im Gespräch mit Vertretern von Gewerkschaften, ATTAC und anderen linken Zusammenhängen einen genaueren Blick auf das »mouvement« werfen.
Termin: 1.-10.3.2004
Preis: ca. 250 EUR

USA – San Fransico
Thema: »Sozialer Protest in den USA – von 1968 bis zum Irak-Krieg«
Im Zuge der Debatten um den Irak-Krieg ist auch in den USA die Entstehung einer neuen Friedensbewegung zu beobachten, die teils auch die Ablehnung eines Krieges im Irak mit globalisierungskritischen Inhalten verknüpft und eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft einfordert. Wir wollen uns mit der Geschichte von gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen in den USA beschäftigen, insbesondere auch mit der politischen Organisation von Studierenden mit Blick auf die antiautoritären Revolte von 1968. Deren Verlauf war maßgeblich bestimmt von Aktionen des amerikanischen SDS (Students for Democratic Society), dessen Hauptzentrum die »University of California, Berkeley« nahe San Fransisco war. Damals vereinigten sich das Engagement der »Civil-Rights-Movement« gegen die Diskriminierung von Schwarzen mit den Protesten gegen den Vietnam-Krieg und der Kritik von Studierenden, die den autoritären Charakter von Hochschule und Gesellschaft insgesamt in Frage stellten. Es ist geplant, sich vor Ort mit verschiedenen Gruppen über die Geschichte und Gegenwart von Gesellschaftskritik in den USA unterhalten, u.a. mit den »Young Democratic Socialists«. Darüber hinaus werden wir uns mit verschiedenen Initiativen und Gruppen treffen, die aktiv gegen den letzten Irak-Krieg agiert haben und uns ein genaueres Bild besonders von der aktuellen *Situation linker Kräfte in San Francisco* bzw. Kalifornien machen. Nicht nur die vergangenen Gouverneurswahlen und die desolate Finanzlage des Bundesstaates sind hier interessant, sondern auch die dann aktuellen Konflikte – man erinnere sich, dass ein Jahr zuvor um diese Zeit die Anti-Kriegs-Proteste in vollem Gange waren. Wir werden aber mit Sicherheit auch genug Zeit haben, um die Sonne an Kaliforniens Stränden zu genießen... Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)
Termin: 19.-29.4.2004
Preis: ca. 750 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org
Auf der Internetseite sind aktualisierte und weitere Reiseangebote zu finden

MEDIEN

Digitale Bildbearbeitung
Bilder, die möglichst wenig Speicherplatz benötigen, Auflösung, durchsichtige Gifs – hier lernen Sie, was sie wissen müssen, um perfekte Bilder im Internet zu veröffentlichen. Dazu gehören auch Banner und Buttons sowie animierte, also bewegte Bilder. Mehrere Hilfsprogramme zum Erstellen von Web-Fotoalben, zur Bildoptimierung und zur Bildverwaltung werden vorgestellt, ausprobiert und besprochen (PaintShop Pro, Photoshop, PhotoImpact). Sie sind nach dem Kurs nicht an ein spezielles Programm gebunden.
Termin: 11.-13.3.2004, München

Multimediales Web-Publishing
Multimediales Arbeiten am PC ist Inhalt dieses Workshops: Integration von Bild-, Text-und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot zu erstellen. Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr. Voraussetzung: Grundkenntnisse von Windows.
Termin: 24.-26.3.2004, München

Von der Meldung zum Kommentar
Von Stil und Form eines journalistischen Beitrags hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Ankündigungen für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Kommentar für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Darstellungsformen ein.
Termin: 15.-17.3.2004, München

Vor Mikrofon und Kamera
Der Lokalsender bittet um ein Telefon-Interview, das Regionalfernsehen steht mit einem Kamerateam vor der Tür. Was nun? Dass das eigene Projekt spitze ist, weiß man genau. Aber mit welchen Worten und Gesten macht man das Journalisten klar? Wie bringt man in einem 20 Sekunden kurzen Radio-Statement das Wichtigste nicht nur unter, sondern auch gut rüber? Wie kann man sich vor dem Mikrofon nicht nur verständlich ausdrücken, sondern auch souverän zeigen, was man zu sagen hat?
Termin: 3.-5.3.2004, München

Gibt es ein Copyright im Internet?
Fotos, Grafiken, Texte und Gestaltungsideen: Das Internet ist eine Fundgrube für Webdesigner, Journalisten, Grafiker und Konzeptionisten. Darf man eine gelungene Webgestaltung aus dem Internet einfach nachbauen? Kann man Fotos oder Beiträge auf den Online-Seiten von Zeitschriften einfach übernehmen? Was ist erlaubt, was verboten? Rechtsanwälte und Praktiker geben Auskunft.
Termin: 19.-20.3.2004, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journaistenakademie.de

Reihe: Texten für die politische Arbeit
Gute Politik braucht gute Darstellung: Beim Texten von Meldungen, Berichten, Kommentaren für Einladungen, Mitgliederzeitschriften, Pressemitteilungen hilft die Seminarreihe vom Bayerischen Seminar für Politik e.V. (BSP). Sie wurde zusammen mit der Münchener »Journalistenakademie« konzipiert. Ein Zusatz-Seminar zum Thema »Linux« führt in dieses Open-Source-Betriebssystem ein. *In praktischen Übungen am PC setzen* Sie das erworbene Wissen sofort um. Nicht mehr als 12 TeilnehmerInnen; für jedeN TeilnehmerIn ein PC! Jeweils 10-16 Uhr, incl. Mittagsessen, Ort: München.

1. Meldung, Nachricht, Ankündigung
Wie verfasst man eine Meldung oder eine Ankündigung für die Tagespresse? Wie sind Nachrichten aufgebaut? Wie formuliert man einen Text, damit er schnell und gut verständlich ist? Journalistisches Schreiben folgt ganz bestimmten Regeln. Eine Einführung in die journalistischen Darstellungsformen und das Handwerk des Schreibens vermittelt dieses Seminar.
Termin: 14.2.2004, 35 EUR

2. Der Bericht
Warum liest man längere Texte nicht bis zum Ende? Wie baut man einen spannenden Beitrag für die eigene Mitgliederzeitschrift, den Newsletter, das Internet auf? Was muss eine gute Überschrift leisten? Im Verlauf des Workshops ensteht ein längerer Beitrag. Wer möchte, kann eigenes Material mitbringen.
Termin: 28.2.2004, 35 EUR

Der Kommentar
Wie konzipiert man einen politischen Kommentar oder einen Leserbrief für die Tageszeitung? Wie ist eine schlüssige Argumentation aufgebaut, wie formuliert man treffend? Im Verlauf des Workshops entstehen nach Wunsch Kommentare und Kritiken (Buch, Konzert, Kneipe, politische Veranstaltung...) – wer möchte, kann eigenes Material mitbringen.
Termin: 13.3.2004, 35 EUR

4. Linux verwenden
Praxiswissen für Einsteiger, eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration eines Servers stehen im Zentrum dieses Seminars. OpenOffice, Samba, WWW Proxy Squid, Web-Server Apache, Mail-Server werden am Beispiel von SuSE Linux vorgestellt. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 3.-4.4.2004, 60 EUR
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 96, Fax 260 90 97
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg